

Er scheint täglich außer Montags... Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mt., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Belagge „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mt. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mt., für das übrige Ausland 3 Mt. pr. Monat. Eingere. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1894 unter Nr. 6019.

# Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Bereits- und Verlangung-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Dienstag, den 23. Oktober 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

#### Den glänzendsten Wahlsieg.

den die Sozialdemokratie niemals zu verzeichnen gehabt, ersehnten die belgischen Genossen gleich bei dem ersten Wahlgange, an dem sie sich auf Grund des allgemeinen direkten, wenn auch nicht gleichen Wahlrechtes beteiligten. Es sind noch nicht viele Wochen in's Land gegangen, seitdem die bürgerliche Presse die Nachricht brachte, daß die belgische Sozialdemokratie auf höchstens vier Mandate rechnen könne, heute dagegen meldet der Telegraph, daß unsere belgische Bruderpartei als zweitstärkste Partei in das Parlament einzieht, daß sie acht Mandate mehr errungen hat, als die liberale und radikale Partei zusammen, während ein Privattelegramm uns sogar meldet, daß wir 33 Sitze gegenüber 19 von den Liberalen behaupteten, erobert haben. Noch kurz vor der Wahl glaubten die Liberalen und Radikalen den Sozialdemokraten ein Bündniß anbieten zu dürfen, glaubten gegen das Versprechen einiger weniger unsicherer Mandate die ganze Stimmenzahl unserer Partei für die Kandidaten der Ausbeutersippe, für die verböhrtesten Anhänger der Manchestertheorie erkaufen zu können. Unsere Genossen blieben diesen Anerbietungen gegenüber fest, sie lehnten jeden Kompromiß ab. Dadurch erreichten sie, daß die Ergebnisse der belgischen Wahlen annähernd zum wahren Ausdruck der politischen Gesinnungen des Volkes wurden.

Blos die Sozialdemokraten können mit dem Wahleresultat zufrieden sein, sie haben dem belgischen Liberalismus, der dem deutschen Nationalliberalismus gleichwertig ist, den Todesstoß verfehlt, sie erscheinen als zweitstärkste Partei auf der parlamentarischen Bühne, sie haben eine Reihe außerordentlich tüchtiger Vertreter der Forderungen des Proletariats zu ihren Sprechern auf der parlamentarischen Tribüne erkoren. Keine Partei in Belgien besitzt eine so tüchtige, im Volke wurzelnde, politisch und ökonomisch so geschulte Vertreterschaft wie die Sozialdemokratie, keine andere Partei kann sich rühmen, ihre Hauptvertreter zum Siege geführt zu haben, denn unter denen, die auf der Strecke geblieben sind, befindet sich der Ministerpräsident Burlet, der Führer der liberalen Regierungspartei und Frère Orban, der Führer der liberalen Partei, der 48 Jahre dem belgischen Parlamente angehörte und fast die Hälfte dieser Zeit Ministerpräsident war. Keine

Partei steht auch so unabhängig da, keine hat eine so günstige Position im Parlamente wie die sozialdemokratische Fraktion. Geeint und festverbunden mit ihren Wählern wird unsere Partei geschlossen im Parlamente auftreten, während im liberalen und ultramontanen Lager der Wurm der Zerfetzung eifrig an der Arbeit ist. Die Ultramontanen haben außer einem christlich-sozialen Flügel zwei Gruppen, deren Führer Weernaert und Durlet um die Leitung der Partei und der Regierung kämpfen, die Liberalen sind gleichfalls gespalten in Ultriberale, die starke Anhänger der Manchesterdoktrin sind, und als ihren Führer den früheren Ministerpräsidenten Frère Orban betrachten, und in Radikale, die ähnlich wie die Radikalen des französischen Parlamentes, für Erweiterung der Volksrechte und Ausbau des Arbeiterschutzes eintreten, und die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion häufig unterstützen werden.

Die alten Parteien in Belgien gehen ihrem Verfall, die Sozialdemokratie dem Siege entgegen.

Keine Partei hat das Recht zu jubeln, außer der Sozialdemokratie. Auch nicht die Liberalen, welche zwar wieder die Majorität im Parlamente erstritten haben, aber diese blos den Stichwahlen zu verdanken haben, sie haben ihre Position behauptet, ihr Erfolg besteht lediglich darin, daß sie keine Niederlage erlitten haben, sie haben den Leiter ihrer Politik im Ministerium und im Parlamente auf dem Schlachtfelde gelassen, sie wissen, daß sie innerlich schwächer sind, als sie es einzusehen wagen. Und über die Niederlage der Liberalen ist kein weiteres Wort zu verlieren.

Unsere belgischen Brüder werden alles thun, um den Sieg voll auszunützen, auf einem neuen Boden müssen sie ihre Thätigkeit entfalten, zu zahlreichen neuen Fragen haben sie Stellung zu nehmen, neben der parlamentarischen Thätigkeit dürfen sie ihre agitatorischen und organisatorischen Aufgaben nicht außer Auge lassen, man wird unserer Partei Fallstricke legen, denen aus dem Wege zu gehen ist; man wird in der Wahl der Mittel, mit denen man unsere Partei bekämpft, nicht wählerisch sein. Die Aufgaben der sozialdemokratischen Fraktion sind große und schwere.

Die Bruderparteien aller Länder, nicht zuletzt die deutsche Sozialdemokratie, sind überzeugt, daß die belgischen Genossen ihren großen Aufgaben gewachsen sein werden, daß sie sich stets der Verantwortlichkeit als verhältnismäßig größte sozialdemokratische Fraktion bewußt sein werden.

Dank haben wir dem Eifer unserer belgischen Brüder zu sagen für den Ehrentag, den sie der kämpfenden Arbeiterklasse errungen haben. Glück auf zu neuen Siegen!

Aus den eingelaufenen Depeschen erfahren unsere Leser die bisher bekannten Einzelheiten über die am Sonntag stattgefundenen Stichwahlen:

Brüssel, 21. Oktober. Nach den bis 10 Uhr Abends bekannt gewordenen Stichwahl-Ergebnissen ist der Sieg der Katholiken gegen die Koalition der Liberalen und Sozialisten in Brüssel sehr wahrscheinlich. Achtzehn liberale Kammermitglieder würden in diesem Falle durch Katholiken ersetzt werden, was der Regierung eine starke Majorität sichern würde. Nach den aus Tournai eingelaufenen Meldungen sind auch dort vier Katholiken an Stelle der bisherigen liberalen Abgeordneten, unter denen sich Staatsminister Para befindet, gewählt worden. In Charleroi haben nach den bisherigen Meldungen die von den Liberalen unterstützten Sozialisten die Mehrheit. In Lüttich sind liberale Senatoren mit Hilfe der Sozialisten gewählt; in die Kammer sind dort Sozialisten und Progressisten mit liberaler Hilfe gewählt worden. In Huy und Thuin sind Liberale, in Waremme Katholiken gewählt. In Verdiers werden die von den Liberalen unterstützten Sozialisten die Kammerfraktion erhalten, ebenso in Solignies.

Brüssel, 21. Oktober. Die Katholiken feiern ihren Wahlsieg mit großer Begeisterung. In einer Sitzung der konservativen Vereinigung sagte Dethomb, die katholische Partei reite das Land. Weernaert sagte, die heutigen Wahlergebnisse würden von der ganzen Welt gefeiert werden. Die Versammlung rief: „Es lebe der König!“ Alle katholischen Blätter feiern den Sieg ihrer Partei.

Brüssel, 22. Oktober. In Nivelles sind nach vorläufiger Feststellung drei Liberale und ein Katholik gewählt. Der Ministerpräsident de Burlet ist nicht wiedergewählt worden. Brüssel, 22. Oktober. Nach den bisherigen Feststellungen der Stichwahlergebnisse wird die Kammer aus 104 Katholiken, 19 Liberalen, 29 Sozialisten und Radikalen zusammengefaßt sein.

Brüssel, 22. Oktober. Bei den gestern hier stattgefundenen Stichwahlen wurden sämtliche Kandidaten der katholischen Partei mit einer Mehrheit von ca. 13 000 Stimmen gewählt. Bei den Katholiken machte sich die Freude über ihren Sieg durch lauten Jubel bemerkbar. Aufhebungen sind weder hier noch in der Provinz vorgekommen. Die Kammer setzt sich aus 104 Liberalen, 20 Jung- und Ultriberale und 29 Sozialisten zusammen. Die katholische Mehrheit beträgt demnach 66 oder 22 mehr als in der alten Kammer. Der Senat besteht aus 62 Liberalen und 24 Katholiken. Die liberalen Blätter bezeichnen den gestrigen Tag als einen der verhängnisvollsten für den

#### Feuilleton.

#### Erinnerungen eines Kommunarden.

Aus dem Französischen von Jakob Kudorf.

Eine zweimonatliche Schlacht.

Es kam hier nicht meine Absicht sein, die Geschichte der Kommune zu schreiben.

Seit der Demonstration vom 3. April rechnete das Volk nicht mehr stark auf eine friedliche Lösung der Dinge.

Ich habe nie dem Volke geschmeichelt und mir nie Illusionen in bezug auf seine Tugenden gemacht, da ich sehr wohl weiß, daß man von den beherrschten Klassen nicht das Unmögliche verlangen kann. Aber das weiß ich, daß man sie nicht zertreten lassen darf, da sie, wie sie sind, mit allen Fehlern und Sünden, dennoch die Grundlage der menschlichen Entwicklung bilden und nur auf sie die Zukunft gebaut werden kann.

Wir waren aufgefordert worden, unsere Kompagnien auf's neue zu bilden und es drängten sich zu den Offizieren stellen wiederum Leute, die man vorher kaum gekannt und die man recht wohl im Verdachte der Absicht haben konnte, uns zu geeigneter Zeit zu verrathen. Nur um nicht noch mehr dazwischen Individuen aufkommen zu lassen, nahm ich auf's neue ein Kommando, welches mir fast einstimmig angetragen wurde, an. Ich begriff vollständig die ernste Verantwortung, welche ich damit übernahm, um so mehr, als ich trotzdem dadurch eine Menge zweifelhafter Persönlichkeiten nicht fern zu halten vermochte.

Es kostete ungeheure Mühe, unser Bataillon frisch zu organisieren und bei den vielen Meinungsverschiedenheiten, welche herrschten, waren unsere Leute zu einer Aktion gar nicht zu verwenden, sondern wir dienten eine Zeitlang nur dazu, den inneren Dienst zu versehen und das Stadthaus, den Vendômeplatz u. s. w. zu besetzen.

Eines Morgens jedoch, als wir uns auf letzterem Plage befanden, wo die Leute die Nacht über ebenso ermüdend wie unnütz auf den Trottoirs gelagert hatten, kam ein junger Offizier vom Generalstabe mit einem schriftlichen Befehl und führte uns auf den Bahnhof St. Lazare. Wir bestiegen einen Zug, welcher uns zum Abank von Anières brachte. Dort stiegen wir aus. Ein Oberst stellte sich an unsere Spitze und ließ uns mitten durch das Feuer, welches die auf der Insel Grande-Jatte errichteten Batterien unterhielten, über die Brücke marschieren. Ich verstand nicht im Geringsten, was man mit uns vor hatte. Man hätte uns geradezu nach Versailles bringen können. Meine Leute sahen wohl in mich Vertrauen, aber ich nicht in den Oberst, welchen ich gar nicht kannte. Er führte uns bis beinahe nach Anières hinter einen Erdwall, welcher die Straße durchschneidet. Dort sprach er: „Hier sind Sie in Sicherheit, Sie stehen hier in zweiter Linie, vor Ihnen sind die Scharfschützen der Seine-et-Oise. Damit verließ er uns, ohne uns irgend welche Instruktion zu hinterlassen. Ich mußte nicht was ich thun sollte. Ich kannte die Gegend gar nicht und doch hatte man in der Ecole militaire ein Bureau zur Anfertigung von Kopien der topographischen Karten errichtet. Wir aber hatten keine erhalten.“

Da ich keinen neuen Befehl erhielt, begann ich an der Einsicht meines Obersten zu zweifeln. Man hatte wahrscheinlich zu hohe Ansprüche an seine Fähigkeiten gestellt und er blieb deshalb in Levallois, an der anderen Seite der Seine. Ich beschloß also, nach eigenem Ermessen zu handeln und mich nur auf mich selber zu verlassen.

Ich fing damit an, mir möglichst klar über meine Lage zu werden. Mit einigen hundert Mann hatte ich eine Linie von mehreren Kilometern zu vertheidigen. Ich forderte schriftlich sofort zwei Bataillone zur Verstärkung. Viele Mannschaften befanden sich zerstreut in den Schenken von Anières und Levallois. Das,

was man mir als erste Vertheidigungslinie bezeichnet hatte, war von fünfzehn bis zwanzig jungen muthigen Leuten besetzt, welche seit zwei Wochen unausgesetzt auf Wappsteinen und bis auf den Tod erschöpft waren. Ich dachte wohl daran, Barrikaden zu errichten und so unsere Stellung auf einigen Punkten um vieles fester zu machen, doch fehlte es dazu an Arbeitskräften.

Endlich erschienen auch die zwei verlangten Bataillone. Eines davon wurde zu unserer Rechten, das andere zur Linken aufgestellt, aber ich besaß über sie keine Autorität und unser Oberst glänzte fortwährend durch seine Abwesenheit. Das eine Bataillon setzte sich in einem Dorfe fest und verschöpfte binnen vierundzwanzig Stunden sein Pulver auf die Sperlinge in der Richtung nach dem Schlosse de Bécon und war darauf in der Stille verschwunden.

Alle Augenblicke kamen zu uns eine Menge Individuen, vorzüglich Frauen, welche mit Geleitscheinen versehen waren und die ich nicht verhindern konnte, hin und her zu passiren. Ich war überzeugt, daß sich unter diesen Leuten viele Spione befanden; denn, wenn wir auch Wille ausübten, ihr Gehen und Kommen zu dulden, so war es gewiß, daß die Versatter nicht so baldsam waren, oder nur dann, wenn sie von ihnen die Erlaubniß durch werthvolle Auskünfte sich bezahlet machen konnten.

Ein junger Mann, welcher als Schildwache am Ufer der Seine postirt war, fiel von einer Kugel tödlich in den Leib getroffen, ein anderer erhielt einen Schuß in den Kopf. Ich glaubte, daß dieser Angriff nur eine Finte sei. Ich bestieg eines der höchsten Häuser, um mich zu orientiren und bemerkte Massen von Infanterie und Kavallerie, welche in die entgegengesetzte Richtung, von woher der Angriff erfolgt war, parallel mit unserer Aufstellung marschirten, um uns zu umgehen. Durch ein lebhaftes Feuer unsererseits wurden sie zwar aufgehalten, doch war es augenscheinlich, daß auf die Dauer unsere Stellung nicht zu halten war.

(Fortsetzung folgt.)



Liberalismus, gleichzeitig geben sie aber ihrer Genugthuung über die Niederlage des Ministers de Burlet Ausdruck.

Unsere Kandidaten erhielten bei der Hauptwahl nach der offiziellen Statistik 845 959 Stimmen und zwar in Brüssel 40218, Nivelles 6719, Löwen 5120, Antwerpen 4571, Malines 1984, Brügge 521, Courtrai 3721, Gent 16451, Saint-Nicolas 1970, Alost 2674, Charleroi 58 648, Mons 44 300, Tournai 8912, Ath 8086, Soignies 16 915, Thun 11 106, Lüttich 63 562, Huy 7729, Verviers 18 080, Waremmes 1582, Namur 32 780.

Da die Wählerzahl ca. 1 840 000 beträgt, haben unsere Kandidaten ca. 19 pCt. sämtlicher Stimmen. Die deutsche Sozialdemokratie hat bei den ersten Wahlen zum deutschen Reichstage 2,91 pCt., bei den letzten allgemeinen Wahlen 23,28 pCt. sämtlicher Stimmen erhalten. Demnach ist in Deutschland, wenn auch verhältnismäßig weniger sozialdemokratische Abgeordnete gewählt wurden, unsere Partei noch etwas stärker vertreten als in Belgien.

In der Hauptwahl wurden von unserer Partei folgende Genossen gewählt:

In Lüttich: Demblon (Lehrer), Flöchet (Ingenieur), Deuse und Jeanne (Abdolaten).

In Mons: Balthin (Kaufmann), Brenez (Bergarbeiter), Leon Desuisseaux (Advokat) und Alfred Desuisseaux (Schriftsteller).

In Charleroi: Fagnart.

In Namur: Defnet, Gillard, Hamburgin und Ronvaux.

In Stichwahl standen gestern von unserer Partei in Charleroi: Calmeaert (Bergarbeiter), Gavrat (Bergarbeiter), Desfrée (Journalist), Furnemont (Advokat), Lambillotte (Glasarbeiter), Leonard (Schmied), Vandervelde (Universitätsprofessor);

in Soignies: Bertrand (Metalleiter), Mausart (Bergarbeiter) und Pagnay (Schriftsteller);

in Verviers: Dauvister (Weber), Gierkens (Kaufmann), Malenpro (Weber), A. Geste (Landarbeiter);

in Aüttich: Einsele (Leiter der Produktivgenossenschaft Sooruit), Desuisseaux (Schriftsteller), Denis (Rektor der freien Universität Brüssel).

Die Namen der Gewählten hoffen wir morgen mitteilen zu können.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Oktober.

### Der Kaiser und der Bund der Landwirthe.

Einige Mitglieder des ostpreussischen Juntvereins haben eine Gelegenheit gesucht, um dem Kaiser ihre unterthänigste Ergebenheit im Namen des gesammten Bundes durch eine Adresse auszudrücken. Die Gelegenheit ward ihnen gewährt. Der Kaiser und seine Unterthanen sind im schönsten Einklang von einander geschieden. Bemerkenswerth sind folgende Wendungen in der Adresse der Bündler:

Wenn die allerunterthänigst Unterzeichneten sich für berechtigt halten, die am 6. September zu Königsberg von Eurer Majestät gesprochenen Worte auf sich zu beziehen, so thun sie solches in dem Glauben, das Euer Majestät zum preussischen Adel alle diejenigen zuzurechnen geruhen wollen, welche in der treuen Liebe zu ihrem Glauben und ihrer Kirche, in dem unwandelbaren Gehorsam und die Hingebung zu König und Vaterland, in der starken Verteidigung der heimischen Scholle und des heimischen Herdes die Ehre zur Richtschnur ihrer Handlungen machen.

Ihre Opposition in der Frage der Handelspolitik soll nur dem Ministerium, nicht der Krone gegolten haben. Sie rechnen auf die Unterstützung des Kaisers und sichern ihm ihrerseits Gefolgschaft im Kampf für Sitte, Religion und Ordnung mittels einer straffen Gesetzgebung und einer energischen Exekutive zu. Der Kaiser erklärte, die Definition der Adresse vom Adelstimme mit dem Sinne seiner Königsberger Worte überein. Seine Sorge für die Landwirtschaft, den großen und kleinen Bauernstand, werde nie nachlassen, wie er andererseits auf Gott vertraue, daß, wenn alle wohlgeinten Theile der Nation sich um ihn scharten, es möglich sein werde, unser theures Vaterland ohne schwere Erschütterungen durch die Kämpfe hindurchzuführen, welche zersetzende Bestrebungen uns aufnöthigten.

Somit hat sich die mit so vielem Geräusch betriebene Opposition des grundbesitzenden Adels völlig wieder beruhigt. Der Epheu treibt seine Wurzeln ruhig weiter in den Eichbaum hinein und der Eichbaum freut sich dieser Anhänglichkeit und baut auf den Schutz des Epheus gegen alle Stürme.

Ueber die Einberufung des Reichstages sind nunmehr, wie ein parlamentarischer Berichterstatter der „Voss. Ztg.“ meldet, in den maßgebenden Regierungskreisen die endgiltigen Bestimmungen getroffen worden. Der Reichstag soll am 22. November im neuen Reichstagsgebäude zusammentreten. Vor diesem Termin soll eine besondere Feiertage, sei es Einweihungsfeier, sei es Schlusssteinlegungs-Feier, im neuen Reichstagsgebäude veranstaltet werden. Wahrscheinlich ist der 15. November für diesen feierlichen Akt in Aussicht genommen.

Neue Ausnahmegesetze in Sicht. Der Berliner Correspondent der „Frankf. Ztg.“ will erfahren haben, daß es in der Regierung zu einer Verständigung für „eine gesetzgeberische Aktion im Reichstage zur Bekämpfung des Umsturzes“ gekommen sei. Das ist ja immerhin möglich. Gespannt sind wir nur darauf, wie denn das Verständigungs-laborat ausschauen wird. Wir können die Gesandte ja in aller Ruhe abwarten, da sie uns nicht schaden kann, was auch dabei herauskommt.

Ueber das geplante neue Tabaksteuer-Gesetz bringen jetzt einige freilich auf ihre Genauigkeit nicht zu kontrollierende Nachrichten in die Presse. Die „Süddeutsche Tabak-Zeitung“ will erfahren haben:

Das neue Tabaksteuer-Gesetz ist soeben den Einzelregierungen zugegangen. Es schließt sich in seinen Grundzügen dem letzten Entwurf an, bringt jedoch als Erleichterung eine Pauschalierung der Großbetriebe wie im Brauereiwesen, so daß jeder am Jahresbeginn angeht, wie viel und in welcher Preislage er zu fabriziren beabsichtigt. Anstatt 45 Mill. Mark fordert die Regierung gegenüber dem letzten Entwurf 80 Mill. Mark, weshalb die Säge der Fabriksteuer um ca. ein Drittel gegenüber dem letzten Entwurf herabgesetzt werden. Der Zollschuß bleibt bis bisher 40 M. für den Doppelzentner unter Beifügung der Inlandssteuer.

Nach anderen Meldungen ist der Steuerertrag auf 85 Millionen veranschlagt. Der „Hamburger Korrespondent“ schreibt:

Der neue Tabaksteuer-Gesetzentwurf ist im Reichsschatzamt ausgearbeitet worden und zur Zeit Gegenstand der Verhandlungen zwischen den nächstbetheiligten Regierungen, ist aber deshalb eine Kontrolle über die Inhaltsangaben nicht möglich. Damit ist auch klar, daß der Entwurf noch nicht in aller nächster Zeit an den Bundesrath kommt. Ueberdies steht

wie man uns weiter schreibt, zur Zeit noch nicht einmal fest, zu welcher Zeit das Tabaksteuergesetz dem Reichstage vorgelegt werden soll, wie denn überhaupt noch alle Bestimmungen über die Reihenfolge der für die nächste Session bestimmten Vorlagen ausstehen. Es hängt das anscheinend von anderweitigen Erwägungen ab, die bisher noch nicht abgeschlossen sind.

In Sachen Leitz ist es, wie eine offiziöse Mittheilung besagt, im Auswärtigen Amt bereits beschlossene Sache, den ehemaligen Kammerer Kanzler im Reichsdienst nicht mehr zu verwenden und Verurteilung gegen das Urtheil der Potsdamer Disziplinarkammer einzulegen, sobald das Urtheil derselben ausgefertigt vorliegt. Das ist immerhin etwas; aber genug bei weitem nicht, um dem verletzten Rechtsgefühl des Volkes Genugthuung zu verschaffen.

Arbeitermangel auf dem Lande. Die Großgrundbesitzer in der Provinz Sachsen klagen darüber, daß sie keine Arbeiter finden können. Der „National-Zeitung“ wird darüber geschrieben: Wenn der Noth nicht schleunigst abgeholfen werden kann, steht zu befürchten, daß von dem noch im Felde stehenden Kartoffeln und Rüben ein großer Theil durch etwa eintretenden Frost völlig verloren geht. Die Bemühungen des Verbandes zur Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse in Halle, Arbeiter aus dem Osten heranzuschaffen, sind von sehr geringem Erfolge gewesen, da auch in den Provinzen Schlesien, Posen und Preußen großer Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande herrscht, besonders wohl dadurch hervorgerufen, daß infolge der in Russland und Galizien herrschenden Cholera ein Nachschub aus diesen Ländern ausgeschlossen ist. Der Verband richtet deshalb jetzt an die Städte der Provinz das Ersuchen, schleunigst Anordnung zu treffen, daß die in ihnen überflüssigen Arbeitskräfte wenigstens für einige Zeit zur Arbeitsleistung auf dem Lande veranlaßt werden. Die Herren sollten nur höhere Löhne und bessere Behandlung gewähren, dann würden sie auch Landarbeiter finden.

Zur österreichischen Wahlrechts-Frage. Aus Wien wird gemeldet:

Sonabend Nachmittag fand in dem Ministerium des Innern eine abermalige vollkommen vertrauliche Besprechung zwischen den Mitgliedern der Regierung und den Odmännern der koalirten Parteien statt; für die Fortsetzung der Berathung wurde einer der nächsten Tage in Aussicht genommen.

Ferner liegt folgende Depesche aus Brünn vor:

In der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag, den 21. Oktober wurden hier an Gebäuden und an Säumen der öffentlichen Anlagen Flugzettel mit der Aufschrift: „Heraus mit dem allgemeinen Wahlrecht“ angeschlagen. Die Polizei beschlagnahmte 7000 Flugzettel und verhaftete 23 Personen, welche beim Ankleben von solchen betroffen wurden. Derartige Zettel wurden auch in Opatowitz und Prievoz angeschlagen.

Sozialpolitische Vorlage in Oesterreich. Der dem österreichischen Abgeordnetenhaus heute vorgelegte Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Arbeiterausschüssen und Einigungsämtern bestimmt: Ausschüsse können bei den einzelnen Unternehmungen auf Grund eines von dem Unternehmer entworfenen Statuts eingerichtet werden; die Wahlen erfolgen durch die Arbeiter und sind geheim. Die Aufgabe der Ausschüsse ist, ein gutes Einvernehmen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern zu fördern, die Unternehmern bei Veranlassungen betreffs der Arbeiterschaft zu unterstützen und für eine gütliche Verständigung zu wirken. Die Einigungsämter werden errichtet von den politischen Landesbehörden, eventuell von dem Handelsministerium, sollen aus Vertretern der gewerblichen Unternehmer und der Arbeiter bestehen und bezwecken die Herbeiführung einer gütlichen Verständigung über die Fortsetzung oder die Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses. Die Wahlen erfolgen direkt durch die Gesamtheit der Unternehmer einerseits und der Arbeiter andererseits. Die Regierung legt ferner einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Regelung der Sonn- und Feiertagsruhe im Gewerbebetrieb. Die Regierung beabsichtigt, die Entscheidung über die Sonntagsruhe in den einzelnen Gewerben zu dezentralisiren und den Statthalterien, bezw. Landesregierungen jedes einzelnen Kronlandes zu übertragen. Dies gilt namentlich von der Vertheilung der für den Sonntag zugestandenen sechsständigen Maximalarbeitszeit, für die Zulassung der Arbeit an gewissen Sonntagen, wie an dem Sonntage vor Weihnachten oder Neujahr, von gewissen Landesfeiertagen, endlich von der Sonntagsruhe an den Wallfahrtsorten. Hier soll nun der Landesbehörde ein freier Spielraum eingeräumt werden, und die Verhältnisse sollen nach den Bedürfnissen des einzelnen Kronlandes, beziehungsweise des einzelnen Ortes oder Bezirkes geregelt werden können.

Bei dem zuletzt angeführten Gesetzentwurf scheint es sich um eine Rückwärtsbewegung der bestehenden Gesetzgebung zu handeln.

Den wahren Geist des Fürstenliberalismus hat der Fürst von Montenegro erfasst. Ein Herr Lech erzählt im „Pall Mall Magazine“, daß er bei einem Besuch in Montenegro Dinge sah, die er nicht recht mit dem, was er vom Fürsten mußte, zusammenreimen konnte. Wie kam es doch, daß manche der schwer gefesselten Gefangenen in Cetinje eingesperrt waren, nur weil sie erklärten, Liberale zu sein? Der Fürst war nicht verlegen um eine Erklärung.

„Ich bin ein Liberaler“, antwortete er, „und ich sehe keinen Grund, warum Herrscher und Potentaten nicht Liberale sein sollten; alle ordentlichen Unterthanen dagegen sollten konservativ sein und zum wenigsten, das will ich, sollen es die meinen sein!“ Dieser wadere Fürst der Schwarzen Berge übertrug, wie das Beispiel zeigt, thurnhoch an politischer Einsicht die Liberalen aller Länder, die noch fest an die Echtheit des sogenannten Kronprinzen-Liberalismus glauben.

Bei der Krankheit des Zaren offenbart sich wieder herrlich die Gesellschaftshenkelei. Feierliche Bittgebete für die Genesung Alexanders III. veranstaltet in Petersburg sein getreues Ministerium. Aber — wir citiren wörtlich einen Bericht der „Kreuz-Zeitung“ — „während die fromme Schaar der Gläubigen im Gebete für das Seelenheil des sterbenden Zaren versunken war, fand in einem Nebenabtheil der mächtigen Kathedrale eine recht eigenthümliche Arbeit statt: Handwerker richteten die Trauerbekleidung für die Aufschwärmung der Kathedrale beim Eintreffen der Nachricht vom Ableben Zar Alexanders III. her. — Ein Heer von Priestern in feierlichem Gewande, dumpf dröhnender Glockenklang, zu Gott gesandte Sangesgebete der Kirchen-sänger, ein dreimaliges Niederwerfen von Tausenden und Abertausenden, daß Gott den Zaren — nicht etwa erlöse von seinen undenkbar schweren Leiden — nein, daß er ihn gefunden lasse zur Freude seines Volkes, und dort — eifrige Hände bereits beschäftigt mit der Herstellung des Trauer-gewandes für dieselbe Stätte!“

## Parteinachrichten.

Stadtverordneten-Wahlen. Die Halberstädter Genossen beschloßen, sich an den Stadtverordneten-Wahlen zu betheiligen und stellten sechs Kandidaten auf.

Gegen den Umsturz. Sitzungen des sächsischen Staatsministeriums sollen, der Dresdener „Arbeiter-Ztg.“ zufolge, am Freitag und Sonnabend stattgefunden haben. Zur Verhütung gelangten Maßregeln gegen die „Umsturzbestrebungen“.

Auch ein Stück Bekämpfung der Sozialdemokratie. Das Pirna in Sachsen wird geschrieben: Das „Carolabad“, das einzige Lokal, welches uns in Pirna zur Verfügung steht und gleichzeitig der größte und schönste Saal dafelbst ist, in anseren Gegenden schon längst ein Dorn im Auge. Pirna haben sich verschiedene Konkurrenzwerke schon ausgesprochen, daß die Gerechtigkeit dieses sozialdemokratischen Lokals bald zu Ende sein würde. Ist auch hier nur der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen, so scheint es doch, als ob man diesen Wunsch erfüllen wollte. Dem Wirth vom „Carolabad“, Herrn Karl Naumann, wurde nämlich auf zwei Monate die Konzession beschränkt, und zwar dergestalt, daß er in diesen zwei Monaten weder öffentliche Tanz-musik abhalten darf, noch daß Vereine Vergnügungen dort abhalten dürfen. Der Grund dazu sucht der Stadtrath darin, daß bei dort abgehaltenen Vergnügungen Karten an Nichtmitgliedern verkauft worden sein sollen, also das Pirnaer Tanzregulativ verletzt worden sei. Wegen dieses „Verbrechens“ sind auch eine Anzahl Vereinsvorstände mit Strafen bedacht worden. — Der Schaden, der dem Wirth aus dieser Konzessionsbeschränkung erwächst, wird keineswegs im Stande sein, seine Stellung zu uns zu ändern, uns, wie man vielleicht so schnellst wünscht, obdachlos in Pirna zu machen. Die Arbeiter werden dafür sorgen, daß auch ohne Tanz und Vergnügungen die Räume des „Carolabades“ stets gefüllt sind. Uns kann eben keine Maßregel mehr verdrängen.

„Wir leben in der Zeit der unglücklichsten Urtheile“ — so schreiben wir neulich gelegentlich der Besprechung eines drakonischen Urtheils in Sachen. Heute sind wir in der Lage, ein ähnliches aus Saarbrücken zu melden. Gelegentlich der letzten Waisfeier, schreibt die „Rheinischer Volksztg.“, welche für den ganzen Bezirk in Saarbrücken stattfand, brachte Genosse Hugo Dullens aus St. Ingbert ein Hoch auf die Sozialdemokratie aus. Der anwesende Polizist erhaschte ihn, er wurde jedoch bald wieder entlassen, dagegen mit einem Strafmandat von 4 Wochen Gefängniß bedacht. Dullens ließ nun den Richter entscheiden, er behielt indes seine 4 Wochen. In der Verhandlung beschwor nun der Polizist, Dullens sei nur zehn Minuten in Haft gewesen, während dieser die Zeit auf zwei Stunden angab und seine Behauptung durch drei Zeugen beweisen wollte. Dementprechend zeigte er auch den Gendarm der Staatsanwaltschaft an. Diese leitete statt einer Untersuchung gegen den Gendarmen, wie erwartet wurde, eine solche gegen Dullens wegen falscher Anschuldigung, welche schließlich zu einer Beamtenbeleidigung wurde, ein. Die Verhandlung, bei welcher Dullens sicher seine Freisprechung erwartete, — denn er war davon überzeugt, in seinem Rechte zu sein — fand in Saarbrücken statt. Dullens wurde nach kurzer Verhandlung zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt und sogleich in Haft genommen. Dullens ist ein Mann von 65 Jahren und ernährte sich mit einem kleinen Buch- und Papierehandel. Er hat noch eine vollständig lahme Schwester von 67 Jahren zu ernähren und lebte beide in den kümmerlichsten Verhältnissen. Für die arme Frau ist dies ein schrecklicher Schlag, der sie am so härter trifft, als sie keine Ahnung von einem solchen Ausgange hatte.

Sächsische Art der Auslegung des preussischen Vereins-gesetzes und eines Bureaudeutsch vereinigen sich zu einer wunderbaren Harmonie in einem Schriftstück, welches auf eine am 10. August eingereichte Beschwerde dem Genossen Rohrlack vom Regierungspräsidium zu Breslau heute zugestellt wurde. In Altwoasser bei Waldenburg in Schlesien sollte am 9. August eine Metallarbeiter-Versammlung stattfinden. Es war aber nicht möglich, dazu ein Lokal zu bekommen. Mehr Glück hatten die Bergarbeiter in Waldenburg, weil diese erstens durch ihre große Zahl einen wirtschaftlichen Druck ausüben können, zweitens aber von den Wirthen noch nicht als Sozialdemokraten betrachtet werden. So wurde denn das Arrangement derart getroffen, daß man die Metallarbeiter von Altwoasser und Waldenburg einlad, die an demselben Tage in Waldenburg stattfindende öffentliche Bergarbeiter-Versammlung, in der Genosse Schröder-Dortmund referirte, zu besuchen, vor vorher genannte Genosse, welcher als Referent für die Metallarbeiter-Versammlung erschienen war, sollte in der Diskussion sprechen. Die Rechnung war aber ohne die Waldenburger Polizei gemacht. Obwohl die Versammlung als öf-fentliche angemeldet war, wurde niemandem der Zutritt gestattet, der der Polizei als Nicht-Bergmann bekannt war; auch wurden die Frauen von der Theilnahme an der Versammlung ausgeschlossen, sogar die Bedienung durch Kassierinnen verboten. Als schließlich Genosse Rohrlack in der Diskussion sprechen wollte, und die Anrede „Meine Freunde“ gebrauchte, wurde die Versammlung aufgelöst weil — Rohrlack nicht Bergmann ist. Gegen dieses Vorgehen der Polizei hatte Genosse Rohrlack sofort Beschwerde eingelegt und vor kurzem ein Schriftstück erhalten, welches folgenden Wortlaut hat:

„Auf die Vorstellung vom 10. August d. J. erwidere ich Ew. Wohlgeboren, daß ich mich nicht habe veranlaßt lassen können, Ihrem Antrage, dem Polizei-Kommissarius R. d. d. zu Waldenburg wegen seines Verhaltens gegenüber der am 1. August dieses Jahres zu Waldenburg stattgefundenen öffentlichen Bergarbeiter-Versammlung eine Klage zu ertheilen, zu entsprechen, da ich weder aus Ihren Ausführungen, noch aus dem Ergebnis der angestellten Ermittlungen die Ueberzeugung habe gewinnen können, daß der genannte Beamte bei der Ueberwachung und Aufsicht der in Rede stehenden Versammlung in einer ein disziplinarisches Einschreiten rechtfertigenden Art und Weise gegen die Vorschriften der Verordnung vom 11. März 1850 über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts verstoßen hat.“

Kgl. Regierungs-Präsident.

(Name unleserlich).

Wir fragen nun: Wo in aller Welt steht denn im preussischen Vereinsgesetz auch nur das Geringste davon, daß jemand, der nicht Bergmann ist, an einer öffentlichen Bergarbeiter-Versammlung nicht theilnehmen, und nicht sprechen darf? Wo steht denn das Geringste davon, daß Frauen keiner öffentlichen Versammlung beiwohnen dürfen und gar, daß weibliche Bedienung entfernt werden muß? Ist denn solches Vorgehen eines Polizeibeamten nicht ein offenkundiger Mißbrauch des Versammlungs- und Vereinigungsrechts? Wahrlich, so lange ein Regierungspräsident das Gesetz so auslegt, bedarf es keines preussischen Landtages, der dasselbe noch mehr beschränkt!

Gewerbegerichte. Einshorn. Bei der Wahl zweier Arbeiterbeisitzer wurden einstimmig die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. — Heilbronn. Die Unternehmer-Abtheilung wählte bei 130 abgegebenen Stimmen den Kandidaten des Gewerbevereins, die Arbeiter-Abtheilung, in der 800 Stimmen abgegeben wurden, die sozialdemokratischen.

Die Rechtsprechung in Bezug auf das Vereinsrecht wird auch außerhalb Sachsens immer unverständlicher. Von dem Bernburger Schöffengericht ist über 16 Parteigenossen Verurtheilung erfolgt, weil sie entweder als Vorstandsmitglieder des



sozialdemokratischen Wahlvereins Nichtanhänger in den Verein aufgenommen, oder aber als Mitglieder, ohne Anhaltener zu sein, beigetreten sind. Erstere wurden zu 80 M., letztere zu 15 M. Geldstrafe verurteilt. Selbstverständlich ist gegen das Urtheil, welches dem § 3 der Reichsverfassung widerspricht, Berufung angemeldet worden.

**Teilerfassungen zur Deckung von Verfallungs-unkosten** sind zu gestatten. In Cöthen stand kürzlich Genosse H. vor dem Schöffengericht wegen unbefugten Erhebens von Eintrittsgeld in einer Versammlung in Oederigh, wofür das Eintrittsgeld konfisziert wurde. Wie nicht anders zu erwarten war, erfolgte kostenloser Freispruch. Auf Antrag des Verklagten um Herausgabe des Geldes wurde dem Vorsitzenden bedeutet, wenn er in anständiger und höflicher Weise darum ersuche, er selbstes von der Kreisdirektion jedenfalls zurückhalten werde. Wir wissen zwar nicht, ob der betreffende Genosse jemals unhöflich sein Verlangen gestellt hat, sehen aber noch viel weniger ein, wie eine etwaige Unhöflichkeit der Kreisdirektion das Recht geben sollte, das Geld zu behalten. Recht ist doch keine Gnade. Die Parteigenossen aber werden auf diese nochmalige Entscheidung verwiesen und aufgefordert, sich in dem Erheben von Eintrittsgeld niemals auch nur im Geringsten stören zu lassen.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Zigarrenarbeiter S t j e n s in H a m b u r g wurde auf Grund eines am 1. Mai verbreiteten sozialistischen Flugblattes wegen „Aufreizung“ nach § 130 des N. St.-G.-B. zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt.

## Parteitag

### der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Frankfurt a. M., den 21. Oktober 1894.  
Vorversammlung.

Am 7 Uhr Abends trat heute in der „Weißen Elise“ der sozialdemokratische Parteitag zusammen. Der Saal, in dem die Verhandlungen vor sich gehen sollen, liegt in ziemlicher Entfernung von der inneren Stadt in der Vorstadt Bornheim. Das Lokalkomitee hatte für die würdige Ausschmückung des Hauses und des Saales Sorge getragen. Am Portal begrüßt folgender Spruch die Eintretenden: Den Kampfpfad zu berathen für künftige Selbstthaten, zu kämpfen unverdrossen, seid uns gegrüßt, Genossen!

Der Saal selbst ist reich mit Tannengewinden und rothen Fahnen decorirt. Vor der Bühne, auf der das Bureau Platz nimmt, steht die roth ausgeschlagene Mederttribüne, die von den Büsten Kossells und Marx flankirt wird. Im Hintergrunde der Bühne steht auf rothem Bande der Spruch: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! In der Mitte der einen Seitenwand des Saales hängt ein großes Bild mit der Aufschrift: Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen: Republikanten des Militarismus, des Kapitalismus und des Pfaffenthums kämpfen auf morschen, von Raben umflatterten Trümmern lebend, den letzten Kampf gegen den Geist der neuen Zeit! Von der Gallerie wehen die alten und neuen Fahnen der Sozialdemokratie Frankfurts, Offenbachs, Hanau's, Darmstadt's, Mannheims und Siebens herab, rothe und schwarz-roth-goldene Banner, die zum Theil noch aus dem Jahre 1848 stammen.

Die Zahl der Teilnehmer an dem Parteitag wird die stärkste seit Halle werden. Für das große Interesse, das dem Parteitag entgegengebracht wird, zeugt nicht nur der naturgemäße starke Besuch der Vorversammlung durch die Arbeiter und Arbeiterinnen Frankfurts, sondern auch die Anwesenheit von etwa 80 Berichtserstattern, darunter Vertretern der englischen und französischen Presse.

Um 7 Uhr begrüßt der Arbeiter-Sängerbund Kossalle die Erschienenen mit dem Gesang: Heuße mein Sang, im jubelnden Klang der Freiheit zu Ehren!

**W ä h n e** - Frankfurt heißt hierauf die Delegirten im Namen des Lokalkomitees herzlich willkommen. Die Ehre, den Parteitag hier zu begrüßen, kam unerwartet. Aber in Nürnberg verhinderten ihn die Behörden. Auch hier waren große Schwierigkeiten zu überwinden. Nur ein verhältnismäßig kleines Lokal konnten wir erhalten, so daß tausende von Arbeitern, die zuhören wollten, umkehren mußten. Und selbst dieses Lokal suchte man uns zu nehmen. Erst mit der Waffe des Bierbojotts erlumpften wir es uns. Nicht zum ersten Male tagt in Frankfurt ein Arbeitertag. 1865 fand hier der zweite Parteitag des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins statt, ebenso tagte hier im Jahre 1873 ein Parteitag. Seit 1884 wird Frankfurt durch einen Vertreter der wahren Demokratie, einen Sozialdemokraten, im Reichstag vertreten. Wir werden uns dieses Mandat nimmer entreißen lassen. Mögen uns Hoß und Verfolgungen noch so sehr treffen, die Wuth unserer Gegner wird zerbrechen an der Festigkeit unserer Partei wie Wogenschaum am Felsen! (Lebhafte Beifall.)

Hierauf erklärt Liebnicht von stürmischem Beifall begrüßt, im Namen der Parteileitung den Kongreß mit folgender Ansprache für eröffnet:

In der Geschichte der Sozialdemokratie spielt Frankfurt nicht zum ersten Male eine bedeutungsvolle Rolle. — Seit langem ist Frankfurt eine Stätte der Freiheit. Hier hatte das Bürgerthum noch gekämpft, als es anderswo seine Fahnen bereits verlassen hatte. — Zur Zeit der größten Schwach des Bundestages war es hier, in der eigentlichen Hauptstadt des Deutschen Reiches, wo die Freiheit ungebeugt ihr Haupt erhob; hier war es, wo das freibürgerliche Ideal des Bürgerthums, das vor hundert Jahren von Frankreich aus seinen Ausgang genommen hatte, in die That umgesetzt werden sollte. Aber das Bürgerthum brachte seine Ideale nicht zur Erfüllung, und es konnte sie auch, gemäß der wirtschaftlichen Entwicklung nicht zur Erfüllung bringen. Das Bürgerthum ist abgelöst worden von der Sozialdemokratie von dem organisirten Proletariat, und die proletarische Bewegung von heute verhält sich zu dem Bürgerthum von heute, wie das Bürgerthum der französischen Revolution zu den feudalen Ständen. Und wieder ist es Frankfurt, das für die proletarische Bewegung eine historische Bedeutung gewonnen hat.

Im Mai 1868 hielt hier in Frankfurt Kossalle seine bekannten Reden zur Zeit, wo der Allgemeine deutsche Arbeiterverein gegründet worden war. Seitdem ist die Bedeutung Frankfurts für die sozialdemokratische Bewegung immer mehr gewachsen. In dieser Ecke zwischen Main und Rhein fand die Sozialdemokratie einen guten Nährboden, die Gedanken, die zur Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins führten, haben hier die kräftigsten Wurzeln geschlagen.

Noch ein anderer Gedanke ist heute, — am 24. September 1864 war es, wo in London die internationale Arbeiter-Assoziation ins Leben trat. Die internationale, von Kossalle ins Leben gerufene Bewegung, und die internationale standen sich eine Zeit lang fremd, zum Theil sogar ablehnend gegenüber, zum Theil fanden sogar heftige Kämpfe zwischen den beiden Strömungen statt. Aber nachdem im Jahre 1868 in Nürnberg bereits die ersten Versuche zu einer Einigung angebahnt wurden und 1869 von beiden Seiten energische Versuche gemacht wurden, die beiden Strömungen zu vereinigen, Versuche, die durch den Krieg unterbrochen worden sind, kam im Jahre 1875 in Gotha eine endliche Einigung zu Stande. — Mit der Niederwerfung der Kommune glaubten unsere Gegner bereits die ganze internationale Bewegung vernichtet zu haben, und um erhob das Proletariat so machtvoll sein Haupt, einmüthig stand es gegen die Bourgeoisie zusammen; und alle Versuche, den Bürgerkrieg in den Reihen des Proletariats zu entfachen, sind noch immer kläglich gescheitert. Kein Wunder, daß darum unsere Gegner nach unserer Einigung alles Mögliche anboten, die Mittel der brutalsten Gewalt in

Anwendung brachten, um unsere Organisationen zu sprengen, unsere Anhänger zu mörtern. Bereits im Jahre 1872 wurde gegen einzelne von uns der bekannte Hochverrathprozess in Szene gesetzt, der schon 1870 eingeleitet worden war; immer wieder wurden darauf die Versuche wiederholt, und auch dem Boden des gemeinen Rechts zu erdroffeln. Aber als auch dies nicht gelang, da unternahm es jener Mann, der mit Napoleon die größte Brutalität ohne Gleichen durch ein Ausnahmegericht, das heut am 21. Oktober ebenfalls seinen Geburtstag hat, unsere Organisation zu sprengen, unsere Presse zu vernichten, unsere Vereine aufzulösen. Aber alle Mittel der Gewalt zerfielen an der inneren Kraft der Sozialdemokratie, die unbesiegt ist, weil sie aus der wirtschaftlichen Entwicklung logisch herangewachsen ist. — Und heute ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei Deutschlands. Stets drehten sich die Waffen gegen die Brust unserer Gegner. Heute stehen sie abermals vor dem Bankrott. Sie legen die „geistigen Waffen“ bei Seite und denken an ein neues Ausnahmegericht. Da sitzen die Vertreter der bankrotten Gesellschaft beisammen (Stürmischer Beifall) und berathen, wie man uns vernichten könne. Die einzige Lehre der Geschichte scheint zu sein, daß manche Herren aus ihr nichts lernen. Das schmachvolle Absterben des Sozialistengesetzes, die schamlose Korruption, die es erzeugt hat, sie scheinen spurlos vorübergegangen zu sein an unseren Gegnern. Abermals versuchen sie es mit dem alten Mittel. Wohlan! Mögen sie es versuchen! Die Sozialdemokratie ist an Kämpfe gewöhnt; in Kämpfen ist sie stark geworden. Als über das alte Sozialistengesetz berathen wurde, da riefen wir der Regierung zu: Das Gesetz, mit dem ihr uns tödten wollt, es wird eine Schule für uns sein, es wird die unreinen Elemente von uns abtrennen, es wird alle diejenigen von uns entfernen, welche nicht Mannesmut genug besitzen, um mit aller Kraft, mit allem Können, mit Leib und Leben im Kampfe zu stehen. Und so geschah es. Die Partei wurde gesäubert. Aus Eisen wurde ein guter Stahl zurecht gewärmt. Das Sozialistengesetz war eine Schule der Disziplin und der Charakterstärke für uns. Es schuf uns Kerntuppen. Und glücklicherweise ließen die Gegner auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Verfolgungen nicht. Kein Caput der Geister nahm uns gefangen. Und jetzt versuchen sie es aufs Neue. Aber eine Partei wie die unserer ist nicht zu überwältigen. Wir wachsen aus dem Boden der Verhältnisse hervor. Wenn nicht der Sozialismus die moderne Gesellschaft rettet, dann wird sie durch den Kapitalismus zu Grunde gerichtet. Wir warten in Ruhe der Dinge, die da kommen. Ich brauche nicht erst zu sagen, daß dieser Kongreß seine Schuldigkeit thun wird. Während in Berlin sich die Gewitterwolken zusammenballen, während neue Karlsruher Beschlüsse gegen uns im Werke sind, während man versucht, uns Spinnweben in den Weg zu legen, damit wir darüber stolpern, da hat die belgische, hat die österreichische Sozialdemokratie uns ein herrliches Beispiel gegeben. Vor acht Tagen hat das belgische Proletariat seine Gegner niedergeschmettert, und heute, wo die zweite Schlacht in Belgien geliefert wird, wird es einen noch glänzenderen Sieg erringen. In Oesterreich hat der Kampf um das allgemeine Wahlrecht seine Spitze erreicht. Die proletarischen Massen sind auf der Bühne erschienen, und wenn die Macht-haber nicht eine furchtbare Katastrophe über das Land heraufbeschwören wollen, werden sie seinen Forderungen nachgeben müssen. Ueberall bringt die Sozialdemokratie siegreich vor. Da können wir die Versuche unserer Gegner, uns zu vernichten, mit vollster Gleichgültigkeit betrachten. Wir marschieren weiter auf der Bahn, die uns bisher von Sieg zu Sieg geführt hat. Wir sind vorbereitet auf alles — wir fürchten nichts. Für uns heißt es: Niemals zurück — immer vorwärts! (Stürmischer Beifall.)

Es wird hierauf zur Wahl des Bureau's geschritten. Zu Vorsitzenden werden Singer und Schwarz-Übels durch Zuzustimmung gewählt.

Angleich im Namen von Schwarz dankt Singer für die Ehre der Wahl. Wir werden — sagt er — uns bemühen, mit Ihrer Unterstützung die Geschäfte so zu führen, daß die großen und wichtigen Aufgaben und Arbeiten des Kongresses gefördert werden. Auch dieser Kongreß wird wie seine Vorgänger ein Denkmal in der Parteigeschichte sein. Lassen Sie uns unsere Arbeit beginnen mit dem festen Entschluß, nicht zu wanken und zu weichen, bis wir unser Ziel erreicht haben und mit unserem alten Ruf, der heute noch als Schlachtruf die Welt durchhallt, einst aber unser Siegesruf sein wird: Hoch die deutsche Sozialdemokratie!

Dreimal stimmen die Versammelten begeistert in diesen Ruf ein.

Zu Schriftführern werden nach kurzer Debatte Antrich, Geyer, Dertel, Bruhns, Hülle, Landgraf, Madnauer, Lütgenau und Hug gewählt. In die Mandats-Prüfungskommission werden Feldmann, Langenbielau, Frau Zettin, Timm-Berlin, Könen-Hamburg, Lorenz-Obemühl, Ehrhardt-Ludwigshafen und Nathusius-Bandow delegirt.

Die Arbeitszeit des Kongresses ist die übliche: von 9—1 und von 3—7.

Auch die Geschäftsordnung wird nach kurzer Debatte unverändert genehmigt.

Annahme wird die Tagesordnung festgesetzt.

Punkt 1, 2, 3, 4, 5, 6 werden genehmigt.

Stimme-Wiefeld schlägt vor, als Punkt 7 die „Stellung unserer Abgeordneten in den Einzel-Landtagen zum Budget“, wenn angängig, zu behandeln.

Fischer-Berlin macht darauf aufmerksam, daß die Angelegenheit bei Punkt 3: „Bericht über die parlamentarische Thätigkeit“ zur Verhandlung kommen dürfte.

Ein bestimmter Antrag ist nicht gestellt.

Punkt 7 wird nach dem ursprünglichen Vorschlag genehmigt; ebenso die Punkte 8 und 9.

Domit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Schluß 8 1/2 Uhr.

### Erste Sitzung.

Privat-Telegramm des „Vorwärts“.

Singer eröffnet die Verhandlungen mit einer Begrüßung der Genossen Silberberg aus Budapest, den Vertreter der ungarländischen Sozialdemokratie; Victor Adler, der Vertreter der österreichischen Parteigenossen, ist durch die Ereignisse in Wien noch zurückgehalten und wird erst heute Abend erwartet.

Singer: Mögen die energischen Kämpfe der österreichischen und ungarländischen Arbeiterparteien endlich zum Siege führen, so daß sie nach Erringung des allgemeinen Wahlrechtes in einer ihrer Stürke entsprechenden Zahl in die Parlamente einzugießen. (Beifall.)

Von den eingelaufenen Telegrammen und Begrüßungsschreiben werden besonders beifällig aufgenommen das der „Sozialdemokratischen Rekruten“, das von dem Winterschlaf erwachenden Bauern am Bodensee und das von Iglesias aus Spanien.

Zunächst erhält Silberberg aus Budapest das Wort: Zum ersten Mal ist die ungarländische Arbeiterpartei auf dem deutschen Parteitag vertreten. Betrachten Sie dies als ein Zeichen, daß die Jovialitäten bei uns endlich beseitigt sind. Herzliche Grüße an den Kongreß! (Beifall.)

Den Bericht des Parteivorstandes erstattet hierauf G e r i s c h: Der Bericht liegt gedruckt vor, nur Einzelheiten sind zu ergänzen. Die Geschäftsführung des Vorstandes war darauf berechnet, alle Anträge, alle Briefe so rasch als möglich zu erledigen. Verzögerte sich die Erledigung der Anträge hin und wieder, so wurde es verursacht durch die Prozedur, erst den Bericht und das Urtheil der betreffenden Vertrauensleute einzuholen. Die Organisation der Partei entspricht so ziemlich allen Wünschen. Zum ersten Mal sind diesmal Anträge eingelaufen, die sich auf die Stellung der Parteibeamten beziehen. Sie kommen hauptsächlich aus Berlin und seiner Umgebung. Gerade dieser

Umstand muß die Genossen außerhalb Berlins zu der Meinung bringen, daß nicht alles in Ordnung ist, wenn gerade die Genossen des Ortes, wo der Parteivorstand seinen Sitz hat, Veranlassung zu solchen Anträgen nehmen. Deshalb ist es notwendig, daß gerade diese Frage hier gründlich erörtert wird. Besonders ist es hier das Ausschneiden Fischer's aus dem Parteivorstande und sein Eintritt in die Parteibuchhandlung unmittelbar nach dem Kölner Parteitag, was Verwunderung und Befremden in einzelnen Kreisen erregt hatte. Hinterher schob man uns unter, man habe dem Parteitag die Möglichkeit entziehen wollen, sich selbst den Parteisekretär zu wählen. Man brachte auch die Ablehnung der Gehaltserhöhung durch den Kölner Parteitag in Verbindung mit dem Austritt Fischer's aus dem Parteivorstande. Wir müssen entscheiden gegen die Unterschreibung solcher Motive protestieren. Wären diese Vermuthungen richtig, so wäre der Parteivorstand nicht werth, weiter die Parteigeschäfte zu führen. Wir haben Fischer sehr ungern aus dem Parteivorstande scheidend, weil wir in dem Verkehr mit der Parteipresse, mit den Schriftstellern eines Fachmannes bedürfen. Andererseits bedarf die Parteibuchhandlung, wegen ihrer großen Bedeutung für unsere ganze Bewegung einer besonders hervorragenden Kraft. Die Erfahrung, die wir bisher mit einem gelehrten Buchhändler, der 4000 M. Gehalt erhielt, und dann mit einem Parteigenossen, der unter einer Kommission stand, machten, waren durchaus nicht erfreulich, wir waren uns klar, daß zunächst ein Fachmann in Frage kommen muß, um die Parteibuchhandlung zu leiten und daß wir es nur als angenehme Zugabe annehmen, wenn derselbe zugleich auch bewährter Parteigenosse ist. Unter den Bewerbern um diesen Posten kam bloß Fischer ernstlich in Frage, und wir sind überzeugt, damit einen sehr glücklichen Griff gethan zu haben. Es ist klar, daß wir Fischer zum mindesten dasselbe Gehalt geben mußten, das früher gezahlt wurde. Die Differenz gegen sein früheres Gehalt wird durch seine tüchtige Arbeit in einem Monat wieder eingebracht, ebenso wie sie durch einen unfähigen Leiter in einem Monat schon zugesetzt werden kann. Wenn die Parteigenossen die Gehaltsfrage Fischer's mit den Beschlüssen in Köln in Zusammenhang bringen, so befinden sie sich also auf durchaus falscher Fährte. Es ist ein rein äußerliches Zusammen-treffen von Umständen ohne jeden inneren Zusammenhang. Für uns kam nur die Frage in Betracht, daß Fischer seinen Mann hielt und daß hier jede Knäuferei eine Ersparniß am unrechten Orte gewesen wäre.

Noch ein weiteres Mitglied des Parteivorstandes wird durch die Anträge auf Festsetzung eines Maximalgehaltes von 3000 Mark betroffen. Es ist Genosse Auer; er mußte eine Wohnung nehmen, die sich unmittelbar an die Bureauräume des Parteivorstandes anschloß; außerdem hatte er Verpflichtungen zu erfüllen, die mit Gehaltsausgaben verbunden waren, die anderen Vorstandsmitgliedern nicht erwachsen; weiter bemerkten wir, daß der „Vorwärts“ zu den schwebenden Tagesfragen nicht immer die Stellung einnahm, die im Interesse der Partei geboten war. Das ging so nicht weiter. Auer wurde damit betraut, täglich in der Redaktion anwesend zu sein, um eine engere Verbindung zwischen Vorstand und Redaktion herzustellen und die Redaktion besamt zu machen mit den Mittheilungen, die beim Vorstand über innere Vorgänge der Partei einlaufen. Auer erhält für diese Thätigkeit, die besondere Aufzählung nicht macht, 120 M. monatlich. Wir haben die Antragsteller wiederholt mit unseren Motiven vertraut gemacht.

Was die Anträge anbelangt, die dem Vorstand vom vorigen Kongreß zur Erledigung aufgetragen waren, so kommt in erster Linie die Gründung des Sozialdemokraten in Betracht. Vielleicht war es ein Fehler, daß die Partei mit der Gründung des Wochenblattes so lange gewartet hat. Die Verbindungen mit dem Auslande waren unterbrochen, woraus es wohl zu schlußzuführen ist, daß nur eine Auflage von 5—6000 erreicht wurde und daß ein jährlicher Zufluß von 8000 M. sich erforderlich machte. Der Vorstand hat bereits berathen, wie das Defizit zu vermindern ist, die Beilage soll künftig nur einen halben Bogen stark sein. Die Spediture verdienen gegenwärtig fast gar nichts beim Vertrieb und lassen ihn sich daher nicht angelegen sein. Das Porto soll daher künftig vom Verlag übernommen werden; durch diese Maßregeln hoffen wir eine zunehmende Verbreitung erzielen zu können.

Auch die „Rheinische Zeitung“ erfordert einen viel zu hohen Zuschuß. Die Bedenten, die wir im vorigen Jahre gegen die Herausgabe einer täglich erscheinenden Zeitung in Köln hatten, haben sich leider vollständig erfüllt. Es fehlt an den nöthigen Kräften für die geschäftliche Leitung des Blattes. Gätten die Genossen, die im vorigen Jahre den Beschluß faßten, die „Rheinische Zeitung“ in dieser Form ins Leben zu rufen, die Opfer geahnt, die notwendig wurden, dann wäre ihr Beschluß wohl anders ausgefallen. Durch künstliche Mittel läßt sich nichts erreichen. Wenn die Bewegung nicht von innen heraus so erstickt ist, daß sie eine täglich erscheinende Zeitung tragen kann, läßt es sich von außen nicht machen. Der Vorstand muß in Verbindung mit den Kölner Genossen Abhilfe schaffen.

Was die Broschüre über die Gesinde-Ordnung betrifft, die der vorige Parteitag beschloß, so stellten sich große Schwierigkeiten heraus, giebt es doch 50—60 verschiedene Gesinde-Ordnungen in Deutschland. Wir beschloßen deshalb, zunächst das nördliche Deutschland zu behandeln. Die Broschüre, welche die Gesinde-Ordnungen dieser Landestheile behandelt, wird demnächst erscheinen.

Auch die Broschüre über das Dreiklassen-Wahlrecht ist jetzt fertig stellen.

Der Wunsch, mit dem der Berichterstatter des Vorstandes seinen Bericht über unsere Thätigkeit im vorigen Jahre schloß, daß nämlich die Genossen im Lande häufiger Postanweisungen an den Kassirer abgeben lassen möchten, hat sich leider nicht erfüllt. Außerlich ist der Kassenschluß ja sehr günstig; aber lassen Sie sich dadurch nicht täuschen; es sind große Posten darin, die vorher schon als Einnahmen gebucht waren. Noch bedenklicher wird das Bild, wenn wir die Ueberschüsse unserer großen Zeitungen in Abzug bringen. Wenn die Dinge so weiter gehen, kann die Parteikasse künftig die Anforderungen nicht erfüllen, die an sie gestellt werden, besonders wenn die Anträge auf Verbilligung des „Vorwärts“ angenommen werden. Wir sind auf diese Ueberschüsse angewiesen. Wenn die Parteitage, die Berlin und Hamburg leisten, abgezogen werden, so hat das gesammte übrige Deutschland nur 31 450 M. aufgebracht, wir dürfen uns deshalb die großen Einnahmequellen nicht verstopfen lassen. Bedner schließt mit der Versicherung, daß der Vorstand nach bestem Ermessen im Interesse der Partei gehandelt zu haben glaube.

Den Bericht der Kontrolleure erstattet M e i s t e r: Die Hauptkasse, die Buchhandlung, die Geschäftsführung des „Vorwärts“ und des „Sozialdemokrat“ sind bei viermaliger Revision durchaus in Ordnung gefunden worden. Kleine Monitionen sind durch gegenseitige Aussprachen erledigt worden. Von uns aus sind Ausstellungen gegen die Parteileitung nicht gemacht worden, dagegen sind von den Genossen fünf Beschwerden gegen den Parteivorstand eingelaufen, von denen sich zwei auf die Presse, zwei auf Unterschlagungen bezogen. Die Gründe, die den Vorstand bei diesen Unterschlagungen geleitet hatten, sind auch von uns akzeptirt worden. Besonders Eingehen auf die Beschwerde gegen den Vorstand, die in Berlin auch gegen die Kontrolleure in öffentlichen Versammlungen erhoben worden ist, verdient die Befolgung der Stelle in der Partei-Buchhandlung mit Fischer. Als die Kontrolleure zur Wahl des Parteisekretärs zusammengerufen wurden, bemühten wir uns zunächst, Fischer zum Verbleiben im Parteivorstande zu bewegen. Die Gründe, die Fischer vorbrachte, waren schließlich aber auch für uns ausschlaggebend, — und wir sind nun überzeugt, daß in der Partei-Buchhandlung Fischer der rechte Mann auf dem rechten Fieße sei. Auch bezüglich der Honorierung Fischer's mußten wir uns auf die Seite des Vorstandes stellen; während der erste Buchhändler kündigte, weil



er nicht 5000 M. erhielt, bekommt Fischer 4000 M., so viel wie der erste Buchhändler anfangs erhalten hatte. — Von Dr. Krons und 21 anderen Genossen war sodann eine Beschwerde eingegangen, die sich gegen die Wahl des zweiten Parteisekretärs richtete. Die Beschwerdeführer wollten die Stelle unbefestigt und von den übrigen Parteivorstands-Mitgliedern kommissarisch verwaltet wissen. Auf Grund der Bestimmungen der Partei-Organisation war das aber einfach nicht möglich und Genosse Pfannkuch wurde von den Kontrolloren einstimmig zum Parteisekretär gewählt. — In öffentlichen Versammlungen wurde sodann moniert, daß Auer für seine Tätigkeit am „Vorwärts“ noch eine Extrahonorierung von 125 Mark monatlich erhielt. Diese Extrahonorierung ist aber keineswegs etwas Neues, sondern ist bereits seit 3 Jahren in Übung, ohne daß bisher daran Anstoß genommen wurde. Wir sind davon überzeugt, daß die innige Verbindung zwischen Parteivorstand und Zentralorgan unumgänglich notwendig sei. Da nun aber die hierauf bezügliche Tätigkeit Auer's außerhalb der Geschäftsstunden des Parteisekretariats fällt und ihn häufig bis 11 Uhr Abends in Anspruch nimmt, so versteht es sich ganz von selbst, daß diese besondere Tätigkeit auch besonders honoriert werden mußte. Die übrigen Beschwerden gegen den Parteivorstand sind abgelehnt worden, weil sie zum Teil persönlicher Natur waren, zum Teil nicht gerechte Forderungen enthalten. Andere Beschwerden richteten sich gegen die Presse, so zunächst die der Köpener Genossen, die sich über die Mitarbeiterchaft des Sonntagspublizisten am „Vorwärts“ beschwerten, der angeblich ein Gegner von uns sei. Aber auch hier haben die Kontrolloren die Gründe des Parteivorstandes vollständig akzeptiert. Uebrigens hat auch später die Pressekommision an dieser Mitarbeiterchaft keinen Anstoß genommen. Bei der Frage der Unterstufung des Solinger Blattes mußten sich die Kontrolloren gleichfalls auf die Seite des Vorstandes stellen; dasselbe gilt bezüglich der Beschwerde der Dortmunder. Die Dortmunder berufen sich auf die Abmachungen mit dem Parteivorstand, um bei der Besetzung der Stellen freie Hand zu behalten, wir sind dagegen der Meinung, daß der Parteivorstand so lange freie Hand behalten muß, so lange die Dortmunder ihre Verpflichtungen nicht erfüllt haben.

Auch dieses Jahr hat die Parteipresse leider erhebliche Aufwendungen erfordert. Der Grund für diese mißlichen Zustände liegt aber zumeist an den Genossen selbst, die entgegen den entgegenstehenden Parteibeschlüssen häufig in geradezu leichtsinniger Weise mit Neugründungen vorgehen. Besonders in Rheinland-Westfalen grassirt die Wuth, Neugründungen vorzunehmen und die einzelnen Organe machen sich gegenseitig die schärfste Konkurrenz. Die an die Gründung des Wochenblattes geknüpften Hoffnungen haben sich im allgemeinen nicht erfüllt und besonders ist die Zahl der Abonnenten im Ausland, für die man in erster Linie ein Wochenblatt notwendig hielt, auf der bescheidenen Höhe von 523 stehen geblieben und die Zahl der Abonnenten in Deutschland hat sich über 5700 nicht erhoben. Da gewisse Uebelstände in der Verbreitung beseitigt werden, so ist zu hoffen, daß sich die Zuschüsse ermäßigen werden, denn ein gutes Organ, wie es der „Sozialdemokrat“ ist, muß erhalten bleiben. Zum Schluß beantragt Reiser, der Parteileitung Decharge zu erteilen.

Die Beratung wird eröffnet.  
Alle Anträge, die sich auf „Parteibeamte“ und „Partei-geschäfte“ beziehen, finden die nöthige Unterstützung, mit Ausnahme des Antrages der Parteigenossen in Erfeld und Kempen: Die Gehaltsfrage der Parteibeamten soll untersucht und nach Bedürfnis geregelt werden. Zunächst erhalten die Antragsteller der Reihe nach das Wort. Timm in Berlin begründet den Antrag der Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises:

a) Der Parteitag hat eine Kommission von 11 Mitgliedern einzusetzen, welche die Gehälter der Parteibeamten und Redakteure einer Revision unterzieht; jedoch dürfen derselben weder Parteibeamte noch Redakteure angehören.  
b) Der Parteitag setzt das Maximalgehalt der Parteibeamten und Redakteure auf 3000 M. jährlich fest; für diejenigen Beamten u. f. w., die im Parteinteresse eine größere Wohnung halten müssen, sind selbstverständlich Zuschläge zu gewähren.

Die Einkünfte der Genossen aus der Parteiliteratur bleiben außer Betracht.

c) Fest angestellte Beamte der Partei dürfen keine Reichstags-Diäten beziehen.

Der Antrag hat in der That eine persönliche Spitze. Seine Schuldigkeit thut jeder. Es wird gesagt, es sei nöthig, daß der Abg. Auer mit 125 M. extra besoldet wird, damit er die Verbindung zwischen Vorstand und „Vorwärts“ herstelle. Das sehen wir nicht ein. Die Geschäfte können im Vorstand so vertheilt werden, daß Auer noch völlig Zeit findet, sich dem „Vorwärts“ zu widmen. Fischer erhält jetzt 4000 M. Ist das nicht zu hoch? 3000 M. sind ausreichend, um die Bedürfnisse in vernünftiger Weise zu befriedigen. Die aus den Kreisen der Arbeiter hervorgegangenen Genossen haben in ihren früheren Stellen sicherlich weniger gehabt. Und wir haben keine Veranlassung, für die Genossen, die aus anderen Kreisen stammen, besonders gut zu sundiren Stellen zu schaffen. Schoenlant erhält von den Leipziger Parteigenossen 6000 M., und es heißt, bei einer solchen Kraft gebe es nicht anders. Ebenso gut könnte man da ja auch 10 000 M. zahlen. Wir verlangen von unseren Genossen Idealismus bei ihrer Tätigkeit. Anders liegen die Dinge bei der Liebnicht'schen Gehaltsfrage. Liebnicht hat jahrelang seine besten Kräfte zur Verfügung gestellt, zu einer Zeit, wo die Partei nicht mehr als 30 Thaler monatlich zahlen konnte. Da wäre es verkehrt, bei Liebnicht den allgemeinen Maßstab anzulegen. Wir schlagen deshalb die Wahl einer Kommission von 11 Mitgliedern vor, die die Gehälter prüfen und feststellen soll, was nöthig und richtig ist. Der Expedient Herzfeld hat ein festes Gehalt von 150 M. monatlich, das wäre für seine Tätigkeit nicht zu hoch, aber als Annoncen-Akquisiteur verdient er noch extra 200 M. monatlich. Wenn für diese Tätigkeit ein solches Gehalt gezahlt wird, dann sind die Redakteurgehälter in der That noch zu klein. Ebenso liegt die Sache mit dem Annoncensammler Genossen Dertel, er erhält 60 M. monatlich fest, außerdem noch bis 200 M. monatliche Provision extra. Unsere Parteigenossen stellen sich Abends und Nachts in den Dienst der Partei, dafür fordern die Arbeiter nichts, sie leisten Ungeheures und erhalten nichts. Wenn das der Fall ist, so hegt ich nicht die Befürchtung, daß die geistig befähigten Genossen ihre Redakteurposten aufgeben werden, wenn das Gehalt auf 3000 M. fixirt wird. (Sehr richtig und Social.)

Kaspar Steglitz begründet den Antrag der Parteigenossen des Zeltow-Beestower Wahlkreises: Das Gehalt des Geschäftsführers der Partei-Buchhandlung des „Vorwärts“ ist auf 3000 M. festzusetzen.

Die Tätigkeit Fischers als zweiter Sekretär war bedeutend werthvoller, als seine Tätigkeit in der Buchhandlung. Es heißt immer, es giebt nicht genug fähige Genossen; der richtige Mann ist schwer zu finden. Das glaube ich nicht. Was sollte sonst geschehen, wenn diese Genossen gerade der Partei nicht angehören würden? Es würde auch ohne sie gehen. Die Masse des Volkes sagt immer, wenn sie hört, wie hohe Gehälter wir zahlen; am Ende haben die Gegner mit ihren Verleumdungen doch recht; den Gerüchten muß entgegen getreten werden, die da behaupten, Fischer habe seinen Posten als Sekretär vielleicht nur deshalb verlassen, um in der Buchhandlung eine fettere Pfründe zu erhalten. Den Landproletariern müssen die hohen Gehälter geradezu wahnsinnig erscheinen.

Den Antrag der Genossen des 4. Berliner Wahlkreises: „Der Parteitag beschließt, daß an Reichstags-Abgeordnete, die als Beamte der Partei fungiren und ein Gehalt von 4000 M. und darüber beziehen, keine Extradiäten zu zahlen sind“ begründet

Matulat: Die Anträge richten sich durchaus nicht gegen einzelne Genossen, sondern behandeln die Gehaltsfrage überhaupt, auch kein Mißtrauen gegen den Parteivorstand soll in ihnen liegen. Aber die Einnahmen der Partei sind ziemlich niedrig, und daher rührt die Mißstimmung gegen die hohen Gehälter.

Der vierte Kreis glaubt, daß sich eine bestimmte Grenze für die Gehälter schwer feststellen läßt, aber er wünscht daran festhalten zu wissen, daß denjenigen Genossen, die ein Gehalt von 4000 M. und darüber beziehen, und die Reichstags-Abgeordnete sind, keine Extradiäten gezahlt werden.

Ruhe-Essen begründet den Antrag des Parteigenossen Ludwig Marx-Essen: Der Parteitag möge beschließen: In solchen Orten, wo die Parteipresse direktes Partei-Eigentum ist, haben die Genossen das Recht, die Redakteure selbständig zu wählen. Jedoch ist die Parteileitung berechtigt, geeignete Personen in Vorschlag zu bringen.

Es seien Zwistigkeiten zwischen den Genossen und der Redaktion des Dortmunder Parteiblattes entstanden. Man müsse den Genossen am Ort die Wahl der Redakteure und Beamten überlassen.

Die Begründung der Anträge der Parteigenossen des Zeltow-Beestower Wahlkreises: Den Vertrauenspersonen der einzelnen Orte soll der „Vorwärts“ gratis überwiesen werden und der Parteigenossen in Duisburg: „Den Vertrauenspersonen ist auf ihr Gehalt hin der „Vorwärts“ gratis, auf Parteikosten, zu liefern, übernimmt

Kaspar Steglitz: Die Vertrauensleute seien die Seele der Bewegung an den einzelnen Orten. Sie müssen mit dem geistigen Material, das der „Vorwärts“ bietet, versehen und das Blatt ihnen deshalb gratis zugestellt werden. Zum Antrag der Parteigenossen Berlin 4: Die Gehälter des Parteivorstandes, der Redakteure des „Vorwärts“ und des „Sozialdemokrat“ als Zentralorgane, sowie die Gehälter der Angehörten der Verlagsbuchhandlung des „Vorwärts“ bestimmt der Parteitag in Frankfurt a. M., spricht

Kiesel-Berlin: Um allen Redereien in Versammlungen ein Ende zu machen, sei es notwendig, daß der Parteitag die Gehälter des Parteivorstandes, der Redakteure des „Vorwärts“ und des „Sozialdemokrat“, sowie der Angehörten der Parteibuchhandlung feststelle.

Zum Antrag der Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, da die Reaktion immer kühner auftritt und die Entstehung eines neuen Ausnahmegesetzes mehr als je wahrscheinlich ist, hat die Neugründung von sogenannten Parteigesellschaften (Buchdruckerien, Buchhandlungen u. f. w.) zu unterbleiben — hebt Schulze-Berlin hervor, daß es unbedingt notwendig sei, dem Gründungsstieber, das überall Parteigesellschaften gründen wolle, entgegenzutreten. Die Partei müsse ihr Geld reserviren, um allen Drohungen gewachsen zu sein.

Den Antrag der Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Der Parteitag wolle eine fünfer-Kommission einsetzen und dieselbe beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und wie die Uebertragung der Druckarbeiten des „Vorwärts“ und der anderen bei Bading gedruckten Parteiliteratur in Regie der Partei sich empfiehlt, dem nächsten Parteitag hat die Kommission dann Bericht zu erstatten, begründet

Sonnenburg-Niederbarnim: Ueberall fehle es an Geld. Da sei es notwendig, daß der Unternehmerröthel aus den Parteiorganen, soweit sie von Privatbesitzern gedruckt werden, der Partei zugesetzt werden. Doch solle diese Änderung nicht Knall und Fall eintreten, sondern zunächst eine Kommission gewählt werden, die alles untersuche, vorbereite und dafür Sorge, daß die festgelegten Gelder nicht etwa, wenn die Reaktion ihre Drohung wahr mache, etwa in einen Säckel gerathen, in dem wir sie nicht gern sehen würden.

Rummeir wird die Diskussion über Punkt 1 und 2 der Tagesordnung und die dazu vorliegenden Anträge eröffnet.

Greiner-Aschersleben wünscht, daß bevor der Parteivorstand Gelder für die Führung eines Prozesses einer Einzelperson bewilligt, erst von dem Vertrauensmann des Kreises Informationen erhoben werden.

Datbe-Galberstadt hält es für notwendig, daß der Vorstand in bestimmten Fällen Zuschuß für Saalbauten den Genossen solcher Orte bewillige, die keinen Versammlungs-saal besitzen.

Webel: Einen besonderen Ruhm haben sich die Berliner Genossen mit ihrem Antrage nicht erworben, sollen sich denn die Debatten heut wiederholen, die in Berlin einen so überaus fatalen Eindruck hinterlassen haben? Ich freue mich, daß in seiner Begründung Timm das Gehalt Liebnicht's wenigstens ausgenommen hat, man hätte dann aber klüger gethan, das wenigstens in dem Antrage auszusprechen. In bezug auf die Beschäftigung in Parteigesellschaften verlangt man allgemein die Jubiläum der günstigen Bedingungen, in allen offiziellen der Partei betriebenen Geschäften wird die Maximalarbeitszeit von 8 Stunden, die Feier des Montages, jährlich ein Urlaub von 8 Tagen mit Lohnvergütung, die Befreiung der Affordöhne verlangt und auch durchgeführt. Nach besten Kräften bemüht man sich, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern. In bezug auf die geistigen Arbeiter aber, ja, Bauer, das ist etwas anderes, da gelten auf einmal nicht die Gesetze von Angebot und Nachfrage, da beräthselhaft man nicht die Lebensansprüche der geistigen Arbeiter. Wir leben in der bürgerlichen Gesellschaft und kommen aus ihr nicht heraus. Aus der bürgerlichen Gesellschaft sind unsere geistigen Arbeiter hervorgegangen, wollen wir sie bei uns beschäftigen, so darf der Abstand zwischen dem, was sie bei bürgerlichen Wäldern und dem, was sie bei uns erhalten, doch nicht gar zu sehr auseinandergehen, sonst bleiben sie eben in den höher bezahlten Stellen. Trotz all ihres Idealismus, weil der Unterschied zwischen der jeweiligen Lebenslage, der ihnen bisher gebotenen Stellung und der, die wir ihnen bieten, gewiß nicht zu unseren Gunsten ausfällt. Einen praktischen Erfolg dürfte das Abschneiden der Gehaltsfrage aber doch haben, weil dadurch ein für alle Mal den verunsichernden Nachrichten der bürgerlichen Presse entgegengetreten werden kann, daß wir drei bis vier Millionen Mark jährlich an Parteigehältern ausgeben. Bei der Beschränkung der Gehälter auf 3000 Mark kämen — abgesehen von Berlin — thatsächlich nur elf Personen in Frage: Die Redakteure des „Vorwärts“, der Redakteur des „Sozialdemokrat“, die Redakteure der Hamburger, Leipziger und Kölner Organe, der Geschäftsführer und Kassirer der Hamburger Druckerei. Diese Gehälter bewegen sich zwischen 3300 und 4200 M., nur Carl Pirsch mit 5000 M. und Schoenlant mit 6000 M. stehen sich besser. Wenn die Kölner und Leipziger aber 3000—4000 M. beziehen, so werden sie auch wohl wissen warum. Sie haben sich gesagt, wenn wir diesen Mann haben wollen, so müssen wir ihn auch ausreichend bezahlen. Pirsch hat bei einem bürgerlichen Blatte 6500 M. Gehalt gehabt. Glauben Sie denn, daß er eine Stunde in seiner gegenwärtigen Stellung verbliebe, wenn sie den Berliner Antrag annehmen. Glauben Sie, daß Schoenlant seine heutige Stellung beibehielte, wenn er nur 3000 Mark erhielt, durch Privatarbeit — auch im Dienste der Partei — aber ein weit höheres Einkommen erreichen kann? — Was die Bemerkungen Timm über das Gehalt Dertels und Herzfelds anbelangt, so bemerkt er nur, daß er die Verhältnisse nicht kennt. Ihr Gehalt ist so geringfügig, daß er nur als Grundlage der Existenzsicherung angesehen werden kann. Dertel bekommt 60 Mark monatlich und Prozente von der Annoncenakquisition, Herzfeld muß Morgens um 2 Uhr in die Expedition, wo er bis 9 Uhr zu thun hat; dann geht er schlafen und am Nachmittage noch ein paar Stunden auf die Annoncen-jagd, beschneiden Sie deren Einkommen, so beschneiden Sie auch das Annoncenbudget des „Vorwärts“. Wenn dies aber von 70 000 Mark auf 30 000 Mark sinkt, so ist auch der ganze Ueberschuß weg. Sie bekommen aber in ganz Berlin keinen einzigen Annoncenakquisiteur, der sich sein Einkommen auf 3000 Mark beschneiden ließe, wenn Sie ihm seinen Gewinnanteil beschneiden wollten. Man wendet freilich ein, daß man von 3000 Mark recht schön leben könne und 95 pCt. der Steuerzahler haben ja noch weniger Einkommen, 85 pCt. sogar weit weniger als 1000 M. Wenn wir nun 3000 M. nur deshalb bezahlen sollten, weil 95 pCt. weniger bekommen, so wäre es nur logisch unter Hin-

weis auf die 85 pCt. nur 1000 M. zu zahlen. Würde ein National-liberaler unter Anziehung der 45 pCt. derjenigen, die ein Einkommen von weniger als 500 M. haben dies für alle Arbeiter gleichmäßig festsetzen wollte, so würden wir dieser Freiheit gebührend entgegengetreten; aber bei den geistigen Arbeitern in unseren Geschäften, ja Bauer das ist etwas anderes. Wollen wir die Opferfähigkeit und die Opferwilligkeit der Genossen als Maßstab gelten lassen, so sind allerdings 3000 M. noch viel zu viel und 1500 M. müssten als Maximum gelten. Unrecht ist natürlich, wenn wir den Vertrauensleuten an verschiedenen Orten Geldlooper im Uebermaße zumuthen, hierin muß Abhilfe geschaffen werden. Was den Zuschuß Kuer's anbelangt, so ist das nur ein kleines Entgelt für die erhöhten Aufwendungen, die Auer zu machen hat. Da die Redezeit Webel's um ist, schneidet der Vorsitzende dem Redner das Wort ab und läßt ihn noch einmal in die Rednerliste eintragen.

Seine-Ottenen führt Beschwerde darüber, daß Auer eine Versammlung in Quilborn bei der Nachwahl in Ottenen-Pinneberg nicht abgehalten hat.

Kobell-Spremberg findet, daß der Vorstand in den Fällen Auer und Fischer eigenmächtig gehandelt habe. Redner ist für die Festsetzung einer Maximalgrenze von 4000 M., sonst höre unser Prinzip auf. Der Redakteur der „Kreuz-Zeitung“ hat 38 000 M., wie nun, wenn unter Hinweis darauf, für unsere Redakteure 13 000 M. verlangt würden. Wer bloß zu uns kommt, um so und soviel zu verdienen, den können wir nicht brauchen. Leistet der Kohlengräber nicht eine schwerere Arbeit, als der Mann, der in der Stube sitzt? (Lachen.) Bei Liebnicht ist es etwas anderes, der hätte Professor werden können. (Stürmische Heiterkeit.)

Storch-Sietlin beklagt die Vernachlässigung Hinterpommerns hinsichtlich der Agitation durch den Vorstand. Wir und Herbert sind so gut wie abgethan, der Prophet gilt eben nichts im Vaterlande. An den Ausgaben des Vorstandes bemängelt Redner die Höhe der Umzugskosten für Pfannkuch (500 M.). In bezug auf die Gehaltsfrage steht Redner auf den Standpunkt Webel's. Den Schriftstellern sei es nicht zu verdenken, ihre Arbeitskraft so gut wie möglich zu verkaufen, aber, laßt den Schriftsteller Schriftsteller sein, und laßt sie nicht in der inneren Bewegung mitreden. Sobald sie hineinkommen, sind die Zwistigkeiten da, da sie mit dem proletarischen Charakter der Bewegung nicht vertraut sind.

Lütgenau-Dortmund bezeichnet die Behauptung Ruhe's von Zwistigkeiten zwischen den Genossen und der Redaktion des Dortmunder Blattes als unbegründet. Es bestände das freundschaftlichste Verhältnis.

Kraue-Herlitz meint, daß die Berliner Anträge wieder einmal aus falscher Rücksicht auf die Gegner gestellt seien. Der Gebrauch, gemahregelte Genossen, die in Parteistellungen treten, auf die Stufe der am schlechtesten bezahlten Arbeiter zu stellen, sei verkehrt.

Legen-Hamburg wünscht im Auftrage der polnisch sprechenden Arbeiter Hamburg-Altonas, daß der Vorstand eine eifrige Agitation unter der polnisch sprechenden Bevölkerung entfaltet hätte. Die Agitationstouren in Ost- und Westpreußen seien nur von geringfügiger Natur gewesen. Redner unterstützt die Berliner Anträge. Wenn wir auch — sagt er — für hohe Arbeitslöhne und kurze Arbeitszeit eintreten, so müssen wir doch selbst bestimmen, wie die Gehälter und die Arbeitszeit in den Parteireaktionen und -Geschäften bemessen werden. Grobchenweise werden die Beiträge von Arbeitern aufgebracht, die häufig nur ein Einkommen von 8—900 M. jährlich haben. Ist es da richtig, daß von den so schwer aufgebrachteten Groschen einzelne Genossen so horrende Gehälter beziehen; da wäre es Ehrenpflicht dieser Genossen, auf ein so hohes Einkommen zu verzichten. Der Sozialismus ist eine Naturnothwendigkeit, da sind wir auf einzelne Personen nicht angewiesen. Ich bin verwundert, daß Webel einen Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit machte; das war bisher bei uns nicht üblich. Die höhere Leistung des Einzelnen ist nicht sein Verdienst; wir leben in der bürgerlichen Gesellschaft wird gesagt, gut, aber worum richten wir und dann nicht nach den 95 pCt. dieser Gesellschaft, die ein Einkommen unter 3000 M. haben. Bei den Diätenantrag der Berliner betrifft, so muß er wohl genauer gefaßt werden. Er hat Recht, wenn er sich auf die Abgeordneten, die in Berlin wohnen, beschränkt, die Abgeordneten, die außerhalb wohnen, müssen Diäten erhalten. Wir verlangen von keinem unserer Beamten eine übermäßige Arbeitszeit, auch von Auer nicht. Es giebt so viele intelligente Arbeitslose, die untergebracht werden könnten, wenn die übermäßigen und besonders bezahlten Arbeitsleistungen der Angestellten beschränkt würden. (Beifall.)

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

## Depeschen.

München, 22. Oktober. Nach einer Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Würzburg ist der Bankrottprozeß des Rühiger Bankiers Bachmann auf unbestimmte Zeit vertagt.

Augsburg, Montag 22. Oktober. Wie die Wälder aus Lindau melden, hat der Handelsmann Ernst R. aus Triebelwih in Schlesien auf der Hochzeitsreise seine 50jährige Gattin in den See gestochen, um deren Baarvermögen und die Versicherungssumme zu erlangen. Frau R. ertrank, der Thäter wurde verhaftet und ist gefänglich.

Rom, 22. Okt. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ wurden durch Dekrete vom heutigen Tage gleichzeitig in allen Provinzen sämtliche Vereinigungen, welche sich als sozialistische italienische Arbeiterpartei bezeichnen, aufgelöst, ebenso diejenigen Gesellschaften, welche eine Sektion solcher Vereinigungen bildeten, und Vereine, die, obgleich zu philanthropischen oder wirtschaftlichen Zwecken gegründet, doch sich dem bezeichneten Parteiprogramm zuwandten, welches zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft Streit erzeuge und Umsturzideen verbreite. Die bis zum Nachmittage hier eingelaufenen Nachrichten besagen, daß die Auflösung der Vereine und die Hausdurchsuchungen bisher zu keinem Zwischenfall geführt haben.

Brüssel, 22. Oktober. Wie die „Independance Belge“ wissen will, ist der Sozialist Alfred Desmisseaux in Mons gewählt worden und soll heute aus der Haft entlassen worden sein.

Amsterdam, 22. Oktober. In der vergangenen Woche wurden aus 6 Gemeinden 6 Erkrankungen an Cholera und 5 Todesfälle gemeldet.

Budapest, 22. Oktober. Im Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte der Minister des Innern Hieronymi in betreff der Wälder Arbeiterfrage, er habe die Wälder Arbeiterversammlungen verboten; da jedoch seiner Ansicht nach solche Ausnahmegesetze Verfügungen nicht lange Zeit hindurch aufrecht erhalten werden könnten, habe er eine bezügliche Anfrage an die Gemeindebehörden gerichtet und werde nach Maßgabe der einlaufenden Berichte verfahren.

London, 22. Oktober. Die Reutersche Meldung über Friedensverhandlungen zwischen China und Japan, welche in Seoul eingeleitet seien, findet in diesen unterrichteten Kreisen keine Bestätigung.

(Depeschen-Bureau Herold.)

Paris, 22. Oktober. Aus Shanghai wird der Regierung telegraphisch gemeldet, daß der französische Missionar Abbé Jodan durch chinesische Flüchtlinge bei Nagasaki getödtet worden ist. Die Lazaristen-Mission bei Jaotschen ist ernstlich bedroht.

Nassau, 22. Oktober. Der Sekretär der italienischen Sozialistenverbände Turati telegraphirte nach Brüssel, die italienischen Sozialisten würden ebenso unterdrückt, wie die Republikaner in England. Die italienischen Mitglieder des Sozialismus seien den belgischen Kameraden zu Dank verpflichtet.



## Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

### Parteitag.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

**Wesf.-Krefeld** hält es für unmöglich, das Maximalgehalt auf 3000 M. zu bemessen.

**Selbing-Düsseldorf** wendet sich gegen die Ausführungen Weiners über die Blättergründungen in Rheinland-Westfalen. Diese Gründungen seien durchaus nicht überflüssig gewesen, für ein Kampffeld, wo es mit dem Kapitalismus und der Schwärze gerade zu kämpfen gelte. Den Berliner Anträgen stimmt Redner zu. Niemand ist unerlässlich. Redner zitiert Liebknecht Wort im Schuh und Truh: „Noch jede Sturm- und Drangperiode hat die Talente erzeugt, die sie braucht.“ (Beifall.)

**Timm-Berlin**: Wir mühten diese Dinge nun einmal vor den Parteitag bringen. Was die Gegner darüber sagen, ist uns gleichgültig. Bebel sprach, daß uns die befähigten Genossen dann den Rücken kehren würden. Ich habe alle Achtung vor der geistigen Befähigung dieser Genossen, aber, wenn sie uns den Rücken kehren, mögen sie ruhig laufen! (Sehr gut!) Dann sind sie nie Sozialdemokraten gewesen. (Sehr wahr.) Es würde die Bänderung der Partei nur zu begründen sein. Die Andringelung von oben herunter an unsere Partei wird dann aufhören. Schippel bekommt jetzt 4200 M., bei der „Vollstribüne“ hatte er 2500 M., damals war er gewiß nicht unfähiger als jetzt, weshalb soll er nun mit einem Male 1500 M. mehr bekommen? Für Herzfeld und Dertel ist die Annoncenfammlung ein Privilegium, den anderen Angestellten ist es unterlagt. Das ist nicht recht.

**Bebel**: Gegenüber den heftigen Debatten in Berlin hat sich Timm doch schon etwas vorsichtiger benommen und wenigstens für akademische Gebildete eine Ausnahme zulassen wollen, das ist doch zum mindesten eine ebenso große Schematisierung, als wenn man überhaupt alle gleichmäßig behandelte, denn danach sollte derjenige, der mehr leistet als ein Akademiker, doch weniger Gehalt erhalten nur deshalb, weil er nicht den gleichen Bildungsgang genommen hat als dieser. Sehr bezeichnend war ferner eine Aeußerung Legien's, der sich auf das Programm beruft, wo kein Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit gemacht werde. Was in der zukünftigen Gesellschaft werden soll, und ich habe mich ja in meinem Buche sehr bestimmt über meine Ansichten darüber ausgesprochen, das kann uns doch heute nicht bestimmen, wo die Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft maßgebend für die Remuneration der qualifizierten und unqualifizierten Arbeit sind. Wenn sich Legien auf den Sozialismus beruft, den einzelne Parteigenossen auf ein höheres Gehalt Verzicht leisten lassen müßte, warum verzieht er dann nicht für seine Person auf die Honorare des „Sozialpolitischen Zentralblattes“, die ja ungleich viel höher sind als die irgend eines Partei-Organs? Dann bezog sich Legien auf das Gehalt Schippel's von 4200 M. Bevor er seine Stelle am „Sozialdemokrat“ angenommen hatte, bekam er in einer weit angenehmeren und weniger anstrengenden Stellung bei der „Neuen Zeit“ 3600 M. Wir selbst waren es, die ihm zum Entgelt für seine große Arbeitslast, für seine Intelligenz und seine Bildung, die für uns so außerordentlich wertvoll ist, 4200 M. boten. In der Parteitag aber der Meinung, daß für die Parteibeamteten zu hohe Anwendungen gemacht werden, nun gut, so beschneide man die Gehälter, aber dann wähle man sich auch eine Parteileitung, die diesen veränderten Verhältnissen Rechnung tragen will und kann. Aus der Kündigung des ersten Leiters der Buchhandlung, weil er nicht 5000 M. erhielt, ersieht sie doch, was der Marktwert einer solchen Arbeit ist. Wir sollten nun weniger bezahlen und bloß deshalb, weil Fischer neben seiner außerordentlichen Fähigkeit, eine solche Stellung anzufüllen, auch Parteigenosse ist. Beamte von ähnlichen Stellungen bekommen in Leipzig 6000, 10000, ja selbst 15000 M. Gehalt. Parteibeamtete sollen keine Diäten erhalten wird dann verlangt, das ist doch ein ganz unsinniges Verlangen. Bei dem zumeist sehr bescheidenen Gehalt kann kein Parteibeamteter ohne Zuschuß in Berlin leben und die Zuschüsse sind überdies höchst bescheiden bemessen. Während der Zeit ihrer Anwesenheit erhalten Reichstags-Abgeordnete, die als Parteibeamtete in Berlin anständig sind, 3 Mark Vergütung; solche Abgeordnete, die einen bürgerlichen Beruf haben und infolge der Sitzungen ihre Geschäfte vernachlässigen müssen 6 M., Parteibeamtete von auswärts 8 Mark und 25 M. monatlich für die Wohnung, solche aus bürgerlichen Berufen von auswärts 9 M.; das sind doch gewiß keine Diäten, von denen man äppig leben kann. Bürgerliche Abgeordnete brauchen das Doppelte und Dreifache. Auf eine ganze Reihe von Intelligenzen müßten wir verzichten, wolle man deren Reichthumsdiäten abschneiden; und Intelligenzen haben wir wirklich nicht in Ueberflusse. Wir suchen seit langer Zeit nach einem Redakteur für den „Vorwärts“, ohne ihn finden zu können. Wenn Timm glaubt, uns einen für 3000 M. beschaffen zu können, so mag er sich doch auf die Suche begeben. Wie wir im Parteivorstande handeln und knausern, davon haben Sie gar keine Ahnung. Der 2. Redakteur des „Vorwärts“ bekommt jetzt 4200 M. Gehalt, während er als Redakteur einer Wochenzeitung 3000 M. erhalten hatte. Einem anderen boten wir für die noch zu schaffende Stelle 3600 M., er verzichtete dankend, weil er als Korrespondent mehr verdient. Meine Zeit ist um; nur noch eins, lehnen Sie um Himmels willen den Antrag der Genossen des Kreises Nieder-Barnim ab. Die Gründung einer eigenen Druckerei würde 200 000 M. kosten. Meinen Sie nicht, daß am Tage des Gewitters die Polizei mit Vergnügen einen tödlichen Schlag gegen die eigenen Parteigründungen führen würde? (Lebhafte Beifall.)

Hierauf verliest Singer eine Anzahl eingelassener Telegramme und Adressen, darunter eine des Generalathes der französischen Arbeiterpartei, unterzeichnet von Lafargue und Guesde, ferner eine Zuschrift des sozialdemokratischen Bundes der Niederlande.

Singer bemerkt hier ausdrücklich, daß er diese Zuschrift vollständig zur Verlesung bringe, um auch den Schein der Beteiligung zu vermeiden.

In diesem Schreiben wird behauptet, daß die deutsche Reichstagsfraktion in den inneren Streit der holländischen Sozialdemokraten zu gunsten der parlamentarisch gestimmten Fraktion interveniert habe und der abgesplitterten neuen Partei eine Subvention von 1500 M. habe zukommen lassen. Das Schreiben fährt dann fort: „Hatten die Mitglieder der Fraktion persönlich den Feinden des sozialdemokratischen Bundes eine Unterstützung gefandt, so könnten wir das nur beifällig besprechen, wenn sich aber der Vorstand der Partei bemüht, eine sozialdemokratische Organisation zu untergraben, so macht er sich einer unehrenhaften That schuldig!“

Singer hielt sich für verpflichtet, das Schreiben vollinhaltlich zur Kenntnis des Parteitages zu bringen, obwohl die Vor-

würfe gegen die Reichstagsfraktion durchaus unbegründet seien. Der Parteivorstand habe zur Unterstützung der holländischen Presse, wie dies aus der offiziellen Abrechnung hervorgehe, 1.000 M. gefandt, das sei ein Zeichen zur Bekundung der internationalen Solidarität gewesen, aus der ein Vorwurf nicht abzuleiten sei; in die inneren Streitigkeiten der niederländischen Genossen sich einzumischen habe die deutsche Partei nicht die geringste Veranlassung.

Schluß der Vormittags-Sitzung 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Eingegangen ist die Resolution des Arbeitervereins Feuchtlingen, der die Bitte ausspricht, den zweiten badischen Wahlkreis mehr wie bisher zu unterstützen. Die Resolution wird dem neuen Parteivorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Zur Tagesordnung ergreift das Wort: **Ewald-Brandenburg**: Die Anträge, die Gehälter der Parteibeamteten zu beschneiden, sind wohl nur der Ausfluß der Mißstimmung dagegen, daß die besten Parteistellungen von Akademikern eingenommen werden. Während seinerzeit Most, der einfache Handarbeiter, einen ganzen Stab von Akademikern um sich scharte, sehen wir heute, wie die Akademiker die Autodidakten verdrängen. Angestoßen durch hohe Gehälter, drängen sich Akademiker in die best bezahlten Stellen. Kommt ein neues Aufnahmegesetz, so werden sie sich bald wieder drücken. In erster Linie brauchen wir Parteigenossen, die von der Pike auf gedient haben. Besonders sollen diejenigen Leute unterstützt werden, die sich trotz ihrer elenden Lage zu einer besseren Bildung durchgerungen haben. Die Angriffe gegen die Parteigehälter sind offenbar nur auf die Mißstimmung gegen die Bevorzugung von Akademikern zurückzuführen, diese Mißstimmung ist durchaus berechtigt. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn Kalwer für die Redakteurposten nur Akademiker für geeignet hält, die Autodidakten aber als Stribenten bezeichnet! Alle Achtung, wenn Akademiker aus Ueberzeugung zu uns kommen, aber nicht als Offiziere, sondern als Rekruten mögen sie beginnen. — Gegen den Vorstand wende ich mich, daß er die Büroräume des Vorstandes und des „Vorwärts“ so luxuriös ausstattet. Die Büroräume des Vorstandes könnten auch im Hinterhause liegen und mit weniger Räumen könne man im „Vorwärts“ auskommen, man sehe sich nur einmal die Verhältnisse in den Provinzialredaktionen an. Der Parteivorstand solle endlich lernen, mit Arbeitergroßen haus-hälterischer umzugehen.

**Jahn-Berlin III**: Wir Arbeiter haben während des Aufnahmegesetzes Opfer über Opfer gebracht, wir können daher auch jetzt von den Akademikern etwas mehr Opferwilligkeit verlangen. Bleibt die Parteikasse aber eine Unterstützungskasse für Akademiker, so stoßen wir die Arbeiter vor den Kopf. Eine Bevorzugung der Akademiker ist augensichtlich, die Autodidakten aber werden unterdrückt. Ich bin nicht für Einschränkung der Gehälter und Unterdrückung der Akademiker, aber mit gleichem Maße solle gemessen werden. Man hat sich gewundert, daß Anträge auf Einschränkung der Gehälter von Berlin ausgehen, das kommt daher, daß die Berliner einen tieferen Einblick in die Verhältnisse haben (Na! na!). Für intelligente Leute wollen wir bezahlen, was sie verlangen. Aber man verwende das überschüssige Geld auch dazu, für manche Beschäftigungslose neue Posten zu schaffen. Ich verstehe Bebel nicht, wie dieser den Grundfaß vertreten kann, daß die gelerntten Handwerker besser bezahlt werden sollen als die ungelerten; ein einfacher Flugblattvertheiler kann dieselben Dienste leisten, wie ein Artikel-schreiber. Immerhin müßte die Frage erwogen werden, um jeder Opposition die Spitze abzubringen, inwieweit den Berliner Anträgen stattgegeben werden sollte.

**Spar-Darmstadt**: Von meinen Auftraggebern habe ich den sehr unangenehmen Auftrag erhalten, den Parteivorstand zu fragen, ob Wälder-Darmstadt eine Unterstützung von 400 Mark erhalten hat; vom Parteivorstand wird das bestritten, von anderer Seite aber doch bewiesen. Die Unklarheit hat zu sehr unangenehmen Streitigkeiten in Wahlkreise geführt und hat uns bereits ein Landtagsmandat gekostet. Auch meine Mandatgeber sind von den hohen Parteigehalten nicht sehr erbaut. Wir haben zwar kein Verständnis für die Lebensbedürfnisse der Gebildeten, wir dürfen aber doch wenigstens unserer Verwunderung Ausdruck geben. Unverständlich ist es mir, wie man den Licht-hundstagen verlangen kann, aber Parteibeamtete, wie Auer, mit Nachtarbeit überlasten kann; Auer ist kränzlich, wir können die Verantwortung nicht auf uns nehmen, Auer vollständig aufzu-reiben. Man schaffe eine neue Stelle, in die man Jemanden einsetzt, der von der Pike auf gedient hat.

**Buehl-Nowowes** wendet sich gleichfalls gegen die kolossale Entlohnung der Parteibeamteten und Redakteure. Von Genossen Fischer erschien es sehr wunderbar, daß er nicht einmal sich entschuldigt habe, daß er die kurz zuvor vom Parteitag erhaltene Stelle aufgegeben und sich zu der besser bezahlten Stelle gedrängt habe. (Lode des Vorsitzenden, Singer: Ich muß den Redner unterbrechen, es liegt mir fern, die Redefreiheit zu beschränken, aber ich möchte doch wünschen, daß die Genossen, die in sachlicher Beziehung vollkommene Freiheit haben, nicht andere Genossen an ihrer persönlichen Ehre verletzen. Beifall.) Unsere Genossen, die mit der Feder arbeiten, müssen sich sagen: du lebst von den Großen der Proletarier, du darfst nicht mehr verlangen, als zu einem einigermaßen anständigen Leben reicht.

Außer der Reihe der Redner erhält **Gerisch** zur Berücksichtigung das Wort: Die von den Darmstädter Genossen vorgebrachte Angelegenheit stammt aus dem vorigen Jahre. Der Vorstand hat ein Gesuch Müller's um Unterstützung in der Höhe von 400 M. abgelehnt, aber den hessischen Genossen 200 M. zur freien Verwendung nach bestem Gewissen überlassen.

**Lehner-London**: Es thut mir aufrichtig leid, daß diese Diskussion hier stattgefunden hat. (Beifall.) Damit wird nur den Gegnern Vorfaß geleistet. Man sagt: Bei der Geldfrage hört die Gemüthlichkeit auf. Das scheint richtig zu sein, und es ist auch gut, daß die Masse keine stumme Herde ist, sondern Kritik übt. Aber die Kritik muß da angefaßt werden, wo sie notwendig ist. Klagen ist sehr leicht, das Befestigen schwer. Sehen Sie sich einmal die englische Arbeiterbewegung an. Die Trades-Unions bezahlen ihre Arbeiter gut. Sie sehen ein, daß sie die Arbeit nicht selbst thun können, sie brauchen Talente, die die Bewegung segreich führen und dafür muß der Preis bezahlt werden, der an der Tagesordnung ist. Gleichmäßige Bezahlung ist erst in der sozialistischen Gesellschaft möglich. Ich habe ein großes Stück Arbeiterbewegung mitgemacht und kann ihnen nur raten, die Gehälter nicht zu beschneiden. Die Geschichte führt nur zu Zwistigkeiten. Wir leben in einer Zeit, wo wir diese nicht brauchen können. Wir brauchen Einigkeit!

**Kaspar-Stegly**: Die Rede Bebel's erweckte den Eindruck, als meine er, daß die Redaktionen der Parteiblätter von Redakteuren entblößt werden würden, wenn

ein Maximalgehalt auf 3000 Mark festgestellt würde. Das glaube ich nicht. Außerdem verdienen die Redakteure ja auch noch in ihrer freien Zeit durch Nebenarbeiten: Wir wollen keine Leute haben, die es nur des Geldes wegen thun. Redner bedauert, daß Bebel seine Ausführungen gegen Legien mit den Worten geschlossen habe: Repetto, ich kenne Dich!

**Esser-Altona** hätte gewünscht, daß die Kontrolleure schon früher mitgeteilt hätten, daß Auer ein Extragehalt von 125 M. monatlich bezieht. Mit der Uebernahme der Buchhandlung durch Fischer ist Redner einverstanden. Die Gehaltsfrage ist nach dem Grundsatz zu erwägen, daß das Interesse der Partei entscheidend ist. Mit tüchtigen Genossen am rechten Plage ist uns am meisten gebiet; wolle man schablonisieren, so dürfe man Liebknecht nicht ausschließen. Das sei ein Widerspruch im Antrag der Berliner, die nun endlich eingesehen hätten, daß Liebknecht's Gehalt nicht zu schmälern sei. Wie viel Akademiker seien denn überhaupt vorhanden, die ein höheres Gehalt als 3000 M. in der Partei beziehen? Genosse Braun und Genosse Schoenlant. Legien's Logik sei eigentümlich gewesen, ein Ableger der materialistischen Ansicht, die mit dem Begriff Entwicklung spiele. Wenn er meine, der Sozialismus sei eine Naturnothwendigkeit, da käme es auf die einzelnen Personen nicht an. Es kommt auf die einzelnen Personen an, da helfen keine moralischen Nebenarten. Wir müssen die Arbeit nach den Herstellungskosten bezahlen. Bei der geistigen Arbeit kommt das angefallene geistige Bildungsmaterial in Betracht bei der Entlohnung. Unter dem Eindruck der gewaltigen Entwicklung unserer Partei, des Kampfes, in dem wir stehen, der Nothwendigkeit in diesem Kampfe die besten Männer am richtigen Plage zu haben, müssen wir zustimmen, daß es bei den Gehältern beim alten bleibt! (Beifall.)

Ein Schlußantrag, den **Rittig**-Halle begründet und **Kiesel**-Berlin bekämpft, wird abgelehnt.

**Pütz-Dessau**: Obwohl ich Parteibeamteter und Akademiker bin, hoffe ich doch, daß Sie mich unbesonnen anhören werden: es ist zwar gut, wenn dann und wann die Arbeiter den Akademikern ins Gewissen reden, damit diese sich nicht überheben, was thatsächlich vorkommt. In der Diskussion ist die praktische Frage mit dem Prinzip des Sozialismus vermischt worden. In Wirklichkeit kommt aber nur die praktische Frage in Betracht. Von diesen Gesichtspunkte würde es sich aber wohl empfehlen, lieber die Grenze nach unten als nach oben zu normieren. Man spize doch den Gegensatz zwischen Arbeitern und Akademikern nicht so zu, die Wissenschaft und die Arbeiter gebildet zusammen. Wenn man den Akademikern den Vorwurf macht, daß sie sich unter dem Sozialistengesetz juristisch gezogen haben, so vergißt man dabei, daß unter dem Sozialistengesetz in erster Linie die Akademiker ihre Arbeit verloren haben. Jetzt aber wächst die Partei, es wächst das Bedürfnis nach Intelligenzen; kein Wunder, daß sich mehr Akademiker jetzt in der Partei finden. Es wäre gut, wenn wir noch mehr bezahlen könnten, denn die meisten Akademiker legen ihre ganze Existenz auf's Spiel, wenn sie sich der Partei anschließen, sie haben mehr zu verlieren als die Arbeiter. Will man sich auf den Standpunkt stellen, daß so schrecklich viele Arbeiter so wenig verdienen, so sind allerdings auch 2000 Mark Maximalgehalt viel zu viel. Aber unsere Aufgabe muß es doch sein, uns unsere Intelligenzen zu erhalten. Warum stehen die schlecht bezahlten Arbeiter nicht in der ersten Reihe? Weil sie bei ihrer schlechten Lebenshaltung auch geistig nicht leistungsfähig genug sind. Liebknecht will man aus diesem Grunde bedingungslos die 7000 Mark bewilligen, das ist denn doch ein offener Widerspruch gegen die Berliner Anträge. Man gebe den Kontrolleuren das Recht, in Gehaltsfragen ein Wort mitzusprechen.

**Reumann-Elsfeld**: Den gegen die Gründung von Kopfbüchern erhobenen Vorwurf muß ich zurückweisen. Die lokalen Verhältnisse machen den Kampf gegen die Kopfbücher geradezu zur Nothwendigkeit. Was die Frage der Gehälter anbetrifft, so sehe man doch nicht immer auf die Leute, die weniger verdienen, sondern auch auf die, die mehr als 3000 M. verdienen. Nur mit diesen sind die geistigen Arbeiter zu vergleichen, weil wir uns noch nicht im „Zukunftstaat“ befinden. Unter Umständen kann man es einem Parteibeamteten nicht verübeln, wenn er sein Amt gegen eine besser bezahlte Stellung ausgiebt, er kann dort vielleicht für die Partei mehr leisten, als in der schlecht bezahlten Stelle, die ihn geistig ruiniert. Wenn man die Gehälter normieren will, so normire man die Gehälter der schlechtest bezahlten Beamten, man sei doch nicht so ängstlich und knauserig in Geldsachen und weche immer auf den Idealismus. Auch Napoleon appellirte nicht bloß an den Patriotismus, sondern stellte auch materielle Vortheile in Aussicht; was für Napoleon gilt, muß auch für uns gelten, die wir als Kampfpartei Tag für Tag mit unseren Gegnern Kopf an Kopf zu kämpfen haben.

**Herbert-Stettin**: Der Angriff Storch's hat doch wohl nur allgemeine Heiterkeit erregt, aber die Mordgeleien gegen die Parteibeamteten gehören nun einmal zu den ständigen Vorkommnissen. Was die Gehaltsfrage anbetrifft, so möchte ich nur an die Bemerkung der antimilitarischen „Vollrundschau“ erinnern, die zu den Berliner Anträgen äußerte, daß die Anpassungen nur von dem Umdank der Arbeiter zeugten. Die gezahlten Gehälter bewegen sich weit unter der Grenze der bürgerlichen Gehälter, einigermaßen wenigstens müssen die Gehälter doch dem Marktwerte entsprechen. Herbert wendet sich sodann gegen den Angriff Ewald's über die Ausstattung des Parteibüreaus, das hätte er zum mindesten doch schon lange vorbringen können. Bezüglich der Ueberarbeit Auer's macht es den Eindruck, als ob man Auer gegen den bösen Parteivorstand in Schutz nehmen müsse. Auer könne dem „Vorwärts“ gar nichts nützen, wenn er nicht den ganzen Tag im Parteibüreau sei, wenn er aber schon notwendiger Weise mehr Arbeit leisten muß, dann muß man sie aber auch besser bezahlen. Was spielen dann auch 1000 M. für eine Rolle, nur der kleinliche Reid spricht gegen die höheren Löhne. (Singer unterbricht den Redner mit den Worten, daß es unzulässig sei, den Antragstellern einen derartigen Vorwurf zu machen.) Es ist dann angeregt worden, den Kontrolleuren eine größere Machbefugnis einzuräumen, wer sollte denn dann die Revisionsinstanz sein? Bei allen Ausgaben, die uns nicht klar geworden sind, haben wir ohnedies unsere Manita angebracht. Wenn man von den hohen Gehältern bei uns spricht, so blide man nur einmal nach England, wo 4000 Mark ein Minimalgehalt ist, einzelne sich aber auf 10 000 M. setzen; wer von uns kann denn, wie die 30 englischen Bergarbeiter am Berliner Kongreß, in den theuersten Hotels wohnen? Haben wir doch nicht den Vorwurf der Kleinigkeitstrümerei und des kleinlichen Reides auf uns. Freuen wir uns doch, daß wir solche Gehälter zahlen können.

**Dr. David-Friebberg**: Ich bin ein sogenannter Rekrut und ein Akademiker dazu und hätte nicht den Ruh gefunden, hier zu dieser Frage zu sprechen, wenn ihn mir nicht die beiden



Gepflogen — auf die Hüften Casselle's und Mary' deutend — gegeben hätten. Das waren ja auch Akademiker und sie haben wohl auch nicht grade ihre Schuligkeit zu thun verstanden. Die Berliner Genossen nehmen für ihren Antrag das Prinzip des Sozialismus in Anspruch. Mit Unrecht! Wenn wir die Prinzipien einer zukünftigen Gesellschaft heute anwenden wollen, dann müssen wir die Arbeit gerecht entlohnen, so daß sie eine menschenwürdige Existenz ermöglicht. Nimmt der Berliner Antrag darauf und auf die besonderen Verhältnisse der Einzelnen Rücksicht? Nein. Mit 3000 Mark kann ein Jungespaar sehr gut leben, ein Mann mit kleiner Familie schon unbedeutender, ein Mann mit großer Familie müßte sich schon sehr einschränken und darauf verzichten, seinen Kindern dieselbe Ausbildung zu verschaffen, die er erhalten hat, eine derartige Schablone würde dem Einen erlauben zu schlemmen, dem Andern zum Darben verurtheilen. Der Akademiker, der gebildete Arbeiter hat eine Menge von Arbeitsmitteln nötig, die viel Geld kosten. Er braucht eine Bibliothek, er braucht eine Arbeitsstätte. Wenn die Gegner in der Agitation uns mit den hohen Gehältern unserer Angestellten entgegenzusetzen, habe ich mich immer über ihre Dummheit gefreut. Ich brauchte die Bauern ja nur zu fragen, was bekommt der Obersförster, der Pfarrer, der Richter? Welche Partei kann sagen, unsere Führer thun es umsonst, die sind besser bezahlt, als die unfrigen. Gewundert habe ich mich, daß hier von den Arbeitergroßen geredet wurde, von denen unsere Führer leben. Also der Pfarrer, der Richter etc. lebt nicht von Arbeitergehältern? Da fällt es wohl vom Himmel? Wir brauchen gewiß den Idealismus der Akademiker. Locken wir sie etwa durch hohe Gehälter an? Die Gehälter, die sie bei uns erhalten, sind ja viel niedriger, als sie sie erzielen würden, wenn sie in ihrer Karriere geblieben wären. Wenn so ein Akademiker auf die seit den Posten der Sozialdemokratie spekuliert, der Kerl müßte in der That Tinte gefressen haben. (Heiterkeit.) Dafür muß freilich gesorgt werden, daß auch Arbeiter sich ihre journalistischen Sporen verdienen können. Wir war die Debatte nicht unangenehm. Sie widerlegt am gründlichsten das immer noch spülende Jehnmillionen-Märchen. Für uns aber bedeutet sie nur Bekämpfung der Oberfläche. Die Akademiker müssen ja doch, wenn sie zu uns kommen, die alte Haut abstreifen und eine neue sich anlegen, und wäre es auch nur ein dickes Fell! (Große Heiterkeit.) Denn diese Debatte zu ertragen, dazu gehört auch Idealismus. (Lebhafte Beifall.)

Singer verliest hierauf ein Telegramm aus Belgien über den Wahlausfall. Die Wahl von 33 Sozialdemokraten wird mit stürmischen Beifall, die von 15 Liberalen mit Gelächter begrüßt. — Auf Vorschlag Singer's beschließt der Kongress, in einem Telegramm die belgischen Genossen zu beglückwünschen.

Ein Salvantrag, den Grillenberger stellt, Frau Jhrer bekämpft, wird als abgelehnt betrachtet, da die Abstimmung zweifelhaft bleibt.

Th. v. Wächter-Essen tritt für den Antrag des Parteigenossen E. Mary in Essen ein: Den ärmeren Genossen müsse dasselbe Recht eingeräumt werden, wie den reicheren Organisationen.

U. H. E. Essen schließt sich diesen Ausführungen an. Mit der Person Dr. Lügenau's seien die Dortmunder, soweit sein theoretisches Wissen in Frage komme, außerordentlich zufrieden, weniger mit seiner Taktik. Der geistige Leiter eines Parteiorgans müsse mit der Gegend vertraut sein.

Berichtigend theilt G. v. S. hierauf mit, daß der Vorstand deshalb den Redakteur des Dortmunder Organs angestellt habe, weil er meinte, daß er, der die Verantwortung trage, auch in der Leitung ein Wörtchen mitzusprechen müsse. Mit dem demokratischen Prinzip sei es eine eigene Sache; zumeilen werde es zu hirtlichen Kracheln benutzt. Früher habe der Vorstand in Dortmund Geld in ein bodenloses Faß geworfen, jetzt nach der Neuorganisation konnten bereits 1800 M. zurückgezahlt werden. Redner ist überzeugt, daß welchen Redakteur auch immer der Vorstand nach Dortmund geschickt hätte, dieser doch dem einen oder anderen Parteigenossen nicht gefallen hätte.

L. v. M. u. b. u. g. Hamburg: Die Genossen begreifen gar nicht, wie man im Jahre 1894—7000 M. jährlich auszugeben. Die Antipathie gegen die hohen Gehälter ist sehr stark, werden die Gehälter beschnitten und die Redakteure verlassen die Partei, dann ist es der beste Beweis, daß diese Männer es nicht ehrlich mit der Bewegung gemeint haben. Redner schlägt die Einsetzung einer Kommission vor, sonst werde die Opposition immer wiederkehren.

Ein Schlusstrang wird wiederum abgelehnt.

W. v. H. Harburg findet die Stellung eines Redakteurs, der mit einem Fuße immer im Gefängnis liege, nicht so angenehm, wie sie hier geschildert wurde. Die Gehälter dürften aber auch nicht mehr steigen. 4000 M. seien die richtige Grenze.

Redner Berlin: Einzelne sahen die Berliner Anträge auf als ein Mißtrauensvotum gegen die Akademiker, Bebel meinte, daß die Besprechung der Gehaltsfrage uns nicht zu unserem Ruhme beschäftigt habe, ein allgemeines Mißtrauen gegen die Akademiker liegt nicht vor und leitet auch die Berliner nicht. Die Anträge der Berliner sind vielmehr lediglich ein Ausfluß der Mißstimmung in den weitesten Kreisen. Wir leiden unter einer chronischen Krise, an die Opferwilligkeit der Genossen werden immer höhere Ansprüche gestellt, kein Wunder, daß man dann auch an die Opferwilligkeit der Genossen Ansprüche stellt, daß man zunächst die Gehälter beschnitten will. Wir müssen doch der allgemeinen Stimmung Ausdruck geben, die nicht bloß in Berlin, sondern auch in Hamburg und bis hinauf nach Spremberg zum Vorschein gekommen ist. Diese Mißstimmung hat ihre Berechtigung und deshalb müssen wir der Erhöhung der Gehälter Einhalt thun. Die Mißstimmung gegen Fischer in Berlin ist die Ursache des gegen den Leiter der Partei-Buchhandlung gerichteten Antrages. Ich komme zu dem Schlus, daß ein Maximalgehalt von etwa 4000 Mark festgesetzt werden müsse. Wenn nach Pess' Vorschlag auch ein Minimalgehalt festgesetzt werden soll, so weiß ich zwar nicht, wie weit diese Forderung begründet ist, die Genossen unseres Kreises würden jedenfalls dieser Forderung nicht entgegenstehen. Was die Diätenfrage anbetrifft, so meine ich, daß Parteibeamte mit 4000 Mark Einkommen, die nicht außerhalb Berlins wohnen, auf Diäten zu verzichten haben.

Hierauf wird der Schlus der Debatte angenommen und erfolgt eine Reihe von persönlichen Bemerkungen.

Regien: Genosse Bebel hat es für notwendig gehalten, mich in einer Weise persönlich anzupassen, wie es in Parteitreffen sonst nicht üblich ist. Er hat mir nachgesagt, daß ich die Rolle des Rephiso spiele, d. h. daß ich nicht nach meiner Uebersetzung rede und handle; ich wenigstens halte es nicht für angänglich, Jemandem Motive unterzuschieben, die mich nicht selbst leiten. Bezüglich des Honorars vom Zentralblatt möchte ich bemerken, daß es bisher nicht Praxis war, das Privateinkommen eines Genossen von Parteiwegen einer Kontrolle zu unterwerfen. Sollte es aber im Interesse der Partei liegen, so bin ich gern erdötig, zu gunsten dieser auf die 88 M. Honorar zu verzichten. Gewöhnen wir es uns doch endlich ab, was bisher nur ein Vorrecht des Parteivorstandes zu sein scheint, in der heut gebührenden Weise persönliche Momente in die sachlichen Verhandlungen hineinzutragen.

Bebel: Es ist mir nicht eingefallen, die Uebersetzungskreuz Regien's anzuzweifeln. Auch habe ich nicht verlangt, daß er auf das Honorar vom „Zentralblatt“ Verzicht leistet, ich habe nichts dagegen, wenn er auch noch dreimal mehr verdient. Den Ausdruck Rephiso habe ich nur in Bezug auf die Rolle gebraucht, die Regien hier und dem „Zentralblatt“ gegenüber spielt, und in dieser Hinsicht halte ich den Ausdruck aufrecht. (Regien ruft dazwischen: Dann werde ich mir gefallen, Ihnen an anderer Stelle gebührenden Bescheid zu erteilen.)

Annahme erhält G. v. S. das Schluswort.

G. v. S.: Von Zimm ist montiert worden, daß den Angestellten der Expedition die Möglichkeit abgeschnitten wurde,

Annoucen zu akquirieren. Wir waren im Interesse der Kontrolle zu dieser Maßregel gezwungen. Gute Parteigenossen, die arbeitlos geworden, sind übrigens noch lange keine guten Annoucen-Akquisiteure. Was Regien betrifft, der polnischen Bewegung montiert, ist unzutreffend. Die Polen haben sich ihre eigene Organisation gegeben. Wir können also darüber nicht berichten. Wir haben die polnische Bewegung auch durchaus nicht vernachlässigt. Im Gegenteil, wir haben ihnen ganz bedeutende Summen zur Verfügung gestellt. Da wir trotz Genosse Helbing noch kein Recht dazu haben, guten Genossen Talent einzulösen, so müssen wir eben die Talente hernehmen, wo wir sie herbekommen, und müssen sie dann auch entsprechend bezahlen. Die Frauing war es, die mit den Gehaltssteigerungen vorgegangen war. Wenn Leipzig 6000 M. zahlt, Köln 5000 M., so müssen wir doch wenigstens einmalmal folgen, um uns nicht die besten Kräfte wegschnappen zu lassen. Was nun die thätlich gezahlten Redaktionsgehälter anbetrifft, so wird gezahlt an Vieblucht 7200, an Dr. Braun 4200, an 6 weitere Redaktionsbeamte 3900 bis herunter zu 1450 Mark. In der Buchhandlung wird an Fischer 4000 Mark gezahlt, an 6 weitere Beamte 1410 bis 2040 Mark.

Sie sehen also selbst, daß mehr nicht gut gepart werden kann. Die Beforgnis, daß die akademischen Elemente die Arbeiter allmählich verdrängen, kann ich auf Grund der That-sachen widerlegen. In dreiundsechzig Zeitungen und einer wissenschaftlichen Zeitschrift sind gerade zwölf Akademiker angestellt. Genosse Wegner ist auf die Angelegenheit Fischer's nochmals eingegangen. Ich muß deshalb nochmals erklären, daß infolge eines rein äußerlichen Zusammenstreffens Dinge gemuthmaßt worden sind, die gar keinen inneren Zusammenhang haben. Sein Gehalt hat übrigens noch nicht die Höhe seines früheren Einkommens erreicht, da er nunmehr auf alle Nebenarbeiten verzichten muß, um alle Kräfte der Buchhandlung zu widmen. Schreiben Sie die Stelle morgen aus, so werden Sie gezwungen sein, 4000 M. und mehr zu zahlen, wenn Sie Leute erhalten wollen, die dasselbe leisten wie Fischer. Wähler haben wir die Grenzen an keiner Stelle überschritten, die uns durch die Verhältnisse gezogen sind. Ich ersuche Sie deshalb, die Anträge der Berliner abzulehnen.

Zur Geschäftsordnung beantragt Heine-Ottensen, dem Bureau auszugeben, den Ausdruck „Rephiso“ als unzulässig zu bezeichnen. Singer erklärt den Ausdruck nicht gehört zu haben; er würde ihn sonst gerügt haben.

Stadthagen bittet den Antrag abzulehnen. Jedes Wort brauche nicht auf die Goldwaage gelegt zu werden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Meister verzichtet auf das Schluswort.

Es erfolgt die Abstimmung. Decharge wird dem Vorstand einstimmig erteilt.

Der Kongress beschließt, daß die Mitglieder der Fraktion bei der Abstimmung über die heute berathenen Anträge mit-zustimmen berechtigt sind, während die Mitglieder der Parteileitung, wozu auch die Kontrolleure gehören, an der Abstimmung nicht teilnehmen. Die Anträge der Parteigenossen des 1. und 4. Berliner (Diäten) und des Lettow-Beeslower Reichstags-Wahlkreises, sowie des Genossen Mary in Essen werden abgelehnt. Der Antrag der Parteigenossen in Duisburg wird angenommen. Der Antrag des 4. Berliner Wahlkreises über die Festsetzung der Gehälter durch den Parteitag wird abgelehnt, der Antrag der Genossen des 4. Wahlkreises betreffs des Unterbleibens von Geschäftsgründungen wird angenommen. Der Antrag von Niederbarnim, betr. die Herstellung des „Vorwärts“ in einer Parteidruckerei wird abgelehnt. Damit sind Punkt 1 und 2 der Tagesordnung erledigt.

Hierauf erhält Frau Jettin Namens der Mandatsprüfungskommission Bericht. Anwesend sind 222 Delegirte mit 268 Mandaten, darunter befinden sich 9 weibliche Delegirte. Die Mandate von 8 Delegirten waren beanstanden und zwar die der Genossen Brudner, Schneider, Emmel aus Ulab-Bohringen, Müller, Cromer und Friedrich aus Darmstadt, Streune aus Lungenau und Grohn aus dem ersten badischen Wahlkreise. Die Kommission beantragt die Mandate für gültig zu erklären, für ungültig dagegen das nicht beanstandete Mandat Sparr aus Darmstadt, weil die Versammlung, die diese Wahl vornahm, nicht vom Vertrauensmann des Ortes einberufen war. Nach längerer Debatte werden die Anträge der Kommission genehmigt. Eine Reihe Begrüßungstelegramme wird verlesen, darunter eins von Engels, Louise Kautsky und Eleanor Mary Kveling. Schlus 7 1/2 Uhr Abends.

## Der Wiederzusammentritt der französischen Kammern.

Paris, 20. Oktober 1894.

Der Wiederzusammentritt der Kammern — der Deputirten-kammer und des Senats — kündigt sich gut an für die Liebhaber von parlamentarischem Klumpen und Ministerstürzen.

Nur vor 2 Monaten Dupuy, um einer unbedingten Interpellation zu entweichen, die Session in aller Hast schloß, antwortete er den Sozialisten, die ihn anklagten, er verlege die Gewächse des Parlament's: „Wir treffen uns wieder bei der Wieder-eröffnung der Kammern!“ Der fetter Machiavelli des Kapitalismus meinte, er würde während der Ferien Zeit haben, seine Batterien zur Vernichtung der Sozialisten vorbereiten zu können.

Dupuy und seine Minister hatten damals keinen anderen Gedanken, als ein Gefetz zur Beschränkung, womöglich zur Aufhebung des Interpellationsrechts anzufertigen. Wenn es und gelangt — so dachten sie — die Sozialisten mundtot zu machen, so werden wir in süßer Bebaglichkeit leben und schließlich als Minister sterben.“ In allen Versammlungen, in denen sie ihr Licht leuchten ließen, warfen sie den Sozialisten vor, durch ihre vielen Interpellationen und Diskussionen die kostbare Zeit todgeschlagen und die braven Minister an der Förderung des Landeswohls gehindert zu haben. Und um recht deutlich zu zeigen, daß sie keine Zeit verlieren wollten, verschoben sie den Wiederzusammentritt der Kammer um 8 volle Tage — vom 18. Oktober, wo er eigentlich hätte erfolgen sollen, bis zum 28. Oktober.

Während die Minister durch pathetische Tiraden gegen die Sozialisten ihre Angst vor diesen bekundeten, hielten die Sozialisten den Radikalen in Rogent-sur-Seine den offiziellen Kandidaten Casimir's schlagend, dessen Unbeliebtheit stets zunahm. Sie offenbarte sich auf eine so bedrohliche Weise, daß einer der Minister, Herr Viger, ein ehemaliger Radikaler, um Casimir den Hof zu machen, erklärte: „Man kann es nicht länger dulden, daß Leute, die nicht wissen, was Freiheit ist, in der Presse das Staatsoberhaupt mit Beschimpfungen überhäufen. Wird der Präsident der Republik angegriffen, so wird ganz Frankreich angegriffen. Das darf nicht so fortgehen.“

Das sind würdige Drohungen; es ist sehr unwahrscheinlich, daß man den Versuch machen wird, sie zu verwirklichen; und wenn man ihn machte, so ist es mehr als unwahrscheinlich, daß durch Gewaltmaßregeln die Angriffe auf Casimir zurückgehalten würden, selbst in den Kreisen seiner Leute immer mehr in Mißachtung geräth. Er hatte seine Rückkehr nach Paris gar häufig in Szene gesetzt. Eine prachtvolle Karosse, ähnlich der, die der Kaiser gehabt hatte, bespannt mit 4 Goldblut-pferden, mit galonirtem Kutscher, Vorreitern und Postillionen, brachte Ihre Präsidentialen Majestäten, Herrn und Frau Casimir zu den Bequemten. Der Theaterreich verunglückte elendiglich; nicht ein: Casimir Perier hoch! begrüßte den armen Casimir, und als er, seine Frau am Arm, in die Rembahn eintrat, wandten die Jockeys, Klubherren und andere Zweifler der hohen Gesellschaft ihre Augen keinen Moment von den interessantesten Bierfüßlern ab, die rennen sollten — niemand kümmerte sich um den armen Präsidenten der Republik. Der „Rigoro“ war ganz verzweifelt über

diese Gleichgiltigkeit, und er jammerte: „Was kann man Herrn Casimir Perier vorwerfen? Seine außerordentliche Unbeliebtheit läßt sich nur aus der gemeinsten Eifersucht erklären. Man beneidet ihn um sein ungeheures Vermögen.“ Das ist die Entdeckung des „Rigoro“. Also die 40 Millionen Franks, die ihn unter Allen an den würdigen Präsidenten erscheinen ließen, zerstören sein Ansehen bei den Emporkömmlingen und Selbstpropheten seiner eigenen Kreise. In was für einer kapitalistischen Welt leben wir, wenn das ehrlich und gefällig durch die Veränderung der Arbeiterklasse erworbene Vermögen eine Ursache des Stands, ein Stein des Anstoßes wird!

Dupuy gerbrach sich den Kopf, um einen parlamentarischen Streik für die Sozialisten ausfindig zu machen, und die Sozialisten, ganz unbeflümert um die schwarzen Pläne der Herren Minister, hielten inzwischen heiter und ruhig ihre Kongresse ab, und setzten die Agitation im Lande fort; und die republikanischen Abgeordneten tätheten zur Niederwerfung des Ministeriums drei ihrer Führer: Soblet, Hubbard und Cavaignac haben soeben in sehr bemerkenswerthen Reden ihre Kriegserklärungen ausgesprochen.

Um leichter mit den Sozialisten fertig zu werden, bemühen sich die Ministerlinge seit längerer Zeit, die „Prediger des Klassenkampfes, diese Feinde des Eigenthums und des Vaterlandes“ zu isoliren und aus der republikanischen Familie herauszutreiben. Die Taktik schien einen Augenblick erfolgreich — die Sozialisten wurden mit einem gewissen Mißtrauen betrachtet, und viele Republikaner zögerten, sie selbst nur als Bundesgenossen anzuerkennen. Das hat sich geändert. Hubbard und Soblet, welche die äußerste Linke vertraten, haben erklärt, wenn man auch durch Fragen, deren Lösung erst die Zukunft bringen wird, von den Sozialisten getrennt sei, so muß man doch gemeinschaftliche Sache mit ihnen machen, um die Probleme der Gegenwart zu lösen und um das Ministerium zu Fall zu bringen, das die weitest rückwärtstrebende Reaktion in sich verkörpert.

Aber der Hauptschlag, ein wahrer Keulenschlag, wurde der Regierung von Cavaignac verfehrt, einem Mitglied des „linken republikanischen Zentrums“, von dem man seine Zeit zum Präsidenten der Republik bestimmt — infolge seines traurigen Namens: ist er doch ein Sohn des „Juni-schlächters“ von 1848. Sein Angriff war um so wuchtiger, je weniger er erwartet war. Er nannte die Regierung „eine zusammengeworfene Haufen alter Monarchisten, die sich zur Republik befehrt haben, um sich ihrer zu bemächtigen“, „Demokraten, gerieben durch den Gebrauch der Staatsgewalt“, und in Bezug auf letztere beehrte er sich hinzuzufügen: „Diese Syndikate sind die schlechtesten von allen.“ So von einem „Freunde“ behandelt zu werden — da hört alle parlamentarische Gemüthlichkeit auf. Und die Wuth der Ministerlinge kennt keine Grenzen gegen den „braven Cavaignac“, der im Handumdrehen „der gefälligste und gütigste der Feinde“ geworden ist.

Ein Gewitter zieht sich am politischen Himmel zusammen, das das Ministerium Dupuy und noch verschiedene andere Ministerien wegwegen wird; das Defizit des Budgets wächst von Jahr zu Jahr. Im vorigen Jahr konnte man mit den 68 Millionen der Umwandlung der 4prozentigen in 3 1/2prozentige (Staatspapiere) und durch die Prägung von falschem Silbergeld das Defizit noch zur Noth decken. Allein nicht jedes Jahr finden sich solche Auskunftsmitel. Man mußte an Ersparnisse denken. Wenn in den Finanz-Gesellschaften die Profite schwinden, fängt man, um zu sparen, damit an, daß man die Zahl der Angestellten und die Gehälter der übrigbleibenden Angestellten ordnirt. Die Regierung, die mit den Finanzmännern genug Verkehr hat, um ihre Sparmethoden zu kennen, fing damit an, daß sie alle Soldaten, die zwei Jahre gedient haben, nach Hause schickte und die Pferde aller Hauptleute abschaffte. Diese Art Einsparung der zweijährigen Dienstzeit des Kadres, und dieses Sparen auf Kosten der Beine unserer Hauptleute beunruhigt die Soldaten und erregt ihre Entrüstung. Herr Jules Roche, der Panamist, machte deshalb eine Szene in der Budgetkommission und drohte mit seinem Rücktritt.

Da diese Ersparnisse nicht genügten, so mußte man zu einem anderen Finanzkniff seine Zuflucht nehmen: Man erhöhte die Einnahme aus dem Getreidezölle um 20 Millionen — und das in einem Jahr ungewöhnlicher Fruchtbarkeit, wo alle Magazine noch vollgeproßt sind mit eingefährtem Getreide. Die Kommission weigerte sich auch, diese phantastischen Millionen in das Einnahmehudget einzuschreiben.

In der Noth mußte man zur Vermehrung der Steuern — einer Steuer, die seit vielen Jahren von den Republikanern jahrausjahrein gefordert, und von der Regierung ebenso jahrausjahrein zurückgewiesen wird. Poincarre, der Finanzminister, schlägt vor, die Erbschaftsteuer zu erhöhen und sie progressiv zu machen. Es ist das eine zaghafte Reform, die das Kapital kaum merkbar trifft; trotzdem hat sie den Horn der Kapitalisten erweckt, die da fürchten, daß durch dieses Hinterbüchliche die schreckliche Progressiv-Einkommensteuer sich einschleichen werde. Say, den Rothschild vor Rouvier in's Finanzministerium gesetzt hatte, und der zu den einflußreichsten Mitgliedern der Kammer gehört, hat in dem „Journal des Debats“ einen wüthenden Angriff auf das Ministerium gerichtet, daß mit seiner Erbschaftsteuer die Freiheit des Kapitals verlege und dessen Anwohnen hindere.

Das Schicksal des Ministeriums, das jetzt in so heftigem Kreuzfeuer steht, ist besiegelt: sein Fall wird so bestimmt erwartet, daß man Waldeck-Rousseau veranlaßt hat, aus seiner Zurückgezogenheit an die Öffentlichkeit zu treten, um der Retter in der Noth zu werden. Er ist zum Senator ernannt worden, und wird schon als Minister betrachtet und von allen Seiten heftig angegriffen. Ist er ins Ministerium gekommen, so wird der Retter selbst einen Retter brauchen. Woher diesen nehmen? Das ist die Frage, die sich jetzt schon aufwirft.

Gallan.

## Lokales.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird heute, Dienstag, nicht Mittags, sondern Abends von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr abgehalten.

Frümmigkeit und Progenthum haben noch immer in guter Harmonie mit einander gelebt; warum sollte nicht auch ein hervorragender Held aus dem Anglobier-Heere gut fruchtenspendend sein? Der Herr Knoblauch vom Böhmischen Braubaus war es bekanntlich, der bei Abbruch der Einigungs-verhandlungen lähn erklärte, daß die Ringbrauereien bei Fortdauer des Kampfes zu den hunderten bisher schuldlos auf die Straße geworfenen Arbeitern noch weitere hunderte dem Hunger überantworten würden. Der Herr Direktor Knoblauch war es auch, der am Sonnabend die Ehre hatte, bei der wieder einmal erfolgten Einweihung eines neuen „Gotteshauses“ in der Hauptstadt der Glaubenslosigkeit, der Sozialdemokratie und der Arbeiter-Mäß-regelungen an den Oberbismarck der Kaiserin, dem bekannten Kirchen-Rückach, eine Ansprache richten zu dürfen, in der er dem erwähnten Herrn irgend eine gottgefällige That ankündigte.

Gut, daß man bei frommen Festen nie Gefahr läuft, Arbeiter um sich zu sehen; es wäre recht peinlich gewesen, wenn das Auge des christlichen Brauereidirektors zufällig einen der Brauer gestreift hätte, die vor fünf Monaten von ihm ohne Noth dem Hunger überantwortet worden sind.

Das ganze Konzept der christlichen Rede hätte dem frommen Mann verdorben werden können!

1) Man darf sich da durch die Parteinamen nicht beirren lassen.

2) General Cavaignac Kommandirte in der Junischlacht gegen das kämpfende Proletariat.

3) Die Gewerkschaften heißen bekanntlich in Frankreich „Syndikate“.



Zur Lokalliste. Herr Johannes Korte Gastwirth in Neu-Weipensee am Henselstrahof, erklärt, daß er noch wie vor in seinem Lokal Gustav Adolfsstraße 106 baylottisches Bier schänke.

Ein Stiftungsfest mit polizeilichen Hindernissen hat am Sonnabend die Ethische Gesellschaft im Elystium gefeiert. Es wurde ihr nämlich die in Aussicht genommene Aufführung des Festspiels „Der erste Mai“ verboten, und zwar aus ordnungspolizeilichen Gründen.

Wo ist das Ideal deutscher Pressefreiheit zu finden? In China, wenn man einer Korrespondenz des „Lokal-Anzeiger“ trauen darf. Es heißt in derselben über die Macht der Presse im asiatischen Reich der Mitte u. a.: „Mit der chinesischen Zensur ist es lange nicht so schlimm, wie man in Europa gewöhnlich annimmt.“

Recht idyllische Zustände herrschen in Pantow. In dem lieblichen Orte giebt es seit ungefähr zwei Jahren Gasbeleuchtung, aber, wie in Strahwinkel, werden, wenn „Mondschein im Kalender“ steht, nur ganz vereinzelte Laternen angezündet, und an solchen Abenden herrscht oft, weil die Wolken sich nicht nach dem Kalender richten und häufig durch den „Mondschein“ einen recht dicken, schwarzen Strich machen, die tiefste Finsternis.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat an den Magistrat die Anfrage gerichtet, wann er der Versammlung eine Vorlage betr. die Errichtung von Volks-Bade-Anstalten für den Süden, Südwesten, für den Wedding und die Schönhauser Vorstadt zugehen lassen werde?

Wie das Weib zur Prostituirten wird. In einer der letzten Nummern des „Lokal-Anzeiger“ finden wir folgendes Inzerat: Dame, 22, die ermahnt dem Kampf ums tägliche Brod unterliegt, wünscht die Bekanntschaft eines alten, reichen Herrn, behufs Heirath.

Im Berliner Aquarium sind während der letzten Tage neue Thiere aus Indien, aus der Nord- und Ostsee, dem Mittelmeere und dem Binnenlande angekommen. Die große südasiatische Haihinzel lieferte zwei schöne Stücke einer der dort heimischen Tiefseeschlangen.

Eine Anzahl Bond für den Unterstützungsfonds der Partei sind bei uns als gefunden abgeliefert worden. Der Eigenthümer wolle sich in der Redaktion melden.

Fälle von Selbstentzündungen, welche in letzter Zeit selbst in kleinen Dörfern mehrfach vorgekommen sind, lassen es den Wissenschaftlichen, die in der Lage sind, Feuerungsmaterial für längere Zeit einzulagern, dringend gebeten erscheinen, daß die Preßhölzer auf je zwei Meter Länge Ventilationskanäle in ihrer ganzen Tiefe erhalten. Die Kanäle lassen sich leicht dadurch herstellen, daß zwei Preßhölzer mit 6 Zentimeter Zwischenraum als Käufer, und über dieselben gleichfalls zwei Preßhölzer mit demselben Zwischenraum als Binder, und in der gleichen Weise durch den ganzen Stapel nach hingelegt werden, und zwar dergehalt, daß dadurch nicht nur ein senkrechter Luftkanal, sondern auch zwei sich kreuzende horizontale Kanäle gebildet werden.

18 Selbstmorde notirt das „Statistische Amt der Stadt Berlin“ in der Uebersicht über die Sterbefälle in der ersten Oktoberwoche. Eine so hohe Zahl von Selbstmorden ist noch niemals aus einer einzigen Woche gemeldet worden.

Eine neue Bücherfahne schwebt unter dem Titel „Scholem und Genossen“ bei dem Landgericht I. Es sind etwa 10 An gekündigte vorhanden. Zu ihnen gehören außer Scholem ein Kaufmann Lubenow und Metzd. Auch ein Einwohner Charlottenburgs gehört zu der Gesellschaft. Es hat den Anschein, als ob durch Dausjudungen besessene Weibsel und andere Papiere den Behörden in die Hände gefallen sind.

Zum Kapitel: Rixdorfer Sicherheitsbeamte. Große Aufregung ruht in Rixdorf ein hinterlistiger brutaler Ueberfall hervor, der durch einen Gendarmen dieses Vorortes ausgeübt worden ist.

Unsere Leser werden sich der f. B. viel besprochenen Angelegenheit erinnern, daß in Schönberg vor ca. einem Jahre ein Gendarm Namens Höppler einen Droschkenfahrer mit dem Säbel arg mißhandelt hatte. (Siehe auch unter Bericht in heutiger Nummer.) Der Beamte wurde von Schönberg nach Rixdorf versetzt und mußte sich auch hier in kurzer Zeit unbeliebt zu machen.

Der Arbeiter Ernst Körber verlich am 11. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, seine Wohnung in der Köpenickerstr. 66 und ist bis jetzt nicht zurückgekehrt. Da Körber sich in leidenden Zustande befand und Zeichen von Schwermuth zeigte, so beschloß man das Schlimmste. Wer über seinen Verbleib etwas weiß, wird gebeten, recht bald seiner Frau Mittheilung zu machen.

Enthauptet wurde von der Eisenbahn am Sonntag Abend um 8 1/2 Uhr ein unbekannt gebliebener Mann. Der Dißs-Bohnwärtter Püfel aus der Albrechtsstraße 6a fand auf dem Ferngelsch der Stadtbahn an der Backstraße den Körper eines Mannes auf und nicht weit davon den dazu gehörigen Kopf, der glatt vom Kumpfe abgetrennt worden war. Die Leiche wurde nach dem Bahnhof Thiergarten gebracht. Der Unbekannte, bei dem keinerlei Ausweis-papiere gefunden wurden, trug einen graubraunen, weichen Hut, niedrige Schuhe mit Gummizügen, weißes Unterzeug ohne Zeichen, grane Hosen-träger, grauwollene Strümpfe und einen Jaquetanzug von

und einen Droschkenfahrer windelweich gehauen. Kurz, der Gendarm betrug sich derart, daß der Wirth und die Gäste den anscheinend Angeheiteren suchten, nach Hause zu gehen. Gütliche Versuche, den Mann aus dem Lokal zu entfernen, nützten nichts, bis ihm Herr P. mit Anzeige wegen Hausfriedensbruchs drohte. Hierauf mußte H. gewaltsam aus dem Lokal entfernt werden, nachdem er dem Wirth zugerufen „zeigen Sie mich an, dann haben Sie übermorgen keine Konzeßion mehr“.

Wald, nachdem der Gendarm fortgegangen, so entfernte sich auch der in der Bergstr. 124 wohnende Tapeziter Herr Dornbusch, um nach Hause zu gehen. Raum war der sich des besten Feimundes erfreuende Bürger einige Schritte auf der Straße gegangen, als jemand hinter ihm herließ. D. drehte sich nun um und vor ihm stand der Gendarm, der den Tapeziter mit den Worten anrief: „Na, was sagen Sie zu der Sache vorhin?“ D., welcher die Ständaltzene nur flüchtig angesehen, erwiderte: „Ich weiß nicht, was Sie meinen, mir ist leider nichts bekannt.“ Kaum hatte der Mann dies gesagt, als der Gendarm seinen schweren Stock erhob und damit auf den vor ihm Stehenden loskugelte. Beim ersten Hieb stürzte D. bereits zu Boden, er raffte sich jedoch wieder auf, erhielt aber im nächsten Augenblick einen zweiten wichtigen Hieb, worauf sich in Mitleid über den Gesichts und Brust des Unglücklichen ergoß. Jetzt rief der Kernte laut um Hilfe, worauf Höppler die Flucht ergriff. Nun wandte der Ueberfallene nach seiner Wohnung, verlor dort das Bewußtsein, das erst am Morgen wiederkehrte. D. ist nach Gutachten des hinzugezogenen Arztes Dr. von Haserweli furchtbar zerschunden und bis jetzt arbeitsunfähig; der Mißhandelte hat Strafantrag gegen H., welcher bis gestern noch Dienst that, eingeleitet. Die Stimmung der Bevölkerung Rixdorf's gegen den Gendarm ist eine überaus erbitterte.

Dem Geschmack des Berliner Theater-Publikums und den Fortschritten der deutschen Bühnenliteratur in den letzten 20 bis 30 Jahren, wird in der Londoner „St. James Gazette“ anlässlich des Gastspiel-Zyklus der deutschen Truppe des Direktors Maurice in Hamburg in der Opera comique das folgende Zeugnis aufgestellt: „Die aufgeführten Stücke haben etwas Alt-modisches an sich, das freilich in seiner Weise interessant und lehrreich ist. Kommt man aus solcher Vorstellung, so wird es einem klar, welche Fortschritte in den letzten zwanzig, dreißig Jahren in der dramatischen Kunst gemacht worden sind. In keinem Theater des Londoner Westends, das kann man mit Sicherheit behaupten, würde ein so naives, so allen Aufbaus baren, oder so inkompetentes Stück mit Erfolg aufgeführt werden, wie die von der deutschen Truppe zur Darstellung gebrachten „Graf Waldemar“, „Doktor Claus“ oder „Mein Leopold“. Das die deutsche Bühne mittlerweile auch fortgeschritten ist, obwohl kaum in gleichem Schritt mit der französischen oder englischen, muß man natürlich zugeben. In Suedermann besitzen unsere Nachbarn einen Dramatiker, dessen drei bekannteste Werke „Sodoms Ende“, „Die Etre“ und „Hymath“ hoch stehen an Einflucht, Kraft und lebhafter Charakteristik. Und er steht nicht allein da. Im Ganzen scheint aber das deutsche Theaterpublikum viel leichter befriedigt werden zu können, als unser eigenes.“

Mit 1000 M. verschwunden ist am Sonnabend Vormittag der 16jährige Kaufbursche Albert Müller, welcher in der Rixdorfer Vorstadt in der Landbergerstraße angestellt war. Er war am Morgen des obenerwähnten Tages von seinem Chef nach der Reichsbank geschickt worden, und hat dort einen Obel von 1000 M. entführt.

In der Untersuchung wider den ehemaligen Stadtkämmerer Lehmann aus Eberwalde, der verdammtlich in einem hiesigen Hotel einen Selbstmordversuch unternahm, fanden am Sonnabend die ersten richterlichen Vernehmungen statt. Lehmann räumte unumwunden ein, daß die Unterschlagungen den bisher ermittelten Betrag von 45 000 M. weit übersteigen — es seien mindestens 75 000 M. unterschlagen, aber, meinte er, sein Revisor vermag die Summe genau festzustellen, nur er allein könne sich in den Büchern zurechtfinden. — Außerdem räumte Lehmann ein, daß die großen Unterschlagungen bei den Holzverkaufsgeldern ihm durch Fälschung des Revisionsvermerks in dem Kontrollbuche möglich gewesen wären.

In schamloser Weise wird die Arbeitsnoth in Berlin ausgedehnt verübt. Auf die Ankündigung, daß „Stadtreisende“ gesucht würden, begab sich ein junger Mann vorgestern nach dem Handlungshaus im Norden Berlins. Er trat in ein Abzahlungsgeschäft und erhielt auf seine Vorstellung die Anweisung, mit einem Regulator durch die Straßen der Reichshauptstadt hausieren zu gehen. Bei dem Verkaufe sollte er 2 Mark verdienen. Wenn man bedenkt, daß die Verkäufer solcher Gegenstände meistens Mißtrauen erregen, so kann man voraussetzen, daß ein solcher Stadtreisender in 8 bis 14 Tagen vielleicht einmal das Glück hat, 2 Mark zu verdienen.

Auf die züchtige Hausfrau, die nach pfäffisch-philistiner Doltriv weise im häuslichen Kreise wirken soll, hat es der Todfeind der Familie, der im christliche Staats allmächtige Kapitalismus ganz besonders abgesehen. Das Wirken des Weibes in der anderen Welt wird drastisch veranschaulicht in einer Zuschrift, die wir von einem Parteigenossen aus Eberwalde erhalten. Ich arbeite, so schreibt er uns, auf einem Neubau oberhalb der hiesigen Schleuse; kaum fünfzig Meter vom Bau entfernt, liegt die Stolze'sche Wassermühle, wo sich mir neulich Morgens ein tief beschämender Anblick bot. Aus einem Kahn, der unterhalb der Mühle angelegt hatte, trugen acht Frauen, von denen eine kurz vor der Muebau sein mußte, freudig die schweren Weizenfäcke nach der Mühle. Aus meine naive Frage an eine der Frauen, warum sie sich denn der schweren Arbeit hingäbe, antwortete sie, ihr Mann, der gleich mir Maurer sei, wäre schon seit Wochen arbeitslos. . . . Die Preßhölzer des Kapitalismus betrachten die schamloseste Ausbeutung des Weibes bekanntlich als ein Kleinlein Nahrungsmittel, verlangen dafür aber vom Staat Anselgebühren gegen die ordnungs- und familierverstörende Sozialdemokratie.

Der Arbeiter Ernst Körber verlich am 11. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, seine Wohnung in der Köpenickerstr. 66 und ist bis jetzt nicht zurückgekehrt. Da Körber sich in leidenden Zustande befand und Zeichen von Schwermuth zeigte, so beschloß man das Schlimmste. Wer über seinen Verbleib etwas weiß, wird gebeten, recht bald seiner Frau Mittheilung zu machen.

Enthauptet wurde von der Eisenbahn am Sonntag Abend um 8 1/2 Uhr ein unbekannt gebliebener Mann. Der Dißs-Bohnwärtter Püfel aus der Albrechtsstraße 6a fand auf dem Ferngelsch der Stadtbahn an der Backstraße den Körper eines Mannes auf und nicht weit davon den dazu gehörigen Kopf, der glatt vom Kumpfe abgetrennt worden war. Die Leiche wurde nach dem Bahnhof Thiergarten gebracht. Der Unbekannte, bei dem keinerlei Ausweis-papiere gefunden wurden, trug einen graubraunen, weichen Hut, niedrige Schuhe mit Gummizügen, weißes Unterzeug ohne Zeichen, grane Hosen-träger, grauwollene Strümpfe und einen Jaquetanzug von

brauner und grauer Farbe. Ob es sich um einen Unglücksfall oder um Selbstmord handelt, ist bisher nicht festzustellen gewesen, zumal da kein Zeug vorhanden ist, der den Ueberfallenen vorher auf dem Bahnkörper oder in der Nähe gesehen hat.

Witterungsübersicht vom 22. Oktober 1894.

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand in mm., Windrichtung, Windstärke (Scala 1-12), Wetter, Temperatur (nach Celsius). Rows include: Eutinmünde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien, Papananda, Petersburg, Gort., Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 23. Oktober 1894. Zeitweise heiteres, vielfach wolfiges Wetter mit etwas Regen, mäßigen südlichen Winden, kühlerer Nacht und wenig oder andrer Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Zeitung.

Kann Unlust über Vorbruch bestraft werden? Zu dieser am Sonntag von uns behandelten Frage schreibt uns die verurtheilte Frau Bergemann folgendes:

Ich habe durchaus nicht energisch die Einhaltung des mir in dem Geschäft Schönleiner 24 gegebenen Versprechens gefordert. Es ist mir garnicht eingefallen, den betr. Leuten Vorschriften darüber zu machen, was für Bier sie führen sollen; vielmehr erklärte ich nur, daß ich meine Einkäufe dort mache, wo kein Boykottbier geführt werde und sprach meine Verwunderung darüber aus, daß die Holzgüter'schen Eheleute trotz des Versprechens, bis zur siegreichen Beendigung des Boykotts kein Klugbier zu führen, dennoch solches verkaufen. Hierbei kam es durchaus nicht zu einem unerquicklichen Wortstreit, vielmehr ist ganz sachlich verhandelt worden und keinerlei Aufforderung an mich ergangen, ruhig zu sein oder gar den Laden zu verlassen. Erst als der Sohn der Holzgüter'schen Eheleute hinzulam und den Ruf ausstieß, mich doch hinauszumerren, wurde ich, ohne daß eine entsprechende Aufforderung vorher an mich ergangen war, gewaltsam aus dem Laden entfernt.

Gewerkschaftliches.

Sechshunderttag. Aus Rine-de-Gier wird gemeldet, daß die Delegirten sämmtlicher Glasfabriken dem Direktorium ein Ultimatum gestellt haben, wonach sie einen allgemeinen Ausstand erklären, falls ihnen nicht der Sechshunderttag gewährt wird.

Die streikenden Maurer in Bebeh am Senfer See haben bedingungslos die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Hamburger Schuhmacher haben über die Pantoffel-fabrik von H. D. Lehmann die Sperrverhängt.

Früchte der gewerkschaftlichen Organisation. Die „Helvetische Typographia“ enthält folgenden Bericht: Am 23. August feierte die Typographia Nr. 7 in New-York das Jubiläum ihres 25jährigen Bestandes. Sie hat in dieser Zeit durch feten Kampf die Arbeitszeit ihrer Mitglieder von 14 bis 16 Stunden auf 8 Stunden pro Tag reduziert, die Löhne um mehr als 50 pCt erhöht und viele Mißstände beseitigt. Unterstühungen hat sie allein in den letzten zehn Jahren 62448 Doll. ausgegeben. Bundessekretär Miller sagte in seiner Festrede: „In neuerer Zeit erlöst so oft das Schlagwort: Die Gewerkschaften haben sich überlebt, Streiks und Boykotts sind stumpfe Waffen geworden. Mitarbeiter! Laßt Euch durch diesen Ankerus nicht in Euren so notwendigen Organisationswerke führen. Die Zeit der Gewerkschaften ist so lange nicht vorbei, so lange es noch Lohnarbeiter giebt.“

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.

G. B. Mit Dank acceptirt.

Die Kommission der Brauer und Brauereihilfsarbeiter quittirt über den Empfang von 29 M. 35 Pf. vom Stiftungsfest des Vereins der Zimmerer und über 5 M. 40 Pf., welche durch Andreas B. eingegangen sind.

H. S. Frische wurde in einer Nachwahl in Reimscheid zum ersten Male in den Reichstag des norddeutschen Bundes gewählt, 1877 entsandte ihn der 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis in den Deutschen Reichstag. Hagenlocher wurde 1887 in den sechs Berliner Reichstags-Wahlkreisen aufgestellt.

L. S. Grimstraße. Die meisten unserer Redakteure sind in der Lage, Uebersetzungen aus dem Französischen anzufertigen. Dieselben kommen übrigens nicht so häufig vor, wie Sie annehmen und müssen selbstverständlich möglichst rasch ausgeführt werden, so daß wir fast nie in die Lage kommen, dieselben von externen Mitarbeitern ausführen zu lassen.

Ehler. Zeigen Sie den Parteigenossen nur die Briefkosten-Notiz. Das genügt vollständig, um Sie als unschuldig zu erklären.

Theaterverein „Dillaria“. Geben Sie nur dem Vorstand des Bundes Mittheilung von dem Vorkommniß. Ein öffentliches Interesse hat die Angelegenheit nicht.

Briefkasten der Expedition.

Für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter gingen fernere ein:

- Möbelfabrik R. . . . . e 6. Rate 8.10. Besetzung einer rothen Hochzeit durch Mühle 1.—. 6. Wahlverein, 623. Bezirk, Amerik. Auktion 2.35. Gesammelt durch den Genossen Odnow 6.25. Gesammelt bei Hiesch, Goldinerstraße 19, 1.—. Wagenbauer Bezirk II. 8.10. Elf Zimmerleute vom Platz Gastan u. Jwirn 5.50. R. G. 7.—. Für einen Schluck Wasser 1.50. Arbeiter der Metallwaarenfabrik Elisabeth-Isler 10. Rate 7.—. Von Arbeitern der Löwen'schen Fabrik Martindensche, Bierprojekte dritte Rate 20.95. Von den Tischlern J. R. J. W. D. J. F. E. Möbelfabr. Ehrlich, Krautstr. 43, obere Wertstatt 4.30. Ges. von den Arbeitern von Danneberg u. Quandt, St. Frankfurterstr. 16 8.40. Fachverein der Musik-Instrumenten-Arbeiter 400.—. Beim gemütlichen Beisammensein in Rheinsberg 4.45. Zuschneider und Sordichter (außer einigen) der Anz. Schäftefabrik in Jerdß durch Herzog 4.30. Konsumliste d. Buchdruckerei F. S. Hermann 150.—. Expedition des „Vorwärts“ 5.65. Norddeutsche Schleife, Ruge's Geburts-tagsfeier 4.50. Leipzig, Gewerkschaftsartikel d. Rixdorf 200.—. Ethische Gesellschaft 60.—. Ueberdus von einem Handwehrtopf, Bülowstraße, Gefangenenverein Freiheit 1.60. Erste-Fest im Zukunftsstaat, Rixdorf, durch Klatt 8.—. Vom Dreherpersonal Schönburg, Moabit, durch Renner 6.—. Marie Mens Geburtstags 1.50. Ueberdus der Süßischen Hochzeits-feier 1.55. Arbeiter von Borchard Nachf., Ritterstraße, 6.25. Arbeiter der Firma Eshedi u. Robert, Brandenburgstraße 35, 5.10. Arbeitsbursche — 20. 5 Angestellte der Buchhandlung des „Vorwärts“ 7.25. Frauen- und Mädchen-Bildungsverein, Ver-



ammlung Sandfouci 20, — 3 innere Puffer, Bau Danzigerstr. 78 3,00  
Gesangverein Siedesfreiheit 1 20, —. H. E. Tempelhofer Berg  
durch Schmidt 6,25. Von Lichtdruckern I. Rate durch A.  
2. 1,05. Unglücksfälle 6,50. Automatenbrüder, Oranien-  
straße 189, 9, —. Gärtler, Ritterstr. 90, 5,25. Vom Stalgewinn  
durch Wink 2, —. Bergnützlichklub Hensd (Amerikanische  
Kuktion) 4, —. Hochzeit Staligerstr. 119 durch Schley 8,50.  
Gesammelt zur roten Geburtstagsfeier bei Reinhard, Schul-  
straße, 6,25. Amerikanische Kuktion Versammlung der Maler,  
Zil. 5, Süd-West, 48,70. Die Bodenleger von Bendig 4, —.

Luftige Sandfouci aus der Gipsstr. 3 4, —. Von Modell-  
tischlern gesammelt 6,45. Bierproben der Drahtwaren-Fabrik  
Königsstr. 109a, 9. Rate 3,20. Gesangverein Humanität 5, —.  
Schneiderwerkstatt R. Levin u. Co. 5, —. Schneider O. u. Co.,  
Jägerstraße, 7,20. Agitationskommission der Dügler Berlins 2,75.  
Die „Unsolidarischen“ im Thiergarten 5, —. Gesammelt in der  
Werkstatt von Stein, Gr. Frankfurterstr. 88, 6, —. Werkstatt  
von Froloff und Rauch, Grüner Weg 33, 5, —. Von der roten  
Gesellenfeier in der Dreyestr. 3,55. Amerik. Kuktion Mariendorfer  
12,10. Buntschlifferei von Ewert, Scharnhorststraße 17, 3, —.

Gesammelt auf der 3. roten Hochzeitfeier, außer Einem, 2,80.  
Tischlerei von H. Kühne, nebst Budiker Moritz (1),  
Fruchtstraße 25, 7,00. Drei Eisenbrecher Ges. 3,15.  
Tischlerwerkstatt von Bengler u. Mohrmann, Köpenicker-  
straße 154, 4,75. Volks-Kaffeehaus B. Franke, Gr. Frankfurter-  
straße 73, 5, —. Von den Arbeitern der Firma S. Marcus,  
Staligerstr. 10, 5. Rate 6,75.  
Summa 874,50 M. Bereits quittiert 13 460,92 M.; in  
Summa 14 335,42 M.  
Inserat 2. Wenn bis 4. November erledigt: Ja.

Für den Inhalt der Inserate über-  
nimmt die Redaktion dem Publikum  
gegenüber keinerlei Verantwortung

**Theater.**  
Dienstag, den 23. Oktober.  
**Opernhaus.** Hänfel und Gretel. Die  
Jahreszeiten.  
**Schauspielhaus.** Nathan der Weise.  
**Lesing-Theater.** Die Schmetter-  
lingsfäule.  
**Deutsches Theater.** Die Weber.  
**Berliner Theater.** Die Hege.  
**Schiller Theater.** Der Weineidbauer.  
**Brues Theater.** Komödianten.  
**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.**  
Der Vogelhändler.  
**Residenz-Theater.** (Théâtre libre.)  
La Tante Léontine. Jacques  
Damour.  
**Theater Unter den Linden.** O-  
péus in der Unterwelt.  
**Pelleas- und Melisande-Theater.** König  
Krause.  
**Adolph Ernst-Theater.** Charley's  
Tante. Vorher: Die Bajazzi.  
**Central-Theater.** O! diese Berliner!  
**Alexanderplatz-Theater.** Der  
Mikado.  
**National-Theater.** Verbotene Liebe.  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-  
Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-  
Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-  
Vorstellung.  
**Parodie-Theater.** Spezialitäten-  
Vorstellung.

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.)  
Wallner-Theaterstrasse.  
Dienstag, den 23. Oktober, Abends  
8 Uhr: **Der Weineidbauer.**  
Mittwoch, 24. Oktober, Abends 8 Uhr:  
Ein Fallissement.  
Donnerstag, 25. Oktober, Abds. 8 Uhr:  
Ein Fallissement.

**Central-Theater**  
3ite Jakobstraße Nr. 30.  
Direktion: Richard Schulz.  
**Emil Thomas a. G.**  
**Anna Baders. Josefina Dora.**  
Zum 53. Male:  
**O! diese Berliner!**  
Große Posse mit Gesang und Tanz in  
6 Bildern nach Salinger's Reise durch  
Berlin von Julius Freund.  
Musik von Jul. Eindehöfer.  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: O, diese  
Berliner!

**Adolph Ernst-Theater**  
**Charley's Tante.**  
Schwan in 3 Akten v. Brandon Thomas.  
Vorher:  
**Die Bajazzi.**  
Parodistische Posse in einem Akt von  
Ed. Jacobson und Benno Jacobson.  
Musik von Franz Roth.  
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**National-Theater.**  
Große Frankfurterstraße 182.  
Gallspiel des fliegenden Serpentin-  
Ballets, arrangirt vom Balletmeister  
Géza Zinner.  
**Verbotene Liebe.**  
Berliner Sittenbild in 4 Akten nach  
einem vorhandenen Stoffe von G. K. v.  
Regie: Max Samst.  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Circus Renz**  
Carlstrasse.  
Dienstag, den 23. Oktober ev.,  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Nur noch zweimal  
**Auf auf zur fröhlichen Jagd.**  
Großartig. Wagenlorso; drei Vierer-  
züge, darunter zwei Mailcoaches.  
Parforce- und Kasztadenritt. Außerdem:  
4 arabische Schimmelhünste, als  
Fahnenpferde vorgef. v. Dir. Fr. Renz.  
Liberator, geritten von Herrn R. Renz.  
Cyd und d. Springsperd Blitz, ger. v.  
Frau Renz-Stark. Die Reitkünstlerin  
Hel. Mathilde Renz. Die Klown  
Gedr. Villand etc.  
Mittwoch: Zum letzten Male: Auf  
auf zur fröhlichen Jagd.  
Fr. Renz, Kommissionsrat.

**Castan's  
Panopticum.**  
**Hassan Ali**  
der grösste Mensch der Welt.  
**Prinzess Topase**  
das kleinste Menschenkind.  
**Mexikanische Riejen-Cacteen**  
in noch nie gesehener Größe.

**Alcazar**  
Vandeville-u. Variété-Theater  
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).  
Vornehmster Familienaufenthalt.  
Neu! Sensationell! Neu!  
**Pusebach auf Korea.**  
Neu! Ar. Chong und  
Geschwister Barno. Neu!  
Austreten sämtl. Spezialitäten.  
Entree:  
Wochent. 20 Pf., Sonntags 40 Pf.  
Anfang:  
Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.  
R. Winkler.

**Passage-Panopticum.**  
  
51 wilde Weiber  
aus Dahomey.  
Die Hexenschaufel,  
neueste Illusion.

**Armin-Hallen**  
Kommandantenstraße Nr. 20.  
Säle und Vereinszimmer  
von 20-600 Personen.  
Pianino kauft Rube, Adalbertstr. 66.  
Ausgebligte Verwerthung  
alter Wollfächer 4615  
Franseckistr. 27 2 Tr. r.

Das beste Brot im Norden  
53 Pf. aus reinem Roggenmehl  
4 (mit Kontrollmarke) bekommt  
man für 60 Pf. in  
Vseiff's Brotbäckerei,  
Brunnonstr. 161, Verkauf im Thorweg.  
Gobelbank mit Werkzeug, 4 Knechte  
und 1 Duhend Schraubzwirnen zu  
verf. Lindenstr. 68 im Plattgeschäft.

**Arbeiter-Bildungsschule**  
Südost-Schule, Waldemarstr. 14.  
Mittwoch, den 24. Oktober 1894, Abends 8 1/2 Uhr:  
**Geseheskunde.**  
Vortrag des Herrn Rechtsanw. Knorr: Das Krankenkassen-Geseh.  
Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.  
Gäste haben freien Zutritt.  
Der Vorstand.

**Freie Volksbühne.**  
Heute, Dienstag, den 23. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr:  
**Ordentliche General-Versammlung**  
im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.  
Tagesordnung:  
1. Rechenschafts- und Kassenericht. 2. Anträge des Vorstandes resp.  
der Ordnerkommission. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 28. Oktober, Nachmittags 2 1/2 Uhr,  
II. Serie IV. Abtheilung im „National-Theater“:  
**Der Biberpelz.**  
Der Vorstand der Freien Volksbühne.  
271/17 J. A.: Julius Türk, Blumenstraße 21.

**Achtung! Töpfer. Achtung!**  
Am Mittwoch, den 24. d. M., Abends 6 Uhr, findet im Arbeits-  
nachweis Gipsstraße 10, eine  
**Vertrauensmänner-Sitzung**  
statt. — Pflicht eines jeden Vertrauensmannes (event. wo solcher nicht ge-  
wählt eines beliebigen Kollegen des Baues, ist es zu erscheinen, damit er-  
sichtlich, wie weit die Vergütung auf den einzelnen Bauten gediehen ist.  
Der Vertrauensmann: G. Melzer, Friedrichsfelderstr. 26.

**Todes-Anzeige.**  
**Unterstützungs-Verein der  
Kupferschmiede** (Hilfsk. Berlin.)  
Allen Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Kupferschmied  
**Adolf Thöns**  
am Sonntag, den 21. Oktober, im  
45. Lebensjahre verstorben ist. Die  
Beerdigung findet am 24. Oktbr., Nach-  
mittags 3 1/4 Uhr vom Sophienkirchhof,  
Bergstraße, aus, statt.  
5836  
Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Unsern Freunden und Bekannten zur  
Nachricht, daß unser Kollege  
**Friedrich Franz**  
am Sonntag, den 21. d. M., früh 7 Uhr,  
plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung  
findet Mittwoch, Nachmittags 3 Uhr, vom  
Trauerhause, Brangelstr. 85, aus statt.  
Die Kollegen der Pianofortefabrik von  
Schmidt, Rantensfelstr. 28.

**Todes-Anzeige.** 582b  
Allen Freunden und Bekannten die  
traurige Nachricht, daß unsere Tochter,  
Schwester und Schwägerin **Anna  
Ladeburg** im Alter von 19 Jahren  
nach kurzem aber schwerem Leiden am  
21. d. M. sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch,  
den 24. d. M., Nachmittags 4 Uhr,  
von der Leichenhalle des alten Thomas-  
kirchhofes aus statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Rechenschaftsbericht**  
für die in Berlin gesammelten  
Gelder beim Brandenburger Streik  
der Lithographen, Stein-drucker  
und Berufsge nossen.  
Einnahme:  
Auf Sammellisten der Ge-  
werkschaft . . . . . 11 680,21  
Auf Sammellisten von der  
Gewerkschaftskommission . . . . . 872,—  
Von Gewerkschaften und  
sonstige Zuwendungen . . . . . 3 450,95  
Ausgabe:  
An Streikunterstützung . . . . . 4 572,—  
Arbeitslosenunterstützung . . . . . 4 318,—  
Reiseunterstützung . . . . . 302,—  
Drucksachen . . . . . 92,80  
Porto . . . . . 28,70  
Projeggebühren . . . . . 32,80  
Entschädigung (Agitation etc.) . . . . . 281,—  
Kommissionshilfen . . . . . 42,85  
Sonstige Unkosten . . . . . 41,20  
Bilanz:  
Einnahme . . . . . 16 003,16  
Ausgabe . . . . . 9 710,85  
Abgeliefert a. d. Hauptkassa 6 292,31  
167/18 A. Rehsfeld, Kassirer.  
Die Revisionskommission:  
A. Flsch. P. Bräutigam. Nitschke.

**Molkerei und Pferdestall,**  
Panktrasse 5,  
zu 15 Kühen, 6 Pferden u. reichl. Zu-  
behör sofort oder später zu vermieten.

**Buchführung**, auch stunden-  
weise, befordert  
zuverlässig Köhn, Saarbrückerstr. 7.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis.  
Dienstag, den 23. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokal von Köllig, Neue Friedrichstraße Nr. 44.  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. „Das Bildungsweesen im Klassenstaat.“ Referent Dr. Pin-  
2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Kassenericht. 5. Neuwahl des  
Vorstandes. 6. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt.  
276/8  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis.  
**Grosse Versammlung**  
am Mittwoch, den 24. Oktober 1894, bei Ehrenberg,  
Annenstraße Nr. 16. 278/12

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.  
Dienstag, 23. Oktober 1894, Abends 8 1/2 Uhr,  
in Flebig's Salon, Grosse Frankfurterstrasse No. 28:  
**Große General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Gen. Dr. Heymann über: Hat der Sozialdemokrat  
Religion? 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Kassenericht. 5. Wahl  
der Revisoren. 279/15  
Mitgliedsbuch legitimirt. Um zahlreiches Erscheinen bittet  
Der Vorstand.

**Oeffentl. Versammlung**  
zu Gunsten der  
**Arbeiter-Bildungsschule**  
am Mittwoch, den 24. Oktober 1894, Abends 8 1/2 Uhr,  
bei Zubeil, Lindenstraße 106.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Gustav Wagner**: Die Bekämpfung der  
Sozialdemokratie durch die Volksschule. 2. Diskussion. 51/14  
Alle Genossen aus dem zweiten Wahlkreise werden ganz besonders  
auf diese Versammlung aufmerksam gemacht.  
Der Einberufer.

**Achtung! Bildhauer, Stuckateure Achtung!**  
und verwandte Berufe.  
Donnerstag, den 25. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in  
im Restaurant Ehrenberg, Annenstr. 16:  
**Oeffentl. Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zu der geplanten Zentralisation  
der Ortskrankenkassen.  
2. Der Verein für freie Arztwahl und das Einspruchs-  
recht des Vorstandes. 71/12  
3. Verschiedenes.  
Sämtliche Mitglieder, sowie die Herrn Arbeitgeber sind eingeladen.  
Um zahlreichen Besuch bittet  
Die Kommission.

**Achtung! Miether. Achtung!**  
**Große öffentl. Volks-Versammlung**  
am Mittwoch, den 24. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Märkischen Hof,  
Admiralstr. 18c (nahe am Kottbuserthor).  
Tagesordnung: 1. Unsere Kolonialpolitik mit Berücksichtigung des Falles  
Leist. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Die Prole-  
tarien-Zoologie in der Residenz mit spezieller Berücksichtigung „Ein Roth-  
schrei eines Hausbesizers in der Klaqueur-Preffe Berlins“,  
seine Ursachen und seine Bedeutung. Referent H. Drango.  
Zu dieser Versammlung sind der Verwalter **M. Sobek** und seine  
Frau, sowie der Hausbesizer **Otto Soldan** per Vadsfahrt eingeladen.  
Die Bewohner des Hauses Kottbuserdamm 23, Brunnenstr. 74, Königin  
Augustastr. 29 (Ecke der Regentenstraße) werden hiermit ersucht zu erscheinen.  
5965 Der Einberufer: H. Drango.

**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter**  
Berlins und Umgegend.  
Mittwoch, den 24. Oktober ev., Abends 8 1/2 Uhr: **Bezirks-Versammlung für den Norden**  
bei W. Gründel, Brunnenstr. 188.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Joel über: „Wie sollen wir uns ernähren?“  
2. Diskussion.  
3. Aufnahme neuer Mitglieder.  
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
172/10 Der Vorstand.

**Charlottenburg.**  
**Frauen- und Mädchen-Bildungsverein.**  
**Versammlung**  
am Mittwoch, den 24. Oktober 1894, Abends 8 Uhr,  
in „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstr. 39.  
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer  
Mitglieder. 4. Verschiedenes. 119/14  
Männer als Gäste willkommen.  
Die Bevollmächtigte.

Milchfäbel, Kannen, Satten, Waße,  
Siebe, Tafelwaagen,  
für die Berliner Leser liegt  
der heutigen Nummer unseres  
glattes die gestrige Gewinnliste  
Butterkneten, Drehrollen.  
der preuß. Lotterie bei.  
Jordan, Kl. Markusstr. 28.



## Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

### Gerichts-Beilage.

#### Gewerbegericht.

Eine Lohnentschädigung von 17 M. 50 Pf. verlangt der Schneider J. von der Firma Arnold Müller für fünf Tage, welche er ohne Beschäftigung im Betriebe der letzteren zubrachte. Kläger behauptet, „hingejogen“ geworden zu sein. Darüber sind die Parteien einig, daß die Kündigung ausgeschlossen war. Ein Zeuge der Beklagten, ihr Zugschneider, beschwört, nicht zum Kläger gesagt zu haben, er werde ihm etwas zuschneiden; er habe demselben nur mitgeteilt, daß für ihn augenblicklich keine passende (minderwertige) Arbeit da sei. Auf Grund dieser Aussage wies das Gericht den Kläger ab. In der kurzen Begründung des Urtheils bemerkte der Vorsitzende Tschow, der Kündigungsantrag komme für die Entscheidung mit in Betracht; wenn Kläger auf Arbeit gewartet habe, sei es unter den obwaltenden Umständen seine Sache gewesen.

Die Inhaberin einer Wäsche-Maschine wurde zur Zahlung von 9,06 M. rückständigen Lohnes verurtheilt, welche Summe sie gegen einen Schaden kompensiren wollte, den die Klägerin ihr angelichlich zugefügt hat. Das Gericht sah in der beim Beginn der fraglichen Thätigkeit der Klägerin von dieser erwieslich gethanen Aeußerung, ihre Eltern kämen für nichts auf, die Ablehnung jeder Verantwortung für das Gelingen der Arbeit. Und in dem Schweigen der Beklagten, womit diese, was ebenfalls bewiesen wurde, die Worte der Klägerin aufnahm, sah es ein füllschweigendes Einverständnis mit jener Erklärung. Das Gericht hielt deshalb die Entscheidung der Frage, ob die Ungechlichkeit der Klägerin oder die Untauglichkeit der verwendeten Maschinen, nadel am thatsächlich im Schaden der Beklagten die Schuld trage, für unerheblich.

Ein Stück sozialen Glücks entfaltete die Verhandlung einer Lohnentschädigungssache, welche die Kammer VII unter dem Vorsitz des Assessor Plankenstein am 18. Oktober beschäftigte. Als Kläger erschien der mit einer monatlichen Pension von 89 M. „versorgte“ ehemalige Schutzmann Kumpel, ein Mann von 57 Jahren, welcher — sage und schreibe — 20 M. Lohnentschädigung für 14 Tage von der Firma Moritz Friedländer (Kavattenfabrik in der Kleinen Frankfurterstraße) beanspruchte. Aus der Verhandlung ging folgendes hervor. Die Beklagte beschäftigte gewöhnlich zum Transportieren von Waaren Kaufburschen, junge Leute im Alter von 15 bis 18 Jahren, die mit 10 bis 12 M. entlohnt werden. Einmaliges Verlangen der Beklagten in der Zeitung einen solchen Burschen. Der Kläger sah sich, durch die Noth getrieben, veranlaßt, sich ebenfalls zu melden; er hat eine starke Familie, wie er im Termin häufig betonte. Um auch ja die Stelle zu erhalten, bot er sich für 10 M. an, wobei jedenfalls der Umstand mitspielte, daß er seines Alters und der besonderen Vorliebe der Geschäftsleitung für alte Arbeiter eingedenk war. Er wurde einige Tage beschäftigt, dann aber entlassen, weil er den Beklagten — zu alt, und trotz seiner sonstigen Nützlichkeit doch dem Posten für 10 Mark nicht gewachsen erschien. — Es wurde eine Zeugin vernommen, welche die Behauptung der Vertreterin der beklagten Firma, Kläger sei auf Probe angenommen gewesen, bestätigte. Der Vorsitzende hielt einen Vergleich für angebracht. Ein solcher kam nicht zustande, weshalb der Vorsitzende den Kläger zur Jurisdiction der Klage anwies. Dieser verlangte aber „sein Recht“, indem er sich dar- auf stützte, daß er seit zehn — Jahre dem Staate gebietet und drei Festzüge mitgemacht habe, sowie ehemals Vorreiter des ersten Kaiserfeld des neu-deutschen Reiches gewesen sei. Das Gericht konnte selbstverständlich hierauf ebensowenig Rücksicht nehmen, wie die Firma Moritz Friedländer darauf Rücksicht genommen hatte. Es wies den Kläger entsprechend seiner konstanten Praxis, in der Annahme, ein Probeengagement bedeute den vorläufigen Abschluß der Kündigungsfrist, mit der Klage ab.

Unbefugtes Verlassen der Arbeit. In einem Urtheil gegen den Berliner Transportverein (Knopp u. Göhrle) sprach das Gericht den Grundsatze aus, daß die Ausdehnung der Frühstückspause eines Kutschers durch denselben noch kein unbefugtes Verlassen der Arbeit in sich schließt. Indem es die Firma zur Zahlung der verlangten Lohnentschädigung an den Kutscher J. verurtheilte, legte das Gericht seinen Werth auf die Fortsetzung der stattgehabten Beweiserhebung, weil dieselbe nach Ansicht des Gerichts in ungenügender Folge für den Kläger nur zu der Feststellung führen würde, daß derselbe statt eine halbe eine ganze Stunde in der zum Frühstück an derseitsen Kneipe zubrachte. Dieses, vielleicht erweisliche Vergehen, betonte der Vorsitzende, sei nicht schwer genug, um als unbefugtes Verlassen der Arbeit und damit als Entlassungsgrund angesehen werden zu können. Den Einwand der beklagten Firma, die Kündigung sei ausgeschlossen gewesen, konnte das Gericht nicht berücksichtigen, da der vorgelegte Arbeitsvertrag wohl dem Transportverein das Recht zur sofortigen Entlassung des Klägers einräumte, aber den Kläger zur 14-tägigen Kündigung verpflichtete. Solche, für die beiden Kontrahenten verschiedene Kündigungsfristen festsetzende Verträge sind bekanntlich nach der Gewerbe-Ordnung ungültig, d. h. sie schließen beiderseits nicht die gesetzliche Kündigungsfrist aus. Der beklagte Göhrle konnte das gar nicht „kein kriegen“. Ein dritter Einwand, eigentlich habe der Kläger „Kontingenz“ den letzten Anlaß zur Entlassung gegeben, wurde, nach der Urtheilsfällung, somit zu spät erhoben.

Grober Unfug. Wieder einmal war der Versuch gemacht worden, jenes Kautschulgewächs, das sonst nur auf sächsischen Feldern zu wuchern pflegt, hier in Berlin einzuführen. Heute stand unser Gewerbe-Pöpsch vor dem Schöffengericht, um sich wegen groben Unfugs zu verantworten. Dieses „Verbrechen“ sollte begangen sein durch eine Notiz in Nr. 170 des „Vorwärts“ vom 25. Juli. Dort war gesagt, daß in den Berliner Messingwerken in der Alexandrinenstraße ein Schmelz verunreinigt sei, indem ihm ein Finger abgerissen wurde. Im ganzen Establishement habe sich kein Nothverband vorgefunden, laum, daß ein „Klendes Stück Zeug“ ausgebrannt werden konnte. Fast eine Stunde sei der Verwundete ohne ärztliche Hilfe geblieben, sobald er einen ziemlich starken Blutverlust erlitten habe. Am Schluß war die Mahnung an die Unternehmer im allgemeinen geknüpft, doch nach dieser Richtung hin besser ihre Pflicht zu thun. Der betreffende Arbeiter, den die Direktion der Fabrik im Verdacht hatte, der Veranlasser der Notiz zu sein und dem die Entlassung angedroht worden war, benutzte den Redakteur unseres Blattes und so entstand, da eine Beleidigung in der Notiz nicht enthalten, die Anlage auf Grund des Kautschuk-Paragrafen. Die Beweisaufnahme bestatigte außer einigen Abweichungen im wesentlichen den thatsächlichen Inhalt der Notiz. Der Staatsanwalt beantragte infolge 6 M. Strafe oder 2 Tage Haft, weil die „Arbeiterbevölkerung“, namentlich

aber die Leser des „Vorwärts“ „beunruhigt“ worden seien. Dem widersprach der Verteidiger, Rechtsanwalt Freudenthal, und machte geltend, daß, gleichviel, ob die Notiz wahr sei oder nicht, der grobe Unfugparagraf hier nicht anwendbar sei. Eine „Beunruhigung des Publikums“ habe nicht stattgefunden, auch sei „öffentliches Vergerniß“ nicht erregt worden, er beantrage daher Freisprechung. Der Gerichtshof schloß nach kurzer Beratung dem Antrag des Verteidigers an und erkannte auf Freisprechung und Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse.

Die bekannte Schöneberger Säbelfläre hat nunmehr durch ein Urtheil der ersten Zivilkammer des Landgerichts II. ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Wie erinnerlich, wurde am Abend des 8. Juni 1892 der Droschkentischer Ernst Schulze, der mit einem Kollegen vor der Schloßbrauerei in Schöneberg stand und ein Glas Bier trank, von einem Gendarm derartig mit dem Säbel traktirt, daß er demüthlos nach dem Elisabeth-Krankenhaus gefahren werden mußte. Dortselbst wurde er circa 6 Wochen an den erlittenen Verletzungen behandelt. Nicht nur, daß ihm ein Krummrohrenknochen zerbrochen wurde, auch andere schwere Kopf- und Armmunden hatte er davongetragen. Außerdem war sein Gut zerstört und sein Mantel derartig mit Blut durchtränkt, daß er unbrauchbar wurde. Seitens des Vorstandes des Vereins Berliner Droschkentischer, dessen Mitglied Schulze ist, wurde Anzeige gegen den Gendarm Höppner bei der Brigade erstattet und von dieser auch eine strenge Untersuchung des Vorfalls zugesagt. Der Gendarm Höppner hingegen hatte seinerseits Anzeige gegen Schulze wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt erstattet. In dem gegen ihn eingeleiteten Strafverfahren wurde Schulze jedoch nach eingehender Beweisaufnahme kostenlos freigesprochen. Wider Erwarten legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Dieselbe wurde aber nach nochmaliger Beweisaufnahme durch die Strafkammer wieder zurückgezogen. Das freisprechende Urtheil des Schöffengerichts erlangte somit die Rechtskraft. Da Schulze auch Mitglied der Nationalen Kranken- und Sterbekasse der Droschkentischer und Berufsgenossen (S. 75, Sitz Berlin) ist, so hatte die genannte Kasse auch für ihn die Kur- und Verpflegungskosten zu tragen und seiner Familie außerdem statutarisch eine Unterstützung zu zahlen. Für diese Kosten wurde der Gendarm Höppner haftbar gemacht. Schulze machte aber ebenfalls Ansprüche gegen ihn geltend und zwar Lohnentschädigung für 85 Tage à 4 M., ferner Schmerzensgeld und Entschädigung für einen Mantel und einen Hut, in Summa 244 M. Die Forderung der Kasse belief sich auf 66 M. Die Kasse ließ sich die Forderung des Schulze cediren und klagte nun gegen Höppner die ganze Forderung mit 310 M. ein. Nach fünf stattgehabten Terminen ordnete das Gericht im Mai d. J. eine umfangreiche Beweisaufnahme auf den 9. d. M. an. Während nach derselben der Vertreter der Klägerin, Herr Rechtsanwalt Ull, auf Verurteilung plaidirte, beantragte der Vertreter des Beklagten Abweisung der Klage, weil eventuell eine konkurrierende Handlung vorliege. Die Urtheilsverurteilung wurde bis zum 16. d. ausge- setzt. Das Urtheil lautet, wie wir aus der „Allg. Fabr.-Ztg.“ ersehen, auf Verurteilung des Gendarm Höppner gemäß dem Klage-Antrage.

### Versammlungen.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter in Berlin und Umgegend hielt am 14. Oktober eine Bezirks-Versammlung in Nixdorf ab. Kollege Näther hatte das Referat übernommen. Da der Redner am Erscheinen verhindert war, so mußten die ersten beiden Punkte von der Tagesordnung abgesetzt werden. Der Vorsitzende Kollege Thate gab dann einen kleinen Ueberblick über die Grundsätze des Verbandes und forderte die Anwesenden auf, recht rege für die Organisation zu agitiren. Einige Mitglieder vom Deutschen Metallarbeiter-Verband regten an, daß eine Zentralisation unter heutigen Verhältnissen besser und auch notwendiger sei, als eine Lokalorganisation. Tagesgenossen wendeten sich der Vorsitzenden und einige nachfolgende Redner, die behaupteten, daß für Berlin noch keine Nothwendigkeit vorliege, dem Deutschen Verbands beizutreten. Es könnte dieses nur zu einer großen Zerplitterung der Metallarbeiter-Bewegung führen. Ein Antrag, in kürzester Zeit wieder eine Versammlung in Nixdorf mit der gleichen Tagesordnung abzuhalten, wurde angenommen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Eine gutbesuchte Versammlung für den Bezirk West und Südwest fand am 14. Oktober im Lokal von Zubeil, Lindenstr. 106, statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag; 2. Diskussion; 3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes. Der Referent Genosse Reinke hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Das Handwerk einst und jetzt“, dem sich eine Diskussion angeschlossen, die sich im Sinne des Reichsrats bewegte. Hierauf fand die Wahl von zwei Werkstattkontroll-Kommissionenmitgliedern statt, mit welchem Amt die Kollegen Knaack und Hermise betraut wurden. Nach einer energischen Mahnung, kein Bojkottbier zu trinken, schloß die Versammlung.

Der Verein deutscher Schuhmacher (Zentrale II) hörte in seiner Mitglieder-Versammlung am 18. Oktober ein Referat des Kollegen Fleischer über die Thätigkeit der Gewerbegerichte. Redner zeigte in der Besprechung über mehrere Urtheile, wie verschiedenartig die Auffassung ist, die einzelne Kammer gegen über sehr einschneidenden Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung bekunden. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird bekannt gegeben, daß die „Deutsche Schuhfabrik“ in der Rosen- thalerstr. 63/64 eine Niederlage eröffnet hat. Die Leitung dieses Geschäftes soll erbeten werden, ein Flugblatt herauszugeben, in dem die Arbeiter aufgefordert werden, die Geschäfte von Konrad Tack zu meiden, dagegen der Deutschen Schuhfabrik ihre Unterstützung angedeihen zu lassen. Die nächste Versammlung findet am 29. Oktober, bei Gröndel, Brunnenstr. 168, statt.

Im Verein deutscher Schuhmacher (Zentrale I) hielt am 15. Oktober der Kollege Riederer eine interessante Vorlesung. Unter Vereinsangelegenheiten entspann sich über den Artikel in dem Hochblatt, betreffend die Beitragserhöhung, eine längere Debatte. Endgiltige Beschlüsse zu fassen wurde der kombinierten Versammlung überlassen. Der Kassier ersucht sodann die Mitglieder, bei längerer Krankheit oder Eintritt zum Militärdienst ihm hiervon Mittheilung zu machen, damit dem Betreffenden die Mitgliedschaft nicht verloren gehe. Zum Schluß wurde die in einigen Fabriken noch übliche Unsitte der sogenannten Ein- standfester einer herben Kritik unterzogen.

In einer öffentlichen Versammlung der Normer, die am 15. Oktober im Lokal von Pape, Colbergstr. 23, stattfand,

referirte Kollege Orenz Chemnitz über das Thema: Die gewerkschaftliche und politische Organisation. Der Redner hielt es für einen großen Fehler, die eine Organisationsform für wichtiger zu halten und die andere gänzlich zu vernachlässigen, vielmehr sollten zielbewußte Arbeiter beiden angehören. Die Wucht der Thatsachen habe veranlaßt, daß der gewerkschaftlichen Bewegung in den letzten Jahren mehr Bedeutung beigelegt wird als früher und es sei notwendig, daß sie noch mehr gefördert werde. Die schwersten Kämpfe stehen dem Proletariat noch bevor und deshalb müsse man alle Wege benützt, durch welche es ermöglicht wird, Aufklärung in die Reihen der Indifferenten zu tragen und sie für die Ideen der modernen Arbeiterbewegung zu gewinnen. (Beifall.) In der Diskussion geistelte Pöpel das mangelhafte Solidaritätsgefühl der älteren Kollegen gegenüber den Neuzugeworbenen, wie es sich besonders im Verheimlichen der Akkordpreise, des Vertauschens besserer Werkzeuge u. s. w. fast in jeder Werkstatt bemerkbar macht. Die daraus entstehenden Mißthelligkeiten unter den Kollegen selbst verhindern häufig ein einheitliches Vorgehen gegen den Fabrikanten, selbst bei den ungeheuerlichsten Zumuthungen. Pöpel driff auf die in der letzten öffentlichen Versammlung hervorgebrachten Mißstände in den Fabriken zurück und verlangte, daß sie nicht bloß in Versammlungen besprochen, sondern durch das jeweilige Bureau dem Fabrikanten unterbreitet werden. Nach dem Schlußwort des Referenten theilte Günther mit, daß die in der letzten Versammlung gewählten Revisoren sämtliche seit Januar eingelaufenen Listen, sowie Bücher und Belege des Vertrauensmannes geprüft und alles in beher Ordnung gefunden haben. Laut Postkarte sind an Th. Schwarz in Lubek 885,90 M. eingegangen worden. Zum Schluß verteidigte sich Dewitz gegen eine in letzter Versammlung von Tauschel gegen ihn hervorgebrachte Beschuldigung.

Eine öffentliche Versammlung der selbständigen Kürschner in der Hausindustrie fand am Montag, den 16. Oktober, Belfortstr. 15, statt. Genosse Jahn referirte über „Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Schäden in der Haus-Industrie“. In der sehr lebhaften Diskussion, an welcher sich Thomson, Reingiger, Bundau, Lewin, Feldmann und Schwemaberg beteiligten kamen die verschiedensten Meinungen zum Ausdruck. So wollte der eine alle die Klagen und Reden schon zur Zeit des alten Preis gehört haben; man müsse sich selber helfen; ein anderer wünschte den politischen Standpunkt in der Organisation ganz zu vermeiden, da in der Branche alle Schattirungen vertreten seien. Es müsse künftig die Agitation mehr von Mund zu Mund betrieben werden. Die Männerarbeit werde immer mehr und mehr durch weibliche verdrängt, dazu komme die zweimalige Saison im Jahre mit der unermüdlichen Erzeugung neuer Muster. Ueberall herrschte die größte Hoffnungslosigkeit. Eine Resolution, welche ihr Einverständnis mit dem Referenten ausdrückte und zur Organisation aufforderte, gelangte einstimmig zur Annahme.

Der Verband der Geschäftsdienner, Packer und Ver- rufsgenossen hielt am 15. d. M. seine dritte diesjährige Generalversammlung ab. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen des Vorstandes regte Kollege Schumann an, daß sich die Mitglieder der Orts-Krankenkasse recht rege an der bevorstehenden Delegirtenwahl beteiligen mögen. Sodann gab der Kassirer Kollege Plath die Vierteljahrsberichte. Danach betragen die Einnahmen im 3. Quartal 1894 2350,15 M., die Ausgaben 2083,99 M. Mit hin verbleibt ein Ueberschuß von 266,16 M. Das Vermögen des Verbandes befreit sich jetzt auf 4332,49 M. Der Verlehr im Stedennachweis gestaltete sich wie folgt: Gemeldet waren 211 Stellen. Davon wurden besetzt: 84 für fest und 88 zur Aushilfe, deren Dauer 83 Tage 2 Stunden betrug. 33 Stellen konnten wegen Mangel an geeigneten Kräften und 11 Stellen wegen zu geringen Lohn nicht besetzt werden. In 8 Fällen wurden Kaufburschen verlangt. Die übrigen Stellen wurden von den Kollegen zu spät gemeldet. Bei den besetzten Stellen betrug der Lohn: der niedrigste 9 M., der höchste 22,50 M. Die längste Arbeitszeit betrug 16 1/2, die kürzeste 10 Stunden. 17 Kollegen haben unbefristete Arbeitszeit, 19 Kollegen haben vollständige Sonntagsruhe, alle anderen müssen Sonntags, vielfach auch während der gesetzlichen Ruhezeit arbeiten. Die durchschnittliche Arbeitszeit ist 13 1/2 Stunden, der Durchschnittslohn 17,35 M. Der Bureauthätigkeits-Vericht ergab einen Eingang von 436 und einen Ausgang von 597 Schriftstücken. Ferner wurden 156 Auskünfte über Gewerkschafts- und Rechtsfragen ertheilt, sowie 11 Klagen und 8 Steuerreklamationen angefertigt. Des Weiteren sanden 5 Vertretungen beim Gewerbe- gericht und 20 in Anfallsachen statt. Aus der Bibliothek wurden 366 Bände verliehen.

Hierauf nahm die Generalversammlung eine Reihe, durch das Anwachsen und die Ausbreitung des Verbandes nothwendig gewordener Statutenänderungen vor. Unter anderen wurde der bisherige Name in „Verband aller im Handels- und Transport- gewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter für Berlin und Umgegend“ umgewandelt. Der Vorsitzende theilte noch mit, daß am 23. Oktober eine Wanderversammlung bei Zubeil und am 4. November eine solche für Köllnische u. s. w. bei Volkmann, Nichtenberger- straße 16, stattfinden. Die Versammlung ehren sodann das Andenken des verstorbenen Getreidehändlers Otto durch Erheben von den Plägen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker nahm in ihrer Versammlung vom 16. Oktober den Kassensbericht des Rentanten für das 3. Quartal entgegen. Der Bericht weist eine Einnahme von 395,94 M. auf, der eine Ausgabe von 338,43 M. gegenüber steht, mithin ein Bestand von 57,51 M. Bei der hierauf vollzogenen Erziehung zum Vorstand fiel die Wahl eines 2. Schriftführers auf das Mitglied Deller, die eines Beisitzenden auf das Mitglied Kummer. Die Abrechnung vom Stützungssest ergibt ein Defizit von 21,50 M. Unter Verschiedenes ergriff Kollege Graß das Wort, um sich gegen den Rentanten Jochen zu wenden, der bojkottirtes Bier in seinem nebenbei betriebenen Getränkegeschäft führt. Jochen, der sich zu rechtfertigen suchte, was ihm aber schlecht gelang, legte schließlich sein Amt nieder. Die Kollegen Karbe und Lehmann wurden in ihre Rechte wieder eingeweiht. Sodann entspann sich eine sehr lebhaft debattirte über eine Anzahl von Vokalen, wo die Arbeiter in dem guten Glauben gehalten werden, daß Mitglieder der „Freien Vereinigung“ daselbst Beschäftigung finden. Es wurde konstatiert, daß die Herren Wirthe die Leiter ihrer Hauskapellen zum Verein schicken, damit sie Mitglieder werden, um dann der Arbeiterschaft sagen zu können, die Kapelle bestehe aus „Zivil-Berufsmusikern“, während der Leiter nur im geschäftlichen Interesse sich in den Besitz der Mitgliedskarte setzte und die



Abigen Musiker der Kapelle aus Beamten, Hausbesitzern und anderen sichergestellten Personen bestehen. Ganz speziell beschäftigt man sich mit Schneider's Salon in der Belforters-straße, wo die Hausmusik in Händen eines Exekutors liegt, während bei Arbeiterfesten der Pianist Krause vorgehoben wird, der eben der freien Vereinigung beitreten mußte, um die Karte zeigen zu können. Im Verlaufe der Debatte verläßt Herr Krause das Versammlungstokal. Es wird hierauf Herr Krause aus der Vereinigung ausgeschlossen. Ferner wurde mitgeteilt, daß in dem Lokal Süd-Ost, Waldemarstraße 75, ein Hausbesitzer, Nichtmitglied, die Musik leitet und die Musiker selbst bei Arbeiterfesten nur je 5 M. erhalten. Zum Schluss wird die Absicht bekundet, durch Flugblätter und Inserate eine rührige Agitation für die Organisation zu enthalten.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband (Bezirk N.) hatte in

seiner Versammlung am 17. Oktober einen Vortrag des Genossen Pin n über: „Das Bildungsmonopol der heutigen Gesellschaft“ als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt. Nach dem beifällig aufgenommenen Referat, dem sich eine kurze Diskussion anschloß, ging man zur Besprechung von Vereinsangelegenheiten über. Die Kollegen aus der Werkstatt des Herrn Han le waren zu dieser Versammlung eingeladen und zum Teil erschienen. In der Debatte wurden die Zustände in jener Werkstatt einer eingehenden Kritik unterzogen. Eine Beschwerde über die lange Arbeitszeit in der Werkstatt des Herrn Neumann, Brunnenstraße wurde der Werkstatt-Kontrollkommission überwiesen.

**Pankow.** Der Arbeiterverein für Pankow und Umgegend hielt am Sonnabend, den 18. Oktober, seine ordentliche Versammlung ab. Auf einen Vortrag wurde verzichtet. Genosse K. Hoffmann gibt einen kurzen Ueber-

blick über das Sommerfest des Vereins und spricht sein Bedauern aus, daß noch ungefähr 300 Billets ausstehen. Es läßt sich daher noch keine Abrechnung herstellen. Die Versammlung beschließt, daß die Namen derjenigen, welche bis zur nächsten Versammlung ihren Pflichten nicht nachgekommen sind, veröffentlicht werden. Hierauf theilt Hoffmann mit, daß der Gastwirth Wi ch t, Kaiser Friedrichstraße, wieder Schultzebier schänkt und empfiehlt denselben der nöthigen Beachtung der Genossen. Der Kursus in der Nationalökonomie soll nach dem Antrage des Vorstandes bis zu Ende geführt werden. In der Sache des Vertrauensmannes Genossen Hoffmann gegen den Einseher Justus Sch u l z gewann die Versammlung die Ansicht, daß die Beleidigung gegen Hoffmann eine so schwere ist, daß man den Beleidiger nicht mehr als Parteigenossen betrachten könne und wurde somit Schulz aus dem Verein ausgeschlossen.

**Erleben: Jérôme Napoleon von Westfalen. Gefrönte Häupter.** Nr. 17 der Sammlung

**Gefrönte Häupter**

- Nr. 1 (Katharina II. von Rußland). Preis: 20 Pf. Konfiszirt gewesen.
- Nr. 2 (August der Starke v. Sachsen). Preis: 20 Pf. Wieder freigegeben.
- Nr. 3 (Papa Alexander VI.) 64 Seiten. Preis 20 Pfennig.
- Nr. 4 (Carl Leopold von Mecklenburg) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
- Nr. 5 (Ludwig XIV. von Frankreich) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
- Nr. 6 (Philipp II. von Spanien) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
- Nr. 7 (Friedrich Wilhelm II. von Preußen) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
- Nr. 8 (Heinrich VIII. von England) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
- Nr. 9 (Elisabeth von Rußland) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
- Nr. 10 (Louis Philipp von Frankreich) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
- Nr. 11 (Papa Julius II.) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
- Nr. 12 (Friedrich II. v. Preußen) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
- Nr. 13 (Caligula). 64 Seiten. Preis 20 Pf.
- Nr. 14 (Ludwig XV. von Frankreich). 64 Seiten. Preis 20 Pf.
- Nr. 15 (Friedr. Wilhelm IV. v. Preußen) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
- Nr. 16 (Iwan d. Schreckliche von Rußland) 64 Seiten. Preis 20 Pf.

Nr. 1—17 der Sammlung „Gefrönte Häupter“ sind zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungspediteure, sowie direkt vom Verlage **Hans Baake, City-Passage.**

**Möbel-Gelegenheitskauf**

zu außergewöhnlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nupbaum- u. Mahagoni-Kleiderspinden u. Vertikons 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matrake 20 M.; Waschtisellen, Küchenspinden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.; Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaux 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneelfophas 80 M.; Buffets, Silberschränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureauz, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand veräumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis Januar kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt. **Schützenstr. 2, Möbelfabrik.**

**Richard Borek's gesetl. gesch. Sanitäts-Pfeife**

ist solid zusammenge- stellt, elegant ausgestat- tet und raucht vorzüg- lich trocken; Unsauberkeit ist dabei vollständig ver- mieden, Pfeifenschmutz Geruch absolut aus- geschlossen. Die Sanitätspfeif- braucht nie gereinigt zu werden und übertrifft dadurch Alles blüh- baarweise. Kurze Pfeifen von 1.25 M. an; lange Pfeifen von 2.75 M. an; Sanitäts-Cigarrenspitzen von 4 0.00, 0.75, 1.00—3.00 M. Sanitäts-Kadake h. Pfund 1.15, 2.25, 2.50, 3.00 M. Kustföhrliches Preis- Verzeichniß mit Abbildungen auf Wunsch kostenfrei durch d. obigen Fabrikanten J. Fleischmann Nachf., Rudla in Thüringen. **Wiederverkauf, überall erlaubt.**

**Rum**

echt n. Façon-Literflasche à 1,10, 1,60, 2,—, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger. **Echt Stonsdorfer Likör** à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,—. **Jingber-Likör**, magenstärkend, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,—. **Himbeer-Kirsch-Johannisbeersaft**, vorzüglich, Literflasche à 1,50. **Eugen Neumann & Co.**, 3a, Belle-Allianceplatz 6a. St. Neue Friedrichstr. 51. 8, Oranienstr. 8. 29, Genthinerstr. 29. 121M. Niederlage in Potsdam 27, Waisenstr. 27.



Feinste Likörmischung. Champagnerflasche Mark 1,25. **Carl Mamppe** Likörfabrik Berlin, N. 28. In allen Colonialwaarenhandlungen.

Wegen **Umbau** meiner **Geschäftsräume** gelangen die **Restbestände** meines seit 21 Jahren bestehenden Waarenlagers: **Teppiche! Fertige Wäsche! Gardinen! Steppdecken! Portièren! Leinenwaren!** zu spottbilligen **Preisen zum Ausverkauf.** Am Stadt- bahnhof Börse. **J. Brünn** Am Stadt- bahnhof Börse. **4. Hackescher Markt 4.**

**Sumatra**, deckt mit 1 1/4 Pfund, hell, brennt schneeweiß, per Pfund 3,30 Mark, verkauft **Carl Roland, Mariannenstraße 23.**

**Achtung!** Zahnerjan, auch Theilzahl., wöchentl. 1 M., Guckel, Kaufinger Pl. 2, Casser- straße 12.

**Roh tabak.** Grösste Auswahl. Billigste Preise. Formen, Bockfagon, wieder vorräthig. **Heinrich Franck,** Grannenstr. 18a.

Die besten u. billigsten Stempel macht **Berlin NW. Gohkowskystr. 5.** Geschäftsstempel von 1 Mark an. Datum- stempel von 2,50 an. Invaldität- Entwerbungsstempel in Briefkasten 2 M. **Wasch- u. Plättanstrahl Frankfurt 55.** sofort zu verl. Lindenstr. 68. 530b

**Schmerzloses** Zahnziehen, Nervöddi. Süß, Falkensteinstr. 32. **37** Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **Gold-, Silber-, Alfenidewaaren** (Gg. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, **37 Admiral-Strasse 37**

Für nur **5 M. 30 Pf.** mit Porto u. Verpackung verl. ich einen **höfj. Garzer Kanarienvoller** v. Dezember ab 6 M. 30, Weibchen jeht 50 Pf. Umtausch gest. Betrag ev. zurück. **L. G. Müller,** Vogelschäfterei, Nordhausen a. S. Gr. Vereinszimmer Neue Hoehstr. 49

**Erklärung!**

Vom **Artisten-Klub „Einigkeit“** befindet sich auf den Plakaten zu einem Vergnügen, das in der „Urania“ abgehalten wird, mein Name als Mitwirkender an dem Vergnügen. Ich erkläre hiermit, daß dies ohne mein Wissen und Zutun geschehen ist. Ferner wird das Gerücht verbreitet, daß ich Bier aus der „Habel'schen Brauerei“ entnehme. Dem gegenüber erkläre ich, daß seit Beginn des Boykotts bei mir **Reichentron'sches Bier** ausgeführt wird. **541b** **Nowack, Restaur., Rantensuffstr. 9.**

**Neu! Neu!** „Des Proletariers Leben!“ (Von der Wiege bis zum Grabe.) Lied v. **R. Heise.** Musik v. **Carl Fried.** Wird von mir überall mit kolossalem Beifall vorgetragen! Preis mit Klavierbegleitung 50 Pf. **Richard Heise, Volkshumorist,** Berlin N., jeht: **Schulzendorferstr. 16.** Zum Vortragen meiner Kouplets u. bin ich noch frei.

**1000 Damen!!!** **Seldon-Plüschjaquets** mit kleinen unscheinbaren Webefehlern 12—30, Abendmäntel auf Seide wattirt u. Pelzbesatz 6—15. **Seldon-Matellasse-Mäntel, Capes** v. 12—30. **Regenmäntel**, um z. räumen, 5—12. **Neueste Winterjaquets** 5—25 M. **Landsbergerstr. 48 I.**

**Blumenhandlung** **P. Abromoit, Glückerstraße 69,** Berlin SW. 55472. **Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden u. s. w.** Billigste (Marktthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

**Roh-Tabak** **A. Goldschmidt, 4483L** am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!** Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sammlische im Handel befindl. Nohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.**

**Möbel-Handgelegenheit**

bietet sich Brautleuten u. im Möbel- speicher, 867b **Rosenthaler-Strasse 13, 1.** Dasselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und verließen gewesene Möbel zu wahrhaften Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspindel, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matraken 18 Mark, Nupbaum-Kleiderschränke, Vertikons 30, Stühle 3, Nupschspinden 40, Trumeaux 65, Paneelfophas 75, Plüschgarnituren 60 Mark. Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Kousiffentische, Spiegel, alles stamend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lager speicher bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

**6 Pfund Albrecht's** Brot für **Bäckerei,** liefert **Wrangel-Strasse 8, Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.**

**Achtung!** Endes Unterschwete verwahren sich ganz entschieden gegen die Erklärung des Restaurateurs **Ahrens, Treptow, Neue Krugallee**, daß er nur ringreies Bier ausschänkt. Die Kontrolle hat ergeben, daß er auch **Unions-Bier** ausschänkt. Derselbe ist somit von der Liste als gestrichen zu betrachten. 534b Die Lokalkommission Berlin S.O. und Treptow.

**A. Specht, Markgrafen-Saal und Vereinszimmer. Ringreies Bier!** **Boykottfreies Bier** [539b] schänkt Herrmann, Urbauser. 38.

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 5441 L.

**Robert Meyer,** Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2. NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.



**Weißbier!**

Für Fabriken und Werkstätten sowie für Wiederverkäufer liefere ich mein **Fersand-Weißbier** in unübertrefflicher Güte zum Preise von 3 M. für 40 halbe oder 45 1/10 oder 25 1/10 oder 20 ganze Flaschen, frei ins Haus, in Flaschen mit Patentverschluss, ohne Pfandrechnung. **Perusprocher Amt Schöneberg No. 92.**

**A. Seidler, Schöneberg, 865L** Gedankstraße Nr. 73—75 und 82. Berliner Weissbier-Brauerei.

**Oberschmidt's Bier-Hallen** Weinbergsweg 11 D, fr. Blumenstraße 21a, empfehle allen Freunden und Genossen. 212b

**Münchener Brauhaus** hier. **Flaschenbiere**, gut gelagert, liefert ausschließlich laut Bestätigung der Direktion. **Plossner, Lothringersstr. 9**

**C. Boizmann's Gesellschafts-Säle,** Lichterbergerstr. 16. Säle und Vereinszimmer von 20 bis 500 Personen. 820L

**Restaurant von H. Arnold,** Schufstr. 12, Ede Ruhelplatzstraße. Empfehle meine Räume zu kleinen Festlichkeiten, Hochzeiten, Geburtstagsfeiern, Vereinen, Jubiläen u. Piano und warme Küche steht zur Verfügung. **Ausverkauf von ringfreiem Bier.** 535b **H. Arnold.**

**Evora-Bräu**

**Fürth-Nürnberg,** in vorzügl. Qualität empfehle in Gebinden von 17 Litern an, auch in Flaschen.

**Otto Linke, Lagerhof 3.** Telephon Amt III Nr. 404.

**Vereinszimmer**, auch als **Zahlstelle** C. Meckelmann, Garten-straße 165.

**Arbeitsmarkt. Redakteur**

für ein dreimal wöchentl. erscheinendes Arbeiterblatt gesucht. Derselbe müßte auch rednerisch und agitatorisch für die Partei wirken können. Antritt sofort oder zum 1. November. Auf. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter P. K. an die Exped. dieses Bl. erbeten. 9798

**Klempner auf Wandlampen** gesucht, Kochstr. 55. 539b

**Rationarbeiterinnen**, geübt, w. verl., Kommandantenstr. 15. 537b

**Goldflecken.** 545b **Lüchtige Farbigmacher** finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Köpenickerstr. 109a.

**Riffenm. verl. Fehse,** Sebastianstr. 88.

**Goldflecken.** 544b **Lüchtige Vergolderinnen** finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Köpenickerstr. 109a.

**Lüchtige Einleister, Wenderinnen** u. **Einleisterinnen** verl. der Arbeit- nachweis der Hilfsbuch-Arbeiter, Rosen- thalerstraße 57 bei Bernau. Abends 8—9, Sonntag 10—12. 543b